

# Neuere und Neueste Geschichte

---

"What's the matter?" Die Provokation der Stoffgeschichte (Kurzsektion)

## Sektionsleiter:

Frank Uekötter (München)

## Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 09:15 - 11:00 Uhr / P 7

## Vorträge:

- / Schokolade (Angelika Epple, Bielefeld)
- / Asbest (Paul Erker, München)
- / Gold (Bernd-Stefan Grewe, Freiburg i.Br.)
- / Mehr als Tofu? Kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Herausforderungen an die Sojabohne (Ines Prodöhl, Washington)

## Abstract:

/ Mehr als Tofu? Kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Herausforderungen an die Sojabohne (Ines Prodöhl, Washington)

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts exportierten japanische Händler Soja aus der so genannten Mandschurei nach Europa und Amerika. Hier wurde es hauptsächlich als preiswerter Öllieferant für die Herstellung von Seife und Margarine verwendet. Eine Wertschätzung als Proteinlieferant fand zunächst allenfalls bei den Besitzern der zahlreichen Ölmühlen statt, die sich mit einem Absatzproblem für den Rückstand aus der Ölgewinnung konfrontiert sahen. Und eben wegen seines Ölgehaltes steigern die USA den Anbau von Soja im eigenen Land 1942 so sehr, dass Soja mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine der wichtigsten „cash crops“ Amerikas wurde. Zugleich wurde in keinem anderen Land der Welt mehr Soja angebaut als in den USA.

Der Vortrag fragt danach, wer die Übersetzungsleistung vornahm, um asiatisches Soja in die westliche Welt zu bringen und von welchen Interesse diese Personen geleitet waren. Hinter dieser Fragestellung verbirgt sich das methodische Problem, einen Stoff zu fassen, dessen wirtschaftliche Bedeutung enorm war, aber dessen gesellschaftliche Wahrnehmung in Europa und Amerika beinahe einem Blindfleck glich. Warum war dies so? Die Ambivalenz des Stoffes Soja soll mit dem Instrumentarium der Kulturgeschichte gefasst werden, wobei dessen wirtschaftliche Signifikanz keineswegs negiert, als vielmehr erklärt werden soll.

Arbeitskraft als Ressource in totalitären Regimen im 20. Jahrhundert am Beispiel der Sowjetunion und des nationalsozialistischen Deutschland

## Sektionsleiter:

Dietmar Neutatz (Freiburg i.Br.)

## Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 110

## Vorträge:

- / Sowjetische und nationalsozialistische Arbeitskräftepolitik in den 1930er Jahren am Beispiel von Großbaustellen (Dietmar Neutatz, Freiburg i. Br.)
- / Zwangsmigration und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland und in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges (Pavel Polian, Freiburg i. Br.)
- / Arbeiten im Donbass unter Stalin und Hitler - Perspektiven einer Erfahrungsgeschichte (Tanja Penter, Hamburg)
- / Arbeitskräftepolitik in der poststalinistischen Sowjetunion (1953-1964) (Dmytro Myeshkov, Freiburg i.Br.)

## Abstracts:

Nach der Revolution 1917 wurde in Sowjetrußland eine allgemeine Arbeitspflicht eingeführt und in der Verfassung von 1918 verankert. Die Bolschewiki verstaatlichten und militarisierten die Arbeit durch die Einrichtung von Arbeitslagern und die Schaffung von Behörden zur Steuerung der Allokation von Arbeitskräften. In den 1920er Jahren wurden somit die Grundlagen eines neuen Systems gelegt, das auf der allgemeinen Arbeitspflicht und auf der Ausübung nichtökonomischen Zwanges basierte. Im Laufe der Kollektivierung und Industrialisierung stieg die Zahl der Verbannten, Entrechteten und Verhafteten, die Zwangsarbeit leisten mussten, explosionsartig an. Aber auch die Rechte der „freien“ Arbeitskräfte wurden in den 1930er Jahren stark eingeschränkt: Weder Kolchosmitglieder noch Industriearbeiter durften (offiziell) ihren Arbeitsplatz wählen oder wechseln (was sie nicht völlig hinderte, es dennoch zu tun). Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges standen die wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen in der UdSSR unter (fast) vollständiger Kontrolle des Regimes.

Auch im nationalsozialistischen Deutschland war die Nutzung der Ressource Arbeitskraft eine Angelegenheit, die der Staat nicht nur der privaten Wirtschaft überließ. Große staatliche Bauvorhaben wie zum Beispiel der Autobahnbau oder die Arbeiten am Westwall hatten die gezielte Allokation von Hunderttausenden Arbeitern zur Folge. Während des Zweiten Weltkriegs bediente sich das nationalsozialistische Deutschland der Arbeitskräfteressourcen in den besetzten Gebieten, um die Produktion im Reich aufrecht zu erhalten. Besonders betroffen waren die besetzten Gebiete der Sowjetunion. Aus ihnen wurden millionenfach Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt. Diejenigen unter ihnen, die vor dem Krieg als Kolchosbauern gearbeitet hatten, konnten aus eigener Erfahrung die Arbeit in der kollektivierten Landwirtschaft mit Formen der Zwangsarbeit in Deutschland vergleichen. Zugleich versuchte NS-Deutschland das Wirtschaftspotential der besetzten Gebiete für sich nützlich zu machen, wobei sich seine Repräsentanten beim Zwang zur Arbeit (in Landwirtschaft und Industrie) nicht selten ähnlicher Methoden bedienten, wie man sie aus der Zeit der ersten sowjetischen Fünfjahrespläne schon kannte.

Die Reformen nach Stalins Tod bedeuteten für viele Millionen Sowjetbürger die Entlassung aus den Lagern bzw. Verbannungsorten und Befreiung von Zwangsarbeit. 1956 trat die UdSSR der Konvention zum Verbot von Zwangsarbeit bei. Andererseits tat sich die sozialistische Planwirtschaft, die fast 30 Jahre lang unfreie Arbeit genutzt hatte, mit den Reformen schwer. Dies hatte zur Folge, dass die Arbeitspflicht in Strafvollzugsanstalten genauso weiterhin existierte wie Meldepflicht und das Passregime für „freie“ Arbeitnehmer.

/ Sowjetische und nationalsozialistische Arbeitskräftepolitik in den 1930er Jahren am Beispiel von Großbaustellen (Dietmar Neutatz, Freiburg i.Br.)

Staatliche Großbaustellen können als Räume betrachtet werden, in denen sich die Arbeitskräftepolitik der totalitären Regime in verdichteter Form exemplarisch vergleichen lässt. Sowohl in der Sowjetunion als auch im nationalsozialistischen Deutschland gab es in den dreißiger Jahren große staatliche Bauvorhaben, die mit hoher Priorität und durch den konzentrierten Einsatz von Arbeitskräften vorangetrieben wurden. Dabei kamen verschiedene Formen der gelenkten Allokation von Arbeitskräften zum Einsatz.

Der Bau der Moskauer Metro ist ein Beispiel für die Konzentration von Arbeitskräften über die Instrumente der organisierten Anwerbung und der „Mobilisierung“. Appelle an den „Enthusiasmus“ von Jugendlichen, die gemeinsame Kraftanstrengung zur Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus und freiwillige unbezahlte Zusatzarbeit der Moskauer Bevölkerung am Wochenende („Subbotnik“) standen einem chaotischen Kommen und Gehen von ungelerten Arbeitskräften gegenüber, die während der Hungersnot von 1932/33 zu Hunderttausenden aus den kollektivierten Dörfern flüchteten, um auf einer Großbaustelle oder in den Städten ihr Überleben zu sichern.

Die Errichtung des Weißmeer-Ostsee-Kanals basierte hingegen auf dem Einsatz von Häftlingen. Zwangsarbeit als Mittel der Umerziehung war die Devise, die bei diesem Projekt offen nach außen hin – sogar in Publikationen, die sich an ein ausländisches Publikum richteten – zur Schau gestellt wurde. Namhafte Schriftsteller gaben sich dazu her, die Zwangsarbeit als erzieherische Maßnahme zu Gunsten der Betroffenen zu stilisieren.

Der Autobahnbau in Deutschland wurde vom nationalsozialistischen Regime als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme inszeniert. Man verzichtete in den ersten Jahren bewusst auf Mechanisierung, um möglichst viele Arbeitslose beschäftigen zu können. Auch hier gab es ein erzieherisches Moment und eine Militarisierung der Arbeit. Der propagandistischen Überhöhung des Unternehmens standen Friktionen in der lebensweltlichen Praxis gegenüber, die ebenfalls gewisse Parallelen zu den Verhältnissen in der Sowjetunion aufwiesen.

/ Zwangsmigration und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland und in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs (Pavel Polian, Freiburg i.Br.)

Zwangsmigrationen und Zwangsarbeit waren wichtige Bausteine der Repressionspolitik. Sowohl das nationalsozialistische Deutschland als auch die stalinistische Sowjetunion benutzten diese Instrumente, die durch den Zweiten Weltkrieg nur außerordentlich verschärft wurden. Zwangsmigration und Zwangsarbeit eignen sich daher – unter Berücksichtigung des Sonderfalles „Vernichtungskrieg“ – für den Vergleich der beiden totalitären Regime.

Die Sowjetunion praktizierte solche Maßnahmen schon lange vor dem Krieg. Die Idee des Social Engineering war zwar auch für Berlin attraktiv, aber Moskau verfügte über die größeren Räume und griff stärker in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Nach Anfängen in den 1920er Jahren wurde in den 1930er Jahren eine große Zahl von Menschen deportiert und im GULAG-System zur Zwangsarbeit herangezogen. Im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurden seit 1935 potentiell unzuverlässige Nationalitäten aus den Grenzgebieten entfernt und die Arbeitsgesetze verschärft.

Abgesehen vom starken Auswanderungsdruck auf die jüdische Bevölkerung setzten die Nationalsozialisten vor Kriegsbeginn das Instrument der Zwangsmigration nicht ein. Unmittelbar nach den ersten militärischen Erfolgen im Osten, die große Raumgewinne brachten, begann Berlin genauso mit dem Raum zu spielen wie die Sowjets. Für die verschiedenen Teile des zerstückelten Westpolen wurden unterschiedliche Rassenregime bestimmt, was Zwangsmigrationen zur Folge hatte in Form der Deportation von Juden und Polen ins Generalgouvernement und der (formal freiwilligen) Übersiedlung von Volksdeutschen aus dem Baltikum, Bessarabien usw. in die frei gemachten Territorien.

Die Radikalisierung dieser Politik (Holocaust) ist gut erforscht. Das Gleiche gilt für die Deportationen von polnischen und später sowjetischen Zwangsarbeitern ins Reich. Viel weniger ist aber über die Zwangsumsiedlungen innerhalb der von den Deutschen besetzten Gebiete der Sowjetunion bekannt. Der Vortrag wird diese Vorgänge beleuchten, zusammen mit den sowjetischen Versuchen während des Krieges, die Migrationen der eigenen Zivilbevölkerung zu steuern. Letzteres erfolgte durch Evakuierungen, Präventiv- und Vergeltungsdeportationen sowie durch Umstrukturierungen der schon zwangsumgesiedelten Kontingente.

/ Arbeiten im Donbass unter Stalin und Hitler - Perspektiven einer Erfahrungsgeschichte (Tanja Pentter, Hamburg)

Als wichtigstes Steinkohlenrevier der Sowjetunion spielte das in der heutigen Ostukraine gelegene Donezbecken (Donbass) sowohl für die forcierte Industrialisierung unter Stalin in den 1930er Jahren als auch für die Ausbeutungspolitik der deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Sowjetstaates nach 1945 eine zentrale Rolle. Die Entwicklung der Region ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in besonderem Masse durch den Einsatz von unterschiedlichen Formen der Zwangsarbeit geprägt worden. Für die Bevölkerung der Region verband sich die Abfolge stalinistischer und nationalsozialistischer Herrschaft mit Gewalt- und Terrorerfahrungen aber auch mit spezifischen Arbeits- und Alltagserfahrungen, die neben Bruchstellen auch überraschende Kontinuitäten aufwiesen.

Es soll diskutiert werden, welche Bedeutung den verschiedenen Formen von Zwangsarbeit für die regionale Entwicklung des Donbass und seiner Bevölkerung zukam. Welche Funktionen erfüllte die Zwangsarbeit? Wie waren die jeweiligen Zwangsarbeitergesellschaften aufgebaut und wie groß war der wirtschaftliche Nutzen des Zwangsarbeitereinsatzes? Eine weitere Leitfrage konzentriert sich auf die Bedeutung von (Zwangs-)Arbeitererfahrungen für die Herausbildung von Identitäten und Loyalitäten und die Herrschaftsausübung des Zentrums an der Peripherie.

Über einen erfahrungsgeschichtlichen Ansatz werden dabei Fragestellungen und Perspektiven der Stalinismus- und der Besatzungsforschung – zweier Forschungsfelder, die bisher weitgehend getrennt voneinander behandelt wurden – zusammengeführt. Im Ergebnis erfolgt ein Diktaturvergleich „von unten“, der nach Kontinuitäten und Brüchen in der Arbeits- und Alltagserfahrung der Menschen unter beiden Herrschaftssystemen fragt.

/ Arbeitskräftepolitik in der poststalinistischen Sowjetunion (1953-1964) (Dmytro Myeshkov, Freiburg i.Br.)

In den 1930er Jahren nahm der repressive Charakter der sowjetischen Arbeitskräftepolitik ständig zu. Arbeitskraft in der Industrie und im Agrarsektor wurde weitgehend verstaatlicht, was mit einem beispiellosen Einsatz von Zwangsarbeit und Mobilisierungen einherging. Die vom Staat geplante extensive Wirtschaftsentwicklung sollte von dieser Arbeitskräftepolitik auch nach dem Wiederaufbau des Landes mitgetragen werden.

Die gesellschaftlichen Erwartungen in Richtung einer Liberalisierung des Regimes und die ersten Schritte auf dem Weg der Entstalinisierung stärkten überall die Ablehnung der Strafmaßnahmen, mit welchen

sogar kleinste Verstöße am Arbeitsplatz geahndet wurden. Das Jahr 1956 markiert in diesem Liberalisierungsprozess eine Zäsur. In diesem Jahr wurde die Aufhebung von umstrittenen Bestimmungen im Bereich des Arbeitsrechts beschlossen. Zudem trat die UdSSR der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation bei, welche die Anwendung von Zwangsarbeit verbot. Angesichts des bevorstehenden Eintritts der geburtsschwachen Kriegsgeneration ins Berufsleben sah sich der Staatsapparat Mitte der 1950er Jahre gezwungen, Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Arbeitskraft wurde daher zunehmend als wertvolle Ressource verstanden, die erforscht und kompetent verwaltet werden müsse. Seit Anfang der 1960er Jahre wurden in diesem Bereich aktiv Forschungen betrieben.

Nichtsdestotrotz tat sich die sozialistische Planwirtschaft, die jahrzehntelang an die enorme Arbeitsleistung von Entrechteten gewöhnt war, mit den Reformen schwer. Die Arbeitspflicht in Strafvollzugsanstalten existierte genauso weiterhin wie Meldepflicht und Passregime für „freie“ Arbeitnehmer. Das Recht auf Berufswahl konnte nach dem neuen Parteiprogramm (1961) nur mit Rücksicht auf „gesellschaftliche Bedürfnisse“ ausgeübt werden. Die Neuland-Kampagne, aber vor allem erfolglose Bestrebungen, Fachkräfte für die marode Landwirtschaft zu mobilisieren, zeigten jedoch mit aller Deutlichkeit, dass die Effizienz der alten Arbeitskräftepolitik unter neuen politischen Bedingungen erheblich gesunken war.

Die Börse als Ort von Ressourcenkonflikten im 19. Jahrhundert (Kurzsektion)

#### Sektionsleiterin:

Korinna Schönhärl (Duisburg-Essen)

#### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 09:15 - 11:00 Uhr / P 205

#### Vorträge:

- / Aktienerstmissionen und Verteilungskonflikte (Carsten Burhop, Bonn)
- / Konkurrenz der Mächte im Imperialismus: Die Finanzierung des Kanals von Korinth (Korinna Schönhärl, Duisburg-Essen)
- / Die Diskussion des Börsenterminhandels um 1900 (Alexander Engel, Göttingen)
- / "Le Monde Ne Peut Plus Vivre Sans Ses Chemins de Fer..." - Rothschild railways and commodity trading (Claire-Amandine Soulié, London)
- / „Manipulierende Händler“ vs. „dumme Agrarier“: Reale und symbolische Konflikte um das Börsengesetz von 1896 (Boris Gehlen, Bonn)
- / Kommentare (Dieter Ziegler, Bochum / Achim Landwehr, Düsseldorf)

#### Abstract:

Kapitalinvestitionen sind für die Entwicklung der Wirtschaft zu allen Zeiten unverzichtbar. Mit Beginn der Industrialisierung und insbesondere im 19. Jahrhundert wurde der Kapitalbedarf jedoch so groß, dass eine Institution an Bedeutung gewann, die wie keine andere die Akkumulation und Allokation knapper Ressourcen bewerkstelligt: die Börse. In unserer Sektion verstehen wir sie als Institution, an der direkt, aber auch symbolisch Konflikte um Ressourcen ausgetragen werden. Diese können sich an Gewinnen entzünden, die es ebenso wie die Emissionskosten zwischen den Akteuren zu verteilen gilt. Andererseits können die Börsenakteure aber auch von anderer Seite, z.B. von der Politik, instrumentalisiert werden, um den Zugang zu internationalen Handelsrouten und die Erschließung von Märkten zu befördern. Auch in den Debatten um Warenterminbörsen werden symbolische Ebenen von Börsenkonflikten deutlich, in denen nicht in erster Linie sachlich Methoden des Risikomanagement diskutiert werden, sondern auch gesellschaftliche Bedrohungsängste vor Veränderungen des Kapitalismus eine Rolle spielen. Dies gilt umso mehr, als internationale Bankhäuser wie die Rothschilds ihre Handelsinteressen durch geschickte Agitation an der Börse zu befördern versuchten. Gerade auch in den Diskursen über die Börsenregulierung lassen sich deshalb unterschwellige Ebenen nachweisen, auf denen grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden.

Die Sektion analysiert also exemplarisch Konflikte an der und um die Börse. Dabei fragen wir nach strukturellen Gemeinsamkeiten und verbindenden Entwicklungslinien der vorgestellten Konflikte. Gibt es Konstanten in den Diskursen über Börse in der Öffentlichkeit, die sich womöglich bis zur Finanzkrise von 2008/09 weiterverfolgen lassen? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang Hoffnungen auf und Ängste vor einer zunehmenden Internationalisierung oder Globalisierung der Weltwirtschaft?

## Die Enzyklopädie der Neuzeit: Grundlagen und Ergebnisse

### Sektionsleiter:

Friedrich Jaeger (Essen) / Diethelm Klippel (Bayreuth) / Werner Plumpe (Frankfurt a.M.)

### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 14:30 - 18:00 Uhr / P 10

### Vorträge:

- / Konzeption (Josef Ehmer, Wien / Wolfgang Reinhard, Freiburg i.Br. / Walter Sparn, Erlangen/Nürnberg / Moderation: Friedrich Jäger, Essen)
- / Interdisziplinarität (Wolfgang Eckart, Heidelberg / Susanne Rode-Breyman, Hannover / Winfried Schulze, Essen / Silvia Serena Tschopp, Augsburg / Moderation: Diethelm Klippel, Bayreuth)
- / Europäische Neuzeit und Globalgeschichte (Stefan Rinke, Berlin / Kirsten Rütter, Hannover / Peer Vriesm, Wien / Moderation: Helmut Bley, Hannover)
- / Nutzung (Guillaume Garner, Frankfurt a.M. / Reinholt Reith, Salzburg / Andreas Fahrmeir, Frankfurt a.M. / Moderation: Werner Plumpe, Frankfurt a.M.)

### Abstract:

Seit dem Frühjahr 2012 liegt die Enzyklopädie der Neuzeit abgeschlossen vor. Als lexikalisches Nachschlagewerk erschließt sie im Rahmen von etwa 4.000 alphabetisch angeordneten Artikeln die europäische Geschichte zwischen 1450 und 1850 im interdisziplinären Zugriff und unter Berücksichtigung der globalen Kontexte. Sie umfasst damit die Epoche der Frühen Neuzeit und das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen und endet mit dem Beginn der Moderne, die sich – gemäß dem die Enzyklopädie leitenden Epochenmodell – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildete. Vier Themen stehen im Mittelpunkt der Sektion: erstens die konzeptionellen Grundlagen der Enzyklopädie der Neuzeit; zweitens die Verfahren der interdisziplinären Kooperation; drittens der Zusammenhang von europäischer und globaler Geschichte im Kontext der Enzyklopädie der Neuzeit; viertens die praktischen Nutzungsmöglichkeiten in Forschung und Lehre. Diesen Gesichtspunkten sind vier Vortrags- und Diskussionsrunden von jeweils 45 Minuten Dauer gewidmet. Anstelle der klassischen Vortragsstruktur sollen sie durch mehrere Statements von jeweils 5 bis 10 Minuten Dauer eingeleitet werden – mit anschließender gemeinsamer Debatte im Plenum. Ein Teil der Statements repräsentiert die Innenperspektive der Enzyklopädie; hier kommen Fachherausgeber/Innen zu Wort, die u.a. anhand konkreter Fallstudien aus ihren jeweiligen Fachgebieten die vier erwähnten Themenschwerpunkte der Sektion beleuchten. Dabei ist vorgesehen, die interdisziplinäre Bandbreite des Unternehmens exemplarisch abzubilden. Andere Statements repräsentieren die Außenperspektive des Fachs. Dazu sind ausgewiesene Neuzeithistorikerinnen und -historiker aus dem In- und Ausland eingeladen, konzeptionelle Grundlagen, empirische Erträge und Einsatzmöglichkeiten der Enzyklopädie der Neuzeit aus ihrer jeweils eigenen Forschungsperspektive kritisch zu kommentieren.

Die organisierte Disziplin als Forschungsproblem. Perspektiven auf eine Geschichte des Historikerverbandes

### Sektionsleiter:

Olaf Blaschke (Trier) / Matthias Berg (Berlin)

### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 3

### Vorträge:

- / Moderation (Gabriele Lingelbach, Bamberg / Martin Sabrow, Potsdam)
- / Funktionen von Verbänden im internationalen Vergleich (Gabriele Lingelbach, Bamberg)
- / Verspätet oder verfrüht? Der Historikerverband im geschichtswissenschaftlichen Feld zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Matthias Berg, Berlin)
- / Der Verband im Umbruch? Herausforderungen und Konflikte um 1970 (Olaf Blaschke, Trier)

- / Der Kalte Krieg der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft 1949-1989 (Martin Sabrow, Potsdam)
- / „Vereinigungs-Historikertag“? Bochum 1990 (Christoph Cornelißen, Düsseldorf)
- / Kommentar (Stefan Berger, Bochum)

### Abstracts:

Kein anderes Land in Europa oder in Übersee, außer den USA, kann einen derart kontinuierlich und insgesamt gleichermaßen politisch wie gesellschaftlich einflussreichen Historikerverband aufweisen wie die Bundesrepublik mit ihren Vorgängerstaaten. Deshalb überrascht, dass ausgerechnet die Geschichte dieses 1895 gegründeten Verbandes bislang nicht aufgearbeitet worden ist, zumal kleinere nationale Historikerverbände und andere geschichtswissenschaftliche Institutionen längst ihre Historiografen gefunden haben. Dabei besteht die Aufgabe des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands nicht nur darin, turnusmäßig den größten geisteswissenschaftlichen Kongress Europas, den Historikertag, zu organisieren, der 1893 erstmals stattfand, vielmehr erstreckten sich seine Tätigkeiten auch auf die Interessenvertretung des Faches und die Selbstrepräsentation gegenüber der Öffentlichkeit: Der Verband diente der fachinternen Kommunikation, war Teil des Disziplinbildungs- und Institutionalisierungsprozesses des Faches, er knüpfte internationale Verbindungen, griff Gegenwartsfragen auf, kämpfte im Wettstreit um knappe Bildungsressourcen für das Fach Geschichte in Universität und Schule, fungierte mithin auch als Austragungsort von Konflikten mit der Politik. Darüber hinaus erlauben die Quellen, darunter das von 1948 bis heute reichende Verbandsarchiv, interne Entscheidungsprozesse bezüglich des Faches, Netzwerkbildungen sowie die Gestaltung der Historikertage samt der Entscheidung über die Zulassung und Nichtzulassung von Sektionen und Vorträgen zu beleuchten. All diese Fragen verdienen es, in Angriff genommen und in einer problemorientierten Verbandsgeschichte analysiert zu werden, deren erste Umrisse und Schwerpunkte auf der Sektion vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.

/ Funktionen von Verbänden im internationalen Vergleich (Gabriele Lingelbach, Bamberg)  
 Historikerverbände wurden im 19. und 20. Jahrhundert in vielen Ländern gegründet. Der Vortrag wird analysieren, inwieweit sich Unterschiede in Bezug auf ihre Repräsentativität für die Historikerschaft des jeweiligen Landes, ihre Funktionen und ihr Aufgabenspektrum über das jeweilige institutionelle Umfeld, die politischen Rahmenbedingungen oder auch den Professionalisierungsgrad der Historiker erklären lassen.

/ Verspätet oder verfrüht? Der Historikerverband im geschichtswissenschaftlichen Feld zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Matthias Berg, Berlin)  
 Der Vortrag widmet sich der Gründungs- wie Frühgeschichte des Verbandes (ca. 1895-1935) und insbesondere Fragen nach dem „Ort“ des Verbandes im mit konkurrierenden Institutionen (Historische Seminare, Akademien, Kommissionen) bereits gut „gefüllten“ wissenschaftlichen Feld. Legt die Kontur dieses Feldes eine „verspätete“ Verbandsgründung nahe, soll komplementär gefragt werden, ob der Verband zugleich für die in den 1920ern einsetzende Ausweitung des Feldes (Politisierung, Popularisierung, außeruniversitäre Wissenschaftsförderung) „zu früh“ seine institutionelle Ausformung erhalten habe. Im Kern sollen demnach Funktion und Rolle des Verbandes im Kontext seines wissenschaftlichen Umfeldes beleuchtet werden.

/ Der Verband im Umbruch? Herausforderungen und Konflikte um 1970 (Olaf Blaschke, Trier)  
 Nach der Wiederaufbauphase und seiner personellen wie institutionellen Konsolidierung sah sich der Historikerverband seit den späten 1960er Jahren neuen Herausforderungen gegenüber: Innerhalb der Disziplin mussten sich die etablierten Fachvertreter mit einer jüngeren Generation von Struktur- und Sozialhistorikern auseinandersetzen, die das Selbstverständnis des Faches in Frage stellten, aber ihren Anspruch auf Positionen innerhalb des Verbandes und auf der Tribüne des Historikertages reklamierten. Aber auch im Umfeld des Faches kam es zu Konflikten, etwa beim Konkurrenzkampf um die knappe Ressource schulischer Unterrichtszeit zwischen dem Fach Geschichte und der Gemeinschaftskunde. Hier wirkte der Verband erfolgreich als Interessenvertretungsorgan des Faches auf Medien und Politik ein. Wie schließlich ging der Verband mit dem Ausbau der Hochschulen, der Expansion historischer Lehrstühle, mit den Studentenunruhen und dem 1970 drohenden „Gegenhistorikertag“ um?

/ Der Kalte Krieg der deutsch-deutschen Geschichtswissenschaft 1949-1989 (Martin Sabrow, Potsdam)  
 Der Vortrag behandelt die institutionelle Dissoziation und Reintegration der ostdeutschen Geschichtswissenschaft in der Zeit der deutschen Teilung als Baustein einer Gesamtgeschichte des Historikerverbandes. Im Zentrum steht die Frage nach der Funktion der deutsch-deutschen Konkurrenz für die institu-

tionelle Selbstverständigung, den fachlichen Geltungsanspruch und die (fach)politische Handlungsweise der konkurrierenden Teilverbände VHD und Historiker-Gesellschaft im Rahmen ihrer dreißigjährigen Abgrenzungs-, Parallel- und Verflechtungsgeschichte.

/ „Vereinigungs-Historikertag“? Bochum 1990 (Christoph Cornelißen, Düsseldorf)

Der Historikertag in Bochum (26.-29. September 1990) fand nur wenige Wochen vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik statt. Naturgemäß haben diese Vorgänge die fachlichen Debatten, vor allem aber die Auseinandersetzungen über die Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR zutiefst beeinflusst. Auf der Grundlage der Auswertung von verbandsinternen Materialien und ausgewählten Interviews zielt der Beitrag zum einen darauf ab, die Interessenlagen und Handlungsmöglichkeiten ausgewählter Akteure aus dem Osten und Westen Deutschlands näher zu analysieren. Dabei sollen auch die entsprechenden Diskussionen im Vorfeld des Historikertages gebührend berücksichtigt werden. Zum anderen werden ausgewählte Probleme der fachlichen Institutionengeschichte im Jahr 1990 zur Sprache kommen.

Ersatzstoffwirtschaft als innovative Lösung für Ressourcenkonflikte im Ersten und Zweiten Weltkrieg?

#### Sektionsleiter/in:

Jochen Streb (Mannheim) / Stefanie van de Kerkhof (Mannheim)

#### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 110

#### Vorträge:

- / Einführung und Moderation (Jochen Streb, Mannheim) / Stefanie van de Kerkhof, Mannheim)
- / Zur Rolle der technik-wissenschaftlichen Forschung bei der Ersatzstoffentwicklung, 1914-1950 (Helmut Maier, Bochum)
- / Kriegsbrot, Sparmetalle und Papiertextilien - Ersatzstoffwirtschaft im Ersten Weltkrieg (Stefanie van de Kerkhof, Mannheim)
- / Sparstrategien kriegswirtschaftlicher Produktentwicklung. Metallwerkstoffe in den Weltkriegen (Günther Luxbacher, Berlin)
- / Strategien der Knappheitsbewältigung. Ersatzstoffe und andere Lösungswege im Edelmetall- und Buntmetallsektor, 1933-1945 (Ralf Banken, Frankfurt/Köln)
- / Kunststoffe in Konsumgütern - ein Erbe der NS-Wirtschaftspolitik? (Anne Sudrow, Potsdam)
- / Kommentare (Patrick Wäger, Zürich / Simone Derix, München)

#### Abstracts:

Ressourcenknappheit wurde im Zeitalter der Weltkriege zu einem immensen militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Problem. In den umwälzenden globalen Konflikten der Neuzeit mussten insbesondere in Deutschland auf der Grundlage von Wirtschaftsblockaden oder Autarkiepolitik Ersatzstoffe für Nahrungsmittel und Rohstoffe erforscht, entwickelt, produziert und verteilt werden. Tatsächlich wurden eine Vielzahl von Substituten und Surrogaten sowohl für die industriellen als auch für die staatlichen und privaten Nachfrager zur Marktreife geführt. Prominente Beispiele sind Buna als Gummiersatz und synthetischer Treibstoff, aber auch synthetisch hergestellter Dünger, Ersatzmetalle, Papier- und Nesseltextilien, Fleischersatz, Kunstlimonaden und Brotimitate zählen zu den wichtigen Ersatzstoffen der beiden Weltkriege. Wie sind diese Ersatzstoffe als Lösung für Ressourcenkonflikte im Zeitalter der Weltkriege entstanden, welche Pfadabhängigkeiten haben sich dabei ausgebildet und welche Rolle spielten die Akteure in Industrie, Wissenschaft und Staat? Welchen Anreizstrukturen und Handlungsspielräumen unterlagen diese Akteure und wie gingen sie mit grundlegenden institutionellen Arrangements um? Übergreifend soll zudem danach gefragt werden, ob sich homogene übergeordnete Strukturen und Netzwerke im Zeitalter der Weltkriege erkennen lassen oder Unterschiede zwischen einzelnen Branchen und Sektoren, z.B. Metall- und Schwerindustrie, Textilbranche und Konsumgüterindustrie, erhalten blieben. Schließlich ist von Interesse, welche innovativen Organisationsformen, z.B. Kriegsgesellschaften, Forschungsgemeinschaften

oder Ringe, eingeführt und erprobt wurden, die wegweisend für zukünftige Entwicklungen wurden und somit für die Akteure neue Lernmöglichkeiten und innovative Wissensformen darstellten.

Diesen Fragen und Themen will sich die Sektion mit einem transdisziplinären und intertemporal vergleichenden Zugriff widmen. Neben wirtschafts- und unternehmenshistorischen Untersuchungen sollen technik- und kulturhistorische Ansätze integriert und in einen fruchtbaren Dialog mit aktuellen Zugängen der Materialforschung gebracht werden. Die Sektion soll die bestehenden Forschungsansätze der einzelnen historischen Teildisziplinen zusammenführen, dabei Gemeinsamkeiten und Differenzen markieren sowie Möglichkeiten für kooperative oder komparative Arbeiten ausloten.

/ Zur Rolle der technik-wissenschaftlichen Forschung bei der Ersatzstoffentwicklung, 1914-1950 (Helmut Maier, Bochum)

In den ersten Jahren nach den beiden Weltkriegen bilanzierten die Technikwissenschaften ihre Beiträge zur materiellen Rüstung. Zahlreiche während der Kriege entwickelte Ersatzstoffe wurden, nachdem die Geheimhaltung beendet war, der Fachöffentlichkeit bekannt gemacht. Dabei ging es nicht nur um das während der Kriege produzierte wissenschaftliche Wissen, sondern auch um die Möglichkeiten, die Entwicklungen zukünftig ökonomisch zu verwerten.

Anders als im Ersten Weltkrieg wurde die Ersatzstoffforschung bereits in der Frühzeit des NS-Regimes intensiviert. Bis zum Beginn des Krieges 1939 kam es zu einer vehementen institutionellen Expansion, die sich bis in den Krieg hinein fortsetzte. Die zentrale Frage ist, ob es in den unterschiedlichen Forschungskomplexen zur Entwicklung rüstungsrelevanter Ersatzstoffe und damit zur Verlängerung der Rohstoffdecke kam.

Zur Rolle der technikwissenschaftlichen Forschung bei der Ersatzstoffentwicklung und ihrer produktions-technischen Anwendung liegen heute einige fundierte Untersuchungen vor. Der Beitrag diskutiert die strukturellen Bedingungen und die Verfahren des Problem- und Wissenstransfers zwischen Forschung, Entwicklung und Produktion. Dabei soll auch gefragt werden, ob sich der Einsatz forschungsbasierter Ersatzstoffe vor und nach 1945 quantifizieren lässt.

/ Kriegsbrot, Sparmetalle und Papiertextilien – Ersatzstoffwirtschaft im Ersten Weltkrieg (Stefanie van de Kerkhof, Mannheim)

Ressourcenkonflikte können nicht nur als eine Ursache, sondern auch als ein zentrales Charakteristikum des Ersten Weltkriegs verstanden werden. Mit der Generalmobilmachung des Deutschen Reichs und der Wirtschaftsblockade der Alliierten im Herbst 1914 wurden über 30 % aller Industriearbeiter eingezogen und beinahe 40 % aller Lebensmittel- und Rohstoffimporte entfielen. Der Aufkauf von Lebensmitteln für die Truppen führte zu Panikkäufen der Bevölkerung und ersten Versorgungsengpässen. Ein Mangel an kriegswichtigen industriellen Rohstoffen trat schon im Herbst 1914 v.a. bei Munition auf.

Waren schon vor dem Krieg Substitutionsgüter wie Margarine, Heizöl oder Aluminium entwickelt und industriell eingesetzt worden, so weitete sich die Ersatzstoffforschung und -produktion mit dem kriegsbedingten Rohstoffmangel massiv aus. Diese Entwicklung untersucht der Beitrag anhand dreier, kriegswichtiger Branchen: der Konsumgüterproduktion, der Schwer- und der Textilindustrie. Kriegsbrot, Sparmetalle und Papiertextilien stehen dabei stellvertretend für mehr als 10.000 während des Krieges entwickelte Ersatzprodukte.

Da eine gehaltvolle theoretische Erklärung der Wirtschaftswissenschaften für die Substitutionsfähigkeit einzelner Güter bislang nicht existiert, bietet es sich an, wirtschafts- und technikhistorisch zu analysieren, welche Eigenschaften, Nachfragemechanismen und Marktentwicklungen zur Substitution führten. Methodisch von zentraler Bedeutung ist, dass Ressourcenmobilisierung und Ersatzstoffentwicklung nur in enger Kooperation mit der Technik- und Wissenschaftsgeschichte erforscht werden können. Dabei ist zu fragen, inwiefern der Erste Weltkrieg als Akzelerator für Innovationen und wissenschaftlichen Fortschritt diente. Die neuere technikhistorische Forschung aufgreifend wird von einem komplexen Zusammenspiel wirtschaftlicher, staatlicher und wissenschaftlich-technischer Faktoren und Akteure in der Entwicklung von innovativen Ersatzstoffen zur Lösung von Ressourcenkonflikten im Ersten Weltkrieg ausgegangen, das intensiver analysiert werden soll.

/ Sparstrategien kriegswirtschaftlicher Produktentwicklung. Metallwerkstoffe in den Weltkriegen (Günther Luxbacher, Berlin)

Die Parameter der Entwicklung und Nutzung industrieller Werkstoffe unterliegen einer großen Bandbreite an wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Faktoren. Einer davon findet heute als „Rohstoffsicherheit“ öffentliche Aufmerksamkeit.

Unter dem Eindruck der Weltkriege hatten zahlreiche Staaten bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihr strategisches Roh- und Werkstoffmanagement intensiviert. Das Augenmerk der Historiker richtete sich dabei vorrangig auf die Gewinnung von Ersatzstoffen. Im Zentrum standen die Leistungen chemischer Hochdrucksynthesen wie der Ammoniaksynthese oder Kohlehydrierung bei der Gewinnung



äquivalenter Verbindungen. Dies nährt die Vorstellung von einem Deutschland, dessen Forschung und Entwicklung sich im 20. Jahrhundert auf die Herstellung von Ersatzstoffen aller Art konzentriert hätte.

Ein Blick auf den Ersatzstoffbegriff offenbart jedoch dessen Begrenztheit und Gebundenheit an Autarkie und Kriegswirtschaft. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel der Werkstofftechnik der Metalle. Obwohl propagandistisch als „neue Werkstoffe“ verklärt, bewirkte die Nutzung von Ersatzstoffen in der Produktentwicklung sogar massive Wirtschaftlichkeitsverluste. Um diese möglichst gering zu halten, forcierten Konstruktionswissenschaft und Maschinenbau verschiedene Spartechniken. Nicht Ersatzstoffe, sondern diese neuen Konzepte waren es, die über die Kriegszeit hinaus erfolgreich waren. Zu ihnen zählten Leichtbaumethoden und anspruchsvolle Stoffauswahlverfahren, die der genannten Faktorenviefalt gerecht wurden.

/ Strategien der Knappheitsbewältigung. Ersatzstoffe und andere Lösungswege im Edel- und Buntmetallsektor, 1933-1945 (Ralf Banken, Frankfurt/Köln)

Der deutsche Edel- und Buntmetallsektor unterlag aufgrund seiner Abhängigkeit von weltweiten Erz- und Rohmetallimporten sowie des Devisenmangels des Deutschen Reiches bereits ab Frühjahr 1934 ersten Rationierungen. Diese Praxis steigerte sich – je nach Metall – bis 1938 zu einem vollständigen Bewirtschaftungssystem unter staatlicher Kontrolle mit festen Bezugsmengen und Preisen. Die veränderte Lage auf den Beschaffungsmärkten führte dann schnell dazu, dass die metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen neue Strategien entwickelten, um trotz des Mangels an Edel- und Buntmetallen vom Rüstungsaufschwung der 1930er Jahre profitieren und im Weltkrieg die Produktion aufrecht erhalten zu können.

Der Beitrag zeigt, dass die Betriebe zum einen versuchten, sich über Rüstungsaufträge – für die Metalle staatlicherseits weiterhin bevorzugt bereitgestellt wurden – oder durch geschickte Verhandlungen mit den Bewirtschaftungsstellen eine ausreichende Versorgung zu sichern. Damit sollte auch die zivile Produktion weiterhin möglich sein. Daneben wurde Buntmetallschrott und Scheidematerial aufgekauft sowie der defizitäre Bergbau auf Buntmetallerze im Reich verstärkt aufgenommen. Zum anderen wird dargestellt, dass zusätzlich die Suche nach Ersatzstoffen sowie Sparmaßnahmen begannen. Beispielsweise wurden etwa neue Sparlegierungen bei Platinmetallen entwickelt, um diese besonders knappen Metalle für rüstungsrelevante High-Tech-Güter wie etwa Horch-Messgeräte, wärmetechnische Widerstandsthermometer oder Katalysatoren für die Stickstoff- und Treibstoffherstellung freizusetzen. Zusammen mit dem staatlichen Zugriff auf die Metall- und Erzressourcen der besetzten Länder erlaubten es alle diese Maßnahmen, die Versorgung der Rüstungsproduktion bis zum Kriegsende mit den notwendigen Edel- und Buntmetallen aufrecht zu erhalten.

/ Kunststoffe in Konsumgütern – ein Erbe der NS-Wirtschaftspolitik? (Anne Sudrow, Potsdam)

Die Geschichte der Kunststoffe ist in der Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte vermeintlich gut erforscht. Bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch, dass, je nach Definition, was „Kunststoffe“ seien, sowohl ihre wirtschaftliche Bedeutung, ihre technische Funktion und ihre Entwicklung im Ersten Weltkrieg und in der NS-Zeit von Historikern sehr unterschiedlich eingeschätzt werden. Selbst die Frage, ob ihre Entwicklung überhaupt einen spezifischen Lösungsansatz für das Problem der Ressourcenknappheit in den beiden Weltkriegen und ein Phänomen der Krisenbewältigung darstellt, ist umstritten. Unternehmenshistorische Studien verneinten dies meist. Technik- und wissenschaftshistorische Ansätze interpretierten die chemische Hochdrucksynthese als deutschen Technologie-„Pfad“ seit dem Ersten Weltkrieg und gar als nationales Innovationsmodell *par excellence* im 20. Jahrhundert. Der „Beginn des Kunststoffzeitalters“ wird jedoch, in einem gewissen Widerspruch hierzu, immer noch meist auf die 1950er Jahre datiert.

Dieser Beitrag plädiert dafür, den Ersten Weltkrieg als Inkubationszeit und bereits die Zeit von Mitte der 1930er bis Mitte der 1940er Jahre als erste Blütezeit der Kunststoffe zu werten, die in Deutschland maßgeblich durch die NS-Wirtschaftspolitik in die Wege geleitet wurde und im britisch-deutschen Vergleich als deutsche Besonderheit erkennbar wird. Zweitens sollen hier am Beispiel der Kunststoffe in Konsumgütern bei der historischen Einordnung der „Ersatzstoffe“ auch die Nutzer und Verbraucher von Fertigprodukten aus den neuen Werkstoffen in deren historische Bewertung einbezogen werden. Die „Qualität“ der Produkte erweist sich dabei als zentrales, gesellschaftlich umkämpftes Feld.

Gab es „den“ Wertewandel?

**Sektionsleiter:**

Bernhard Dietz (Mainz) / Christopher Neumaier (Mainz) / Andreas Rödder (Mainz)

**Zeit und Ort:**

Donnerstag, 27.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 2

**Vorträge:**

- / Einführung: Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung (Andreas Rödder, Mainz)
- / "Inventing the modern American family": Gab es einen Wertewandel in den USA? (Isabel Heinemann, Münster)
- / Von der bürgerlichen Kernfamilie zur Pluralität familialer Lebensformen? Zum Wandel der Familienwerte in Deutschland (Christoph Neumeier, Mainz)
- / Wo ist der Wertewandel? Kontinuität und Wandel in den deutschen Einstellungen zur Arbeit und Arbeitslosigkeit seit 1945 (Jörg Neuheiser, Tübingen)
- / Postmaterialisten oder Leistungselite? Die Leitenden Angestellten in den siebziger Jahren (Bernhard Dietz, Mainz)
- / Kommentar (Lutz Raphael, Trier)
- / Podiumsdiskussion: Gab es den Wertewandel? Zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichen und historiographischen Analysekategorien

**Abstract:**

Kaum eine der vielen neuen Studien zur Geschichte der Bundesrepublik kommt ohne einen Rekurs auf „Werte“ und „Wertewandel“ aus. Dabei wird der Wertewandel der späten 1960er und frühen 1970er Jahre als eine von mehreren Erklärungen für die weitreichenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gesehen. Dafür greifen Historiker auf die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Werteforschung, die für diese Zeit einen „Wertewandlungsschub“ von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ hin zu „Freiheits- und Selbstentfaltungswerten“ (Helmut Klages) konstatierte, zurück.

Aus einer historisch-analytischen Sicht ist allerdings nicht geklärt, welche Bedeutung Werte – verstanden als allgemein akzeptierte und handlungsleitende Orientierungsstandards auf kollektiver und individueller Ebene – und ihrem Wandel für den allgemeinen gesellschaftlichen Wandel zukommt. Zweitens ist der von den Sozialwissenschaften mit den Mitteln der quantifizierenden Umfrageforschung erhobene „Wertewandelschub“ mit einem qualifizierenden historisch-empirischen Zugriff zu überprüfen. Und drittens sind die beobachteten Phänomene in eine längere diachrone Perspektive einzuordnen. Denn die, seitens der sozialwissenschaftlichen Forschung angenommene, Vorstellung eines breit verankerten und „traditionellen“ Wertemusters, das sich erst um 1970 plötzlich verändert habe, erscheint angesichts der Komplexität bürgerlicher Wertvorstellungen schon im 19. Jahrhundert kaum plausibel. Es ist daher angebracht, die Ergebnisse der Wertewandelforschung der 1970er einer kritischen Historisierung zu unterziehen. Die empirische Leitfrage der Sektion lautet somit ebenso einfach wie zugespitzt: Gab es den Wertewandel? Die Sektion möchte darüber hinaus unter methodisch-konzeptionellen Gesichtspunkten die Rolle von Werten und ihrem Wandel für die Zeitgeschichtsforschung klären und ganz grundsätzlich das Verhältnis von sozialwissenschaftlichen und historiographischen Analysekategorien diskutieren.

Global Commons - Anspruch und Legitimation der „Gemeingüter“ als Erbe der Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg

**Sektionsleiterinnen:**

Andrea Rehling (Mainz) / Isabella Löhr (Heidelberg)

**Zeit und Ort:**

Mittwoch, 26.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 208

**Vorträge:**

- / Einführung (Referent/in: Andrea Rehling, Mainz / Isabella Löhr, Heidelberg)
- / Moderation (Johannes Paulmann, Mainz)
- / Die Wiederentdeckung der Bevölkerung. Veränderliche demographische Handlungsfelder zwischen global commons und global needs – Historische Perspektiven seit 1950 (Heinrich Hartmann, Basel)
- / "Whose world is it?": Natur und Umwelt als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945 (Anna-Katharina Wöbse, Genf)
- / „Preserving Cultures“ – Der Schutz von Kulturdiversität & Kulturerbe als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945 (Andrea Rehling, Mainz)
- / Exterritoriale Ressourcen: Die Diskussion um die Meere, die Pole und das Weltall um 1970 (Sabine Höhler, Stockholm)
- / Preserving cultures – nur wessen? Weltkulturerbe und geistiges Eigentum im Widerstreit (Isabella Löhr, Heidelberg)
- / Kommentar (Bernhard Gißibl, Mannheim)

### Abstracts:

/ Die Wiederentdeckung der Bevölkerung. Veränderliche demographische Handlungsfelder zwischen global commons und global needs – Historische Perspektiven seit 1950 (Heinrich Hartmann, Basel)

Die Geschichte der Bevölkerungswissenschaften bildete im Verlauf des 20. Jahrhunderts nur scheinbar ein schlüssiges Narrativ. Hinter dem vermeintlich klar definierten Konzept der Bevölkerung und seinem Charakter als Objekt politischer Interventionen verbargen sich höchst unterschiedliche Vorstellungen davon, was man als „Bevölkerung“ untersuchen und wie man auf diese einwirken konnte. Charakteristisch bleibt dabei, dass sich dieser Bevölkerungsbegriff nie alleine aus einem nationalen Kontext erklärte. Er war vielmehr an sich Gegenstand transnationaler Aushandlungsprozesse, durch die eine bestimmte globale, oder doch grenzüberschreitende Handlungsnotwendigkeit konstatiert wurde. Erst hierdurch wurde Bevölkerung zu einem „globalen Gemeingut“, das allerdings weiterhin auf höchst heterogenen lokalen Handlungsagenden und -praktiken aufbaute.

Der Vortrag fokussiert auf diesen höchst veränderlichen Bedeutungsraum des Bevölkerungsbegriffs. Dabei soll zunächst eine kurze chronologische Übersicht über die wichtigen Paradigmenwechsel der Bevölkerungsforschung gegeben werden. Für die Nachkriegszeit wird anschließend gezeigt, wie sich deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Konzept der Bevölkerung wieder aneigneten. Dabei wird auch deutlich, dass die vermutete globale „Bevölkerungsbombe“ (Paul Ehrlich), einerseits zur Wiederbelebung eines Konzeptes führte, dass seit der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland fast verschwunden war; andererseits wird auf diese Weise auch deutlich, wie hierdurch verschiedene entwicklungspolitische Konzepte und damit unterschiedlichste lokale Kontexte unter dem Mantel eines scheinbar homogenen Begriffs zusammengeführt wurden. Der daraus resultierende Bevölkerungsbegriff blieb ein höchst ephemeres Konstrukt. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag abschließend die Frage, ob und in welchem Sinne Bevölkerung als ein globales Gemeinschaftsgut verstanden werden kann.

/ "Whose world is it?": Natur und Umwelt als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945 (Anna-Katharina Wöbse, Genf)

Auf der ersten internationalen Naturschutzkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg, die 1949 unter der Ägide der Bildungsorganisation UNESCO stattfand, forderten französische Naturschützer und ihre internationalen Kollegen die Regierung in Paris offiziell auf, einen gleichermaßen eigenartigen und artenreichen Landstrich im Rhone-Delta, die Camargue, unter die Aufsicht eines internationalen Kontrollrates zu stellen. Da die einzigartige Diversität der Marschlandschaft einen universellen Wert besitze, reiche der bisherige staatliche Schutzstatus nicht aus. Die periphere Camargue sei vielmehr für die ganze Menschheit bedeutsam. Dieser Forderung nach einer Aufweichung der Souveränität wirft ein Schlaglicht auf die höchst spannenden und teilweise radikalen Neuinterpretationen von Natur und Umwelt als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945.

Das Papier untersucht die kontroversen Debatten der Nachkriegszeit über gemeinsame Räume und Güter innerhalb der UN-Familie. Es zeichnete sich rasch ab, wie sehr die Interpretation eines globalen Erbes divergierte. Im Forum der Vereinten Nationen öffnet sich nicht nur der Ausblick auf die Auseinandersetzungen über Natur als passiver Ressourcenlieferantin, die zum Wohl der wachsenden Erdbevölkerung nachhaltig auszubeuten sei, sondern auch die Entdeckung einer neuen Vernetztheit zwischen Akteuren

einerseits, und zwischen Menschheit und Umwelt andererseits. Die Welternährungsorganisation FAO propagierte beispielsweise eine systematische Nutzung der „unterfischten Meeresregionen“ oder der „unerschlossenen tropischen Wälder“, während die UNESCO für eine systematische Erforschung ökologischer Gesamtzusammenhängen, Fragilitäten und Unantastbarkeiten plädierte. In beiden Herangehensweisen spiegeln sich Verlusterfahrungen und Aneignungsprozesse, die grundlegend für das historische Verständnis der sich formierenden Globalisierungsdiskurse sind.

/ "Preserving Cultures" - Der Schutz von Kulturdiversität & Kulturerbe als gemeinsames Erbe der Menschheit nach 1945, (Andrea Rehling, Mainz)

Bereits bei der Gründung der UNESCO 1945 wurde die Notwendigkeit Kulturgüter zu schützen und das Recht auf Partizipation an Kultur festgeschrieben. Während der internationale Schutz von Kulturschätzen seine Wurzeln bereits im Völkerbund hatte, resultierte das Anliegen, Teilhabe an Kultur zu ermöglichen, aus den Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus. Partizipation an Kultur als Kanon der Schönen Künste und der Kulturgeschichtsschreibung wurde nach 1945 zu einem Menschenrecht. In diesem doppelten Sinne wurde Kultur so zu einem Gemeingut, dessen Schutz sich die UNESCO im internationalen Maßstab auf die Fahnen schrieb. Zunächst noch höchst umstritten, gewann dann in den 1960er Jahren der plurale Kulturbegriff der Anthropologie an Gewicht. Dadurch erhielt das „Erbe der Menschheit“ eine gegenwärtige Dimension. Es ging nun nicht mehr nur darum, Artefakte untergegangener Zivilisationen oder Kunstwerke als kulturelles Erbe zu bewahren. Stattdessen rückte der Schutz von "Heritage" als kulturelle Praxis in den Mittelpunkt. Homogenisierend wirkende Globalisierungs- und Medialisierungsprozesse wurden als Bedrohung ausgemacht. Dem Verlust traditionellen Wissens und traditioneller Praktiken, die als kollektives Gedächtnis und Wissensspeicher zunehmend als wertvolle Ressource betrachtet wurden, sollte durch entsprechende Governance-Institutionen entgegengewirkt werden. Davon ausgehend analysiert der Beitrag die Transformation des Kulturgüterschutzes zum Schutz immateriellen Erbes und kultureller Diversität. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, wie sich Veränderungen des Kultur- und "Heritage"-Begriffs, aber auch der Kategorie Wissen auf die völkerrechtlichen, politischen und philosophischen Konzepte „Erbe der Menschheit“ und „Welterbe“ auswirkten.

/ Exterritoriale Ressourcen: Die Diskussion um die Meere, die Pole und das Weltall um 1970 (Sabine Höhler, Stockholm):

Als Garrett Hardin 1968 die Allmende als ein rückwärtsgewandtes Konzept verabschiedete und neue Formen der Allokation der globalen Güter ("commons") einforderte, legte er wie viele seiner Zeitgenossen im Streit über die Zukunft der Menschheit eine biologistische These des Kampfes rational handelnder egoistischer Individuen um endliche irdische Ressourcen zugrunde. Vor dem Hintergrund seiner zutiefst westlichen Sichtweise, die kollektive Formen der Güterbewirtschaftung ablehnte, diskutiert der Beitrag die internationale Kontroverse um die Vergemeinschaftung exterritorialer Gebiete um 1970. Als exterritorial galten jene terrestrischen und extraterrestrischen Gegenden, die als Expansionsräume und Rohstofflager geostrategisch an Aufmerksamkeit gewannen, aber weder territorial ausgewiesen noch national zugewiesen waren: die Meere, die Polargebiete und das Weltall. Im internationalen Rennen um Raum versprach ihre Aneignung militärische, wissenschaftlich-technische und ökonomische Vormacht. Der Beitrag geht den zeitgenössischen Fragen ihrer zukünftigen Verwaltung nach und arbeitet die Konflikte zwischen vorherrschenden nationalen Besitzansprüchen und neuen Vorstellungen über die Ressourcen der Erde als gemeinsam bewirtschaftetes Erbe der Menschheit heraus. Die Aufgabe der internationalen Vermittlung fiel an die Vereinten Nationen als staatenübergreifendes legislatives Rahmenwerk. Das entstehende Regime der Raumordnung verdeutlicht die Spannungen zwischen den Prinzipien der Territorialität und der Globalität sowie die Machtgefälle im Diskurs der Globalisierung.

/ Preserving cultures – nur wessen? Weltkulturerbe und geistiges Eigentum im Widerstreit (Isabella Löhr, Heidelberg):

Als die UNESCO Mitte der 1950er Jahre konkrete Überlegungen zum Schutz des Weltkulturerbes anstellte, hatte sich die Organisation bereits intensiv mit der Dinglichkeit von Kultur und der Frage beschäftigt, mit welchen Mitteln man diese gegenwärtigen und zukünftigen Generationen möglichst gut erhalten könne. Allerdings lag dieser Auseinandersetzung eine ganz andere Stoßrichtung zugrunde als der Sorge um das Weltkulturerbe: 1952 hatte die UNESCO das erste weltweite Abkommen zum Schutz privater Eigentumsrechte an Werken der Literatur, Kunst und Musik auf den Weg gebracht und damit die Rechte der Personengruppen gestärkt, die aus der Produktion und dem Vertrieb kultureller Güter einen wirtschaftlichen Nutzen zogen. Dieses sogenannte „Welturheberrechtsabkommen“ bereitete den heftigen Kontroversen den Boden, in denen während der folgenden Jahrzehnte um die Gewichtung zwischen privaten und allgemeinen Interessen und das Anrecht der Öffentlichkeit auf die Nutzung kultureller Werke gestritten wurde.

Der Beitrag geht den Spannungen auf den Grund, die sich ab den späten 1950er Jahren zwischen diesen zwei Programmlinien der UNESCO entfalteten: einerseits die offene Formel von der Menschheit, deren Interessen mit Hilfe des Welterbekonzeptes zu schützen seien, und andererseits die entgegengesetzte Logik, das kreative Individuum gegenüber einer allzu offenerzig rezipierenden internationalen Gemeinschaft verteidigen zu müssen. Der Beitrag zeigt, wie in diesen Auseinandersetzungen unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle von Wissen und Kultur in einer globalisierten Lebenswelt kollidierten. Der Streit um die Legitimationsgrundlage der beiden Schutzlogiken bediente sich dabei der Begriffe Gemeinschaft, Individualität und Kultur, deren vermeintliche Universalität in dauerhaften Konflikt geriet mit der Dominanz westlicher Konzepte und Kulturindustrien als Hindernis für die kulturelle und wissenschaftliche Eigenständigkeit in außereuropäischen Ländern.

Historische Außenansichten auf Europa: Annäherungen aus (post)kolonialer und transatlantischer Perspektive

#### Sektionsleiter/in:

Judith Becker (Mainz) / Bekim Agai (Bonn) / Jan Logemann (Washington)

#### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 13

#### Vorträge:

- / Theoretische Einführung: Europa von außen: Zum Zusammenhang von Europa- und Postkolonialismusforschung (Judith Becker, Mainz)
- / Europabilder von Arabern und Osmanen im 19. Jahrhundert – Reisende aus dem Nahen Osten nach Europa im Spiegel des Kulturkontaktes (Bekim Agai, Bonn)
- / So nah und doch so fern: Lateinamerikas Europabilder zwischen Räumen im Zeitalter der Nordamerikanisierung (Stefan Rinke, Berlin)
- / Globale Interaktion und regionale Differenzierung – gegenseitige Wahrnehmungen zwischen „Europa“ und „Afrika“ (Kirsten Rüter, Hannover)
- / Fremde Teufel. Zur Geschichte des Okzidentalismus in China (Thoralf Klein, Loughborough)
- / Der Blick zurück: „Europa“ in den Augen europäischer Migranten in den USA (Jan Logemann, Washington)
- / Kommentar (Kiran Klaus Patel, Maastricht)

#### Abstracts:

Die Sektion thematisiert in Anlehnung an transnationale und globalgeschichtliche Ansätze wie Europa nicht nur ein innereuropäisches Konstrukt ist, sondern auch von seiner „Peripherie“ mit erfunden wurde und wird. Denn nicht nur prägt Europa als selbstwahrgenommenes Zentrum der Modernisierung seine „Peripherie“, die Erlebnisse dort und die Sicht derjenigen, für die Europa seinerseits die Peripherie des Eigenen ist, beeinflussten ebenfalls die europäische Selbstwahrnehmung.

Somit wird gefragt, wie Repräsentationen Europas von anderen wahrgenommen und rezipiert wurden. Ebenso wird die Relationalität von historischen Europakonstruktionen untersucht, wie sie z.B. in den Erfahrungen von Reisenden und Migranten, kolonialen Eliten und europäischen Missionaren deutlich werden, die sowohl Selbst- wie auch Fremdbilder Europas mitgeprägt haben.

Die Sektion bietet damit ein Forum für einen Dialog zwischen der Europäisierungsforschung einerseits und postkolonialer Forschung in den Regionalwissenschaften andererseits. Die genauere Untersuchung der Vorstellungen von Europa und den Europäern sowohl bei aus europäischen Ländern stammenden Migranten und Reisenden in der Fremde als auch bei jenen, die sich nicht als Europäer verstanden oder als „nicht-Europäer“ exkludiert wurden, soll ein nuancierteres und balancierteres Verständnis und eine Perspektivenvariation ermöglichen. Es gilt dichotomische Betrachtungsweisen zu durchbrechen, und neue, hybride Identitäten an einem „dritten Ort“ aufzudecken.

Aus verschiedenen Regionen soll der Blick auf Europa gewonnen werden. Das Einbeziehen transatlantischer Außenansichten hilft, globale Konzeptionen des „Westens“ als deckungsgleich mit Europa und der europäischen Kultur zu dekonstruieren und zu verkomplizieren. Ebenso tragen außerwestliche Sichtwei-

sen (Afrika, Asien, Lateinamerika, Naher Osten) zur Zusammenschau ganz unterschiedlicher Europakonstruktionen und damit zu einer globalen Sicht auf Europa bei.

/ Europabilder von Arabern und Osmanen im 19. Jahrhundert – Reisende aus dem Nahen Osten nach Europa im Spiegel des Kulturkontaktes (Bekim Agai, Bonn)

Europa und der Nahe Osten sind seit dem 19. Jahrhundert auf sehr vielfältige Weise eng miteinander verbunden. In dieser Zeit wurde zum einen Europa im Nahen Osten zunehmend präsenter und dies auf sehr unterschiedlichen Ebenen: militärisch, wirtschaftlich ebenso wie im Bildungsbereich. Doch wird für die Zeit oft übersehen, dass sich gleichzeitig auch einzelne europäische Länder den Menschen aus dem Nahen Osten öffneten. Die Präsenz von Menschen aus anderen Erdteilen wurde zu einem Merkmal des modernen Europa selbst. So kamen Diplomaten, Bildungsreisende, Geschäftsreisende, Exilanten, Journalisten und Touristen nach Europa, von denen viele die Zukunft ihrer Länder maßgeblich mitgestalteten. Sie schufen einen Kanon an Bildern und Vorstellungen von Europa und spielten eine bedeutende Rolle bei deren Diffusion in Nahen Osten. Somit wurde das nahöstliche Bild von Europa auch in Europa selbst erzeugt.

Das Bild von Europa spielt seit dieser Zeit eine bedeutende Rolle in den innergesellschaftlichen Prozessen und Debatten im Nahen Osten, die durch Europareisende und Exilanten angestoßen wurden und werden. Wir sehen, wie Binnen- und Außenperspektiven ineinander verschmelzen. Identität und Alterität werden in einem transaktionalen Prozess gebildet. Der Blick von außen auf Europa dient zur Identitätskonstruktion des Nahen Ostens, beeinflusst damit aber auch, wie sich Europa selbst durch Interaktion mit dem Nahen Osten wahrnimmt.

Der Vortrag will genau dieser doppelten Funktion Rechnung tragen und untersuchen, wie nahöstliche Identitätsentwürfe in Bezug zu Europa konstruiert wurden und wie diese wiederum auf die europäische Identitäten gewirkt haben können. So soll der Tatsache der verwobenen Beziehung von Europa und dem Nahen Osten, seiner politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Gestalt und seinen inneren und äußeren Beobachtern Berücksichtigung finden, um wichtige Bausteine für eine nahöstliche Sicht auf Europa und auf Europa im Kontext mit dem nahöstlichen Besucher im 19. Jh. zu gewinnen.

/ So nah und doch so fern: Lateinamerikas Europabilder zwischen Räumen im Zeitalter der Nordamerikanisierung (Stefan Rinke, Berlin)

Betrachtet man lateinamerikanische Europabilder im Zeitraum von ca. 1898-1930, so sind diese nur vor dem Hintergrund des Zusammenspiels mit den Bildern von den USA verständlich. Viele Gesellschaften in der Region erlebten in diesem Zeitraum eine erste Welle der Nordamerikanisierung, ein Prozess, der wiederum mit dem der Europäisierung untrennbar verbunden war. Zwischen diesen beiden räumlichen Polen verorteten sich Lateinamerikaner unterschiedlicher sozialer Schichten in dynamischen Begegnungen mit dem Anderen. Dieses Andere wurde durch zunehmende Kontakte im Kontext der sich verdichtenden globalen Kommunikation immer stärker greifbar. Damit entstanden neue Räume, die sich durch Bewegungen konstituierten. Einige waren klar abgrenzbar wie zum Beispiel die wirtschaftlichen Enklaven z.B. in der Plantagenwirtschaft und im Bergbau. Andere wiederum ergaben sich aus dem Kommunikationsprozess als solchem in neuen Medien der Zeit wie dem Kino, dem Radio, den illustrierten Zeitschriften etc. In meinem Beitrag werde ich einige Dimensionen dieser Bilder ausloten und fragen, inwieweit diese noch territorialisierbar, also eindeutig auf Europa bzw. die USA bezogen, blieben und inwieweit sie sich bereits in deterritorialisierter Diskurse des Globalen auflösten.

/ Globale Interaktion und regionale Differenzierung - gegenseitige Wahrnehmungen zwischen „Europa“ und „Afrika“ (Kirsten Rüter, Hannover)

Zu recht explizieren die Organisator/inn/en des Panels in ihrem Exposé, dass im Zuge einer "dekolonialisierten Geschichtsschreibung" (Darwin 2008: 14-27) das Bewusstsein dafür gewachsen ist, Wechselwirkungen, Interaktionen und gegenseitige Repräsentationen zwischen Regionen zu betrachten und zu verstehen und dabei Europa auf angemessene Größe zurückzuschneiden. Damit ist aber zugleich das Dilemma deutlicher geworden, dass sich jene Regionen, über die jeweils außenperspektivisch gesprochen wird, als zu homogen und undifferenziert wahrgenommen befinden. Was verbirgt sich hinter „Europa“, was hinter „Afrika“ in einer Annäherung an jene Dynamiken, die zur Genese so genannter und oft verzerrender „Europa“- und „Afrika“-bilder führen? Und wie geht man als Historiker mit diesem grundsätzlichen Dilemma um?

Dieser Beitrag, aus der Perspektive einer Afrikahistorikerin beigesteuert, wird nach konkreten Orten und spezifischen Zeitpunkten fragen, die in afrikanischen Gesellschaften Bilder von „Europa“ hervorbrachten. Ausgehend von mikrohistorisch eruierten Situationen soll nach spezifischen Merkmalen jeweiliger „Europa“-bilder gefragt werden sowie nach den Kontexten ihrer Entstehung und ihrer Wirkungsmacht. Auf konzeptueller Ebene soll der Beitrag sich dem Problem zuwenden, welche Methoden, Formen der empiri-

schen Forschung und welche Darstellungsformen einer Geschichtsschreibung zuträglich wären, die innovativ und empiriegeleitet zur Geschichte der Verflechtungen beitragen möchte.

/ Fremde Teufel. Zur Geschichte des Okzidentalismus in China (Thoralf Klein, Loughborough)  
In meinem Beitrag diskutiere ich anhand des Begriffs „fremde Teufel“ (oder richtiger: „fremde Dämonen“), wie im Zeitalter des Imperialismus in China der „Westen“ (Europa und Nordamerika) als ein Anderes konstruiert wurden. Dieses Othering war nicht allein Ausdruck der chinesischen Machtlosigkeit in der Konfrontation mit dem Fremden, sondern wurzelte zugleich in einer älteren sinozentrischen Perspektive. Trotz oder vielleicht gerade wegen seiner alltagssprachlichen Häufigkeit war der Zeichencharakter der Bezeichnung „fremde Dämonen“ eher schwach ausgeprägt. In Texten und visuellem Material aus dem späten 19. Jahrhundert gewinnt er seine Prägnanz nur im Zusammenwirken mit anderen Zeichen und dient in dieser Form vor allem der Auseinandersetzung mit der christlichen Mission. Auch die Agitation der Boxerbewegung von 1898-1900 bettete die Dämonisierung „westlicher“ Ausländer in breitere religiöse Konzepte ein, erweiterte aber das Feindbild um westliche Technologien. Im frühen 20. Jahrhundert wandelte sich der Kontext, in dem der Begriff „fremde Teufel“ wirksam werden konnte, von Grund auf. Während er zunächst noch von chinesischen Nationalisten zur Aufrüttelung der chinesischen Bevölkerung verwendet wurde, verlor er sich zunehmend in einer neuen politischen Rhetorik, von der die sich formierende politisch-soziale Öffentlichkeit geprägt wurde. Maßgebend wurden jetzt anti-imperialistische Konzeptionen, die selber größtenteils „westlichen“ Ursprungs waren. Der diskursive Kontext anti-„westlicher“ Dämonologie reflektiert somit den fundamentalen, aus der Auseinandersetzung mit dem ‚Westen‘ entspringenden kulturellen Wandel in China.

/ Der Blick zurück: „Europa“ in den Augen europäischer Migranten in den USA (Jan Logemann, Washington)

Bei historischen Außenansichten auf Europa spielte neben dem (post)kolonialen auch der transatlantische Blick eine zentrale Rolle. Dabei gerieten europäisch-amerikanischen Gemeinsamkeiten ebenso wie transatlantische Differenzen in den Blick und verkomplizierten das Bild eines globalen Westens. In meinem Beitrag soll am Beispiel europäischer Migranten in den USA der transatlantische Blick auf Europa im zwanzigsten Jahrhundert exemplarisch verhandelt werden.

Europäische Migranten betonten immer wieder die Kontraste zwischen beiden Kontinenten und trugen zu einem Diskurs über europäische Besonderheiten bei. Gerade den Emigranten der 1940er und 40er Jahre erschien Europa aus der Perspektive des amerikanischen Exils oft als eine Landesgrenzen transzendierende Einheit. Dabei konnten sie an bestehende amerikanische Diskurse über das Einwanderungsland als "melting pot" anknüpfen, in dem verschiedene nationale Traditionen miteinander verschmolzen. Der Begriff „European-American“ sollte die Grenzen zwischen bis dahin oft sehr separaten Immigrant-Milieus überbrücken. Statt völliger Assimilierung in die amerikanische Aufnahmegesellschaft, blieb eine Wahrnehmung von den Besonderheiten Europas gegenüber den USA jedoch oft prominent.

Ein gemeinsames europäisches Bewusstsein unter europäischen Einwanderern in den USA hatte jedoch auch Grenzen. Nationale Bindungen gingen nie völlig verloren und verstärkten sich in den sogenannten "ethnic revivals" der 1960er und '70er zum Teil noch. Europa als gemeinsamer Bezugspunkt war gerade bei Arbeitsmigranten deutlich weniger prominent als bei intellektuellen und professionellen Eliten. Auch für letztere gab es oft alternative Selbstverständnisse, etwa als Kosmopoliten, oder – im Falle vieler EmigrantInnen – als "Jewish Americans". Im Zeitalter des Kalten Krieges verstanden sich viele zudem dezidiert als „Atlantiker“ und betonten als Netzwerker im transatlantischen Brückenbau gemeinsame „westliche“ Werte. Dennoch waren die transatlantischen Austauschprozesse der Nachkriegszeit in verschiedensten Bereichen auch geprägt von der Verhandlung europäisch, amerikanischer Gegensätze. Hier spielten europäische Migranten oft eine zentrale Übersetzungsfunktion und trugen so signifikant zu Debatten dazu bei, was „Europa“ im zwanzigsten Jahrhundert ausmache.

Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945

#### Sektionsleiter:

Thomas Schaarschmidt (Potsdam)

#### Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 4

#### Vorträge:

/ Einführung und Moderation (Thomas Schaarschmidt, Potsdam)

- / Geräuschlose Krise? Das Problem der Rüstungsfinanzierung im Nationalsozialismus, 1935-1945 (Adam Tooze, Yale)
- / Mobilisierung und Ressourcenverschiebung in den Wissenschaften unter dem Primat des Bellizismus (Rüdiger Hachtmann, Potsdam)
- / Kontrolle individueller Identität und gesellschaftliche Mobilisierung, 1935-1943 (Jane Caplan, Oxford)
- / Regionale Behörden als Lösungsinstanzen für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staats, 1939-1944/45 (Jörn Brinkhus, Bremen)
- / Das Ministerium Speer – Lösung oder Verlagerung von Ressourcenkonflikten? (Oliver Werner, Jena)
- / Kommentar (Bernhard Gotto, München)

### Abstracts:

Die besondere Rolle, die Konflikte um Ressourcen für die nationalsozialistische Herrschaft und Kriegführung spielten, ist von der Forschung bereits früh erkannt und untersucht worden. Von den widerstreitenden Schwerpunktsetzungen des Vierjahresplans 1936 über die verschiedenen „Rüstungskrisen“ der ersten Kriegsjahre bis zu den Konflikten zwischen Goebbels und Speer um den Einsatz wehrfähiger Männer 1944 war die Kriegsmobilisierung des Nationalsozialismus von Ressourcenkonflikten gekennzeichnet. Lange standen die hemmenden und desorganisierenden Wirkungen dieser Konflikte im Vordergrund des Interesses. Mit ihren Auswirkungen auf die Rüstungswirtschaft befasste sich eine von Hans Mommsen geleitete Sektion auf dem 39. Historikertag 1992 in Hannover. Verschiedene Studien – allen voran die Arbeit von Adam Tooze zur „Ökonomie der Zerstörung“ – haben in den vergangenen Jahren die mobilisierenden und motivierenden Effekte der Auseinandersetzungen herausgearbeitet. Dabei wird deutlich, dass der Streit um kriegswichtige Ressourcen und Verfügungskompetenzen die Ressourcenmobilisierung nicht zwangsläufig lähmte, sondern gerade zu einer besonders rücksichtslosen Ausbeutung von Menschen und Material führen konnte. Der bisherige Fokus der Forschung auf Ressourcenkonflikte der Reichsebene – etwa 1944 zwischen Goebbels und Speer – betonte die blockierenden Aspekte. Wenn man die Rolle von Mittelinstanzen und regionalen Akteuren bis in die Endphase des Krieges verfolgt, kommt jene Ebene mit in den Blick, auf der die Mobilisierung verwirklicht wurde und viele Ressourcenkonflikte pragmatisch gelöst werden konnten. Hier wurden bis in das Frühjahr 1945 hinein Kräfte freigesetzt, die die Handlungsfähigkeit des Regimes aufrechterhielten. In dieser Sektion soll grundsätzlich diskutiert werden, wie in der deutschen Kriegsmobilisierung mit Ressourcenkonflikten umgegangen wurde und wie sich die Interaktion der zentralen, regionalen und lokalen Ebene in diesem Kontext auswirkte.

/ Geräuschlose Krise? Das Problem der Rüstungsfinanzierung im Nationalsozialismus, 1935-1945 (Adam Tooze, Yale)

Die Finanzierung der Rüstung stellte das nationalsozialistische Regime vor fundamentale Probleme der Ressourcenmobilisierung und -verteilung. Der Markt für öffentliche Schulden ist, wie wir in letzter Zeit in Erfahrung bringen, ein hochpolitisches Forum. Die Forschung neigte bisher zu der Annahme, dass das NS-Regime sich vor einem Gang an den Markt scheute. Mittels der „geräuschlosen Finanzierung“ umging das Regime das hochpolitische Problem der Geldbeschaffung auf dem öffentlichen Kapitalmarkt. Neuere Forschungen zur Geschichte des Reichsfinanzministeriums legen ein komplexeres Bild offen. Das NS Regime versuchte zwischen 1935 und 1938 sehr gezielt die Kreditwürdigkeit des deutschen Reiches wiederherzustellen. Im Rahmen des Anschlusses und auch angesichts der Kriegsgefahr 1938 gelang es riesige Geldmittel in Form von Anleihen zu beschaffen. Die Manipulation des Kapitalmarktes war die Voraussetzung einer komplexen Politik der Umverteilung der nationalen Ersparnisse. Auf Grund von Akten des Ministeriums, der Reichsbank und der Großbanken können wir die Umriss eines umfassenden Netzwerkes der kollektiven Ressourcenmobilisierung erkennen, dessen Zweck es war, die Vergebung der Anleihen zu einem Erfolg zu machen. Von einer Selbstmobilisierung des unternehmerischen und großbürgerlichen Vermögens zu sprechen, ist nicht übertrieben. Diese quasi-marktbasierte Mobilisierung erreichte im November 1938 ihre Grenzen und wurde danach durch eine Politik der weit gefächerten institutionalisierten Kapitalmobilisierung ersetzt. Dieses System war „geräuschlos“ nur in dem Sinne, dass es sich nicht mehr unter Marktgeschrei vollzog und außerdem tadellos funktionierte. Von einer Verschleierung oder einer Entpolitisierung der Geldbeschaffung kann keine Rede sein. Das Regime forderte die Volksgenossen ganz explizit als patriotische Subjekte auf, an der makroökonomischen Umverteilung mitzuwirken und als Haushalte dafür Verantwortung zu übernehmen, dass die von der Regierung verordnete Kriegs-



produktion tatsächlich realisiert werden konnte. Erst 1944 zerbrach dieses System, das für die Funktion der Kriegswirtschaft lebenswichtig war.

/ Mobilisierung und Ressourcenverschiebung in den Wissenschaften unter dem Primat des Bellizismus (Rüdiger Hachtmann, Potsdam)

Die Wissenschaften waren während der Zeit des Dritten Reiches durch eine doppelte Ressourcenverschiebung gekennzeichnet: Zum einen wurden die Technik- und Naturwissenschaften auf Kosten vor allem der Geistes- und Kulturwissenschaften ausgebaut; zum anderen verschob sich das Schwergewicht der Forschung von den Hochschulen in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Neben diesem Aspekt rückt der Beitrag einen weiteren ins Zentrum: Konflikte um Ressourcen waren (a.) kein Nullsummenspiel, sondern dienten oft der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen. Vor allem aber sind sie (b.) nicht als Ausdruck von Zerfall und Ineffizienz zu interpretieren. Konflikte waren Konkurrenzen und wurden von vielen Nationalsozialisten unter dem Diktum des „Wettbewerbs“ durchaus positiv konnotiert. In dem Beitrag werden die dynamisierenden und mobilisierenden Effekte der Konkurrenz um Ressourcen in den Blick genommen. „Mobilisierung“ wird in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie als eine Art Fremdsteuerung durch das NS-Regime, sondern vor allem als Selbstmobilisierung unter bellizistischem Vorzeichen in den Fokus genommen. Es gilt Motivstrukturen, Varianten und Tiefe dieser Selbstmobilisierung auszuloten. Auch wissenschaftsimmanent diente die von Historikern als „Doppelarbeit“ denunzierte konzeptionelle und methodische Konkurrenz der Produktivitätssteigerung. Ein Wissenschaftssystem, das auf „Doppelarbeit“ im Sinne von Methodenkonkurrenz setzt, kann im Ergebnis, d.h. im Sinne der Mobilisierung zusätzlicher Energien und Ressourcen, wesentlich effizienter sein als zentralistisch-hierarchische („planwirtschaftliche“) Wissenschaftssysteme, an denen sich die ältere Wissenschaftshistoriographie oftmals als Idealform orientiert hat.

/ Kontrolle individueller Identität und gesellschaftliche Mobilisierung, 1935-1943 (Jane Caplan, Oxford)

Normalerweise wird die Mobilisierung jedes Einzelnen für den Krieg als Teil der kollektiven Ressourcenmobilisierung diskutiert. Als Kontrast dazu richtet dieser Beitrag den Blick auf das Individuum als Objekt administrativer Mobilisierung und Beaufsichtigung. Er befasst sich mit den Verfahren der Kontrolle und polizeilichen Überwachung der persönlichen Identität, die nach der verpflichtenden Einführung von Personalausweisen mit Lichtbild für alle deutschen Staatsbürger im September 1939 angewendet wurden, mit den Dynamiken der Durchsetzung ebenso wie mit Vermeidungsstrategien.

/ Regionale Behörden als Lösungsinstanzen für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staats, 1939-1944/45 (Jörn Brinkhus, Bremen)

Wie konnte das „Dritte Reich“ bis 1945 Bestand haben und einen Weltkrieg gegen eine überlegene Koalition gegnerischer Mächte führen, wenn sein Staats- und Verwaltungsaufbau als chaotische Polykratie zu kennzeichnen ist? Jüngere Studien lösen den Widerspruch zwischen der Mobilisierungsleistung und Stabilität des NS-Regimes einerseits, dem unkoordinierten Neben- und Gegeneinander seiner Herrschaftsträger andererseits auf, indem sie die Kooperation auf regionaler und lokaler Ebene untersuchen und die Zusammenarbeit der Mittel- und Unterinstanzen als wichtige Ursache für die totale Indienststellung von Ressourcen zu Zwecken der Kriegsführung identifizieren. Dieser Zusammenhang kann indes differenzierter betrachtet werden: Das Beispiel der Versorgungspolitik zeigt, dass die Behörden Ressourcenkonflikte nur entschärfen, aber nicht lösen konnten. Denn bei der Mangelversorgung der Bevölkerung mit Textilien, Schuhen usw., die sich aus der einseitigen Allokation von Ressourcen zu Zwecken der Rüstungspolitik ergab, musste das Regime unliebsame Verteilungsfragen beantworten. Durch eine Verbrauchsregelung versuchte das Reichswirtschaftsministerium, soziale Konflikte zu entschärfen und so die Legitimität des NS-Staats im Kriegsalltag zu erhalten. Bei der Umsetzung dieser Versorgungspolitik nutzte die regionale und lokale Rationierungsbürokratie Entscheidungsspielräume, weitete diese in der Praxis aus und kooperierte mit anderen Herrschaftsträgern, um die Widersprüche der Wirtschaftspolitik auszugleichen. Die Akteure legten auf Verteilungsgerechtigkeit Wert, bemühten sich, eine Minimalversorgung sicherzustellen, und trugen so zur Stabilisierung der NS-Herrschaft vor Ort bei. Gleichzeitig untergrub diese zuweilen freihändige Implementation die Kohärenz und die Effizienz der vom zentralen Lenkungsapparat konzipierten Konsumregulierung, ohne den im Kriegsverlauf sinkenden Lebensstandard effektiv heben zu können.

/ Das Ministerium Speer – Lösung oder Verlagerung von Ressourcenkonflikten? (Oliver Werner, Jena)

Albert Speer veränderte mit der Übernahme des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition ab Februar 1942 das institutionelle Gefüge der deutschen Kriegswirtschaft grundlegend. Militärische Entscheidungsträger wurden sukzessive marginalisiert und Unternehmensleitungen über ein Gremiensystem stärker an der Gestaltung der Produktionsvorgaben beteiligt. Auf regionaler Ebene wurde Speers kriegs-

wirtschaftlicher Führungsanspruch im Herbst 1942 mit der Bildung gaubezogener Rüstungskommissionen unterstrichen, in denen die verantwortlichen regionalen Entscheidungsträger unter der Ägide des Reichsministeriums zusammengefasst wurden. Legitimiert wurden diese Veränderungen mit den wiederkehrenden Forderungen, „Doppelarbeit“ zu vermeiden und hemmende Ressourcenkonflikte zwischen verschiedenen Entscheidungsträgern zu unterbinden. Tatsächlich zeigt sich aber in der praktischen Tätigkeit der Rüstungskommissionen, dass die Auseinandersetzungen um einen wirksamen Ressourcenzugriff grundsätzlich bestehen blieben, ihre institutionelle Einbettung und Regulierung aber stabilisierend wirkte, indem regionalen Akteuren ein Mitspracherecht bei der Verteilung immer knapperer Rohstoffe und Arbeitskräfte mindestens suggeriert wurde. Ab Herbst 1943 verstärkte sich diese systemstabilisierende Wirkung institutionell regulierter Ressourcenkonflikte noch. Speer konnte regionale Akteure und Unternehmensvertreter gerade mit dem Hinweis zur weiteren Mitarbeit motivieren, dass er ihnen in den sich verschärfenden Konflikten auf Reichsebene den Rücken freihaltete und so im „totalen Krieg“ wenigstens ein Minimum wirtschaftlicher Rationalität ermögliche. Die Konflikte mit einzelnen Gauleitern um Ressourcen und schließlich um die Zerstörung von Industrieanlagen wurden keineswegs gelöst, sondern von Speer instrumentalisiert und je nach Bedarf zugespitzt oder abgemildert. Ressourcenkonflikte stabilisierten auf diese Weise die „komplexe Kooperationsstruktur“ (Adam Tooze) der deutschen Kriegswirtschaft bis in das Frühjahr 1945 hinein.

Lebensraum Meer. Umwelt- und entwicklungspolitische Ressourcenfragen in den 1960er und 1970er Jahren (Kurzsektion)

#### Sektionsleiter/in:

Christian Kehrt (Hamburg) / Franziska Torma (München)

#### Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 11:15 - 13:00 Uhr / P 10

#### Vorträge:

- / Moderation (Christof Mauch, München)
- / Nahrung für Milliarden Menschen, aber vom Auge nicht zu sehen: Plankton als epistemisches Objekt und ökonomischer Faktor (Ariane Tanner, Zürich)
- / Meeresbodenschätze: globale Güter und territoriale Ansprüche in der BRD 1960-1970 (Sven Mesinovic, Florenz)
- / "Dem Krill auf der Spur". Ressourcenfragen als Leitmotiv für die Institutionalisierung der deutschen Polarforschung in den 1970er Jahren (Christian Kehrt, Hamburg)
- / Kommentar (Sabine Höhler, Stockholm)
- / Lebende Ressourcen und symbolisches Kapital: Westdeutsche Fischereiexperten am Golf von Thailand (1959-1974) (Franziska Torma, München)

#### Abstracts:

/ Konzept, Fragestellung und Ziele:

Die Geschichte der Nutzbarmachung und Erschließung der Weltmeere ist bislang kein zentrales Thema der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. Ziel dieser Sektion ist es, wissenschafts- und umweltgeschichtlich motivierte Fragen der Meeresforschung mit globalgeschichtlichen Fragestellungen in Zusammenhang zu bringen, die in den letzten Jahren auf großes historiographisches Interesse gestoßen sind. Als zentrale Periode für die Formierung der internationalen Meeresforschung werden die „langen 1970er Jahre“ untersucht und mit einer Kernfrage der Zeitgeschichte verbunden: der internationalen Debatte über globale Ressourcen- und Umweltfragen. Das Meer wurde als globaler Raum relevant, in dem sich geostrategische, ökonomische, forschungspolitische, ökologische und entwicklungspolitische Problemstellungen der 1960er und 1970er Jahre kreuzten. Der Blick auf den Lebensraum Meer konkretisierte damit Zukunftsfragen, die auch die historischen Akteure in der BRD beschäftigten: Welternährung, Entwicklung, Bodenschätze, sowie die Grenzen von „Fortschritt“ und Wachstum. Diese intensivierten Debatten um Meeresressourcen in den langen 1970er Jahren werden auf der Basis aktueller Forschungsarbeiten behandelt. Im Mittelpunkt stehen folgende Leitfragen: 1) Welche Hoffnungen und Visionen waren an die Erschließung der Meere geknüpft? Welche epistemologischen und technologischen Voraussetzungen waren hierfür nötig? 2) Welche Konflikte entzündeten sich anhand der Meeres-Ressourcen, sowohl im nationalen als

auch im internationalen Rahmen? Wie fügten sie sich in globale Raumordnungen und Machtbeziehungen ein? 3) Welche Forschungshorizonte eröffnen globale und umwelthistorische Ansätze für die Zeitgeschichte?

Die Sektion ist auf 2 Stunden angelegt. Neu ist hierbei, dass in einer kürzeren ersten Runde alle Referenten die behandelten Ressourcen und Forschungsobjekte erläutern und damit Einblick in die Kontexte der Forschung über den Meeresboden, Plankton, Krill und Fisch geben. In einem zweiten Durchgang werden die jeweiligen Ressourcenkonflikte im Rahmen globaler, entwicklungspolitischer, ökologischer und politischer Kontexte verortet. Dieser Ansatz betont die Querverbindungen zwischen den einzelnen Beiträgen und erleichtert eine einheitliche thematische Betrachtung der Sektion. Den Abschluss bilden Kommentar und Schlussdiskussion.

/ Nahrung für Milliarden Menschen, aber von Auge nicht zu sehen: Plankton als epistemisches Objekt und ökonomischer Faktor (Ariane Tanner, Zürich)

Ariane Tanner behandelt die Frage der Welternährung am Beispiel der lebenden Ressource Plankton. Wissen über das Plankton ist auch immer ein Wissen über den homo sapiens und den Zustand seiner Umwelt, das Vorhandensein von Ressourcen, die lokale und globale Ernährungslage, sowie ökologische Gefahren. Heute gelten die mikroskopisch kleinen Organismen als „Anfang“ der Evolution, bedeutendste Nahrungskette und Indikator für die globale Klimaerwärmung. Der Vortrag setzt sich mit der Geschichte des Planktons als epistemisches Objekt auseinander und setzt einen Schwerpunkt auf die ausgehenden 1960er und die 1970er Jahre, als Plankton innerhalb des Neo-Malthusianischen und des beginnenden ökologischen Diskurses eine besondere Rolle erhielt: Colin Clark berechnete 1968, dass unter Zuhilfenahme aller Ressourcen des Globus 157 Milliarden Menschen auf einem japanischen Lebensstandard ernährt werden könnten. Künstlich vermehrtes Plankton für die Intensivierung von Nahrungsketten war Teil dieser fortschrittsoptimistischen Vision. Im selben Zeitraum wurde diese Ressource aber auch als Problem entdeckt: „Die größte Biomasse der Welt“ erschien durch den im Meer treibenden Müll – darunter so genanntes „Plastikplankton“ – kontaminiert. Die Einsicht, dass diese Verunreinigungen über die Nahrungskette schließlich auf den Menschen durchschlagen, war ein Element jener Verunsicherung, die in den frühen 1970er Jahren das ökologische Bewusstsein förderte.

/ Meeresbodenschätze: globale Güter und territoriale Ansprüche in der BRD 1960-1970 (Sven Mesinovic, Florenz)

Der Beitrag von Sven Mesinovic geht den Diskursen und Praktiken der Erschließung der Meere als Territorien von wirtschaftlicher, militärischer und wissenschaftlicher Bedeutung nach. Während die sogenannten Entwicklungsländer den Zugriff reicher Industriestaaten auf die Schätze des Meeres zu verhindern suchten, sah ein „rohstoffbenachteiligtes“ Land wie die Bundesrepublik Deutschland in der ressourcenorientierten Meeresforschung große Chancen. 1964 verkündete die BRD die sogenannte „Festlandproklamation“ und erhob damit Ansprüche auf die Kontinentalschelfe vor der bundesdeutschen Küste, die keiner staatlichen Herrschaft unterstellt waren. Am Beispiel der Einrichtung des bundesdeutschen Unterwasserlaboratoriums Helgoland untersucht der Beitrag, wie nationale Interessen der Gewinnung von Bodenschätzen aus dem Meer mit der Freiheit der Forschung verbunden und durchgesetzt wurden. Die Entstehungs- und Nutzungsgeschichte der Helgolands und ähnlicher bemannter Unterwasserhabitate zeigt, dass „die künftige Technik des Abbaus von Rohstoffen im Meeresboden“ zur Politisierung der Technologieförderung zur Erschließung des internationalen Meeresbodens beitrug

/ „Dem Krill auf der Spur“. Ressourcenfragen als Leitmotiv für die Institutionalisierung der deutschen Polarforschung in den 1970er Jahren (Christian Kehrt, Hamburg)

Christian Kehrt wendet sich der deutschen Polarforschung zu, die sich in den 1970er Jahren mit der Gründung des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven institutionalisierte. Ausgangspunkt hierfür waren weltweite Ressourcenfragen, die in den 1970er Jahren auch Deutschland motivierten, mit einem massiven und langfristigen Forschungsbeitrag die Bedingungen des Antarktisvertrages zu erfüllen und den 12 Vertragsnationen beizutreten. Zugleich stellte die Meeresforschung jenes Wissen bereit, das die Risiken der Ausbeutung und Verschmutzung des Meeres offen legte und Argumente für einen globalen Umweltschutz lieferte. Krill ist in diesem Zusammenhang ein Schlüsselobjekt, das verschiedene Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft im Kontext globaler, zukünftiger Ressourcenfragen miteinander verbindet. Der eiweißhaltige Kleinkrebs mit seiner nahezu unerschöpflichen Biomasse verhielt die Lösung der Welternährungsprobleme und war das *ticket d'entrée* der deutschen Polarforschung in einem globalen, politisch motivierten Wettstreit um Meeresressourcen.

/ Lebende Ressourcen und symbolisches Kapital: Westdeutsche Fischereiexperten am Golf von Thailand (1959-1974) (Franziska Torma, München)

Franziska Torma befasst sich mit dem Einsatz deutscher Fischereiexperten am Golf von Thailand in den 1960er und 1970er Jahren. Technische Hilfe eröffnete nicht nur Wege zum Rohstoff „Fisch“. Sie diente auch als politische Ressource im postkolonialen Zeitalter. Der Vortrag zeichnet die Ambivalenzen des Meeres als Speicher „lebender Ressourcen“ und symbolischen Kapitals nach. „Entwicklungshilfe“ sollte Südostasien für den Westen einnehmen, der von den thailändischen *counterparts* mit Wachstum identifiziert wurde, und das zu einer Zeit als sich mit den „Grenzen des Wachstums“ bereits Zweifel an der unendlichen Verfügbarkeit von Rohstoffen zu verankern begannen. Vor diesem Hintergrund wird gezeigt, wie die südostasiatischen Meere westdeutsche Planungseliten an die Grenzen des eigenen Handelns stoßen ließen. Einerseits glaubten die westdeutschen Experten anhand der von ihnen (mit-)verursachten Überfischung in Thailand einen Beweis zu sehen, dass die „Grenzen des Wachstums“ bereits weit überschritten seien. Andererseits verlagerten sich Fortschrittsideologien von der westdeutschen zur thailändischen Seite. Aus diesem Konflikt- und Spannungsfeldern stellt sich die Frage, wie Ökonomie und Umwelt, Ausbeutung und Schutzmaßnahmen zusammenhängen und zu welchem Maße diese Verknüpfung – sowie Zweifel am Wachstum – eurozentrisch waren.

Macht und Gegenmacht im Konfliktraum der Volksrepublik Polen: Kulturelle Ressourcen für Formen des politischen Widerstands

#### Sektionsleiterin:

Bianka Pietrow-Ennker (Konstanz)

#### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 5

#### Vorträge:

- / Einführung (Bianka Pietrow-Ennker, Konstanz)
- / "Body and Soul". Eigensinn im Polski Jazz (Gertrud Pickhan, Berlin)
- / Widerständige Abgrenzung - Räume der Gegenerinnerung (Krzysztof Ruchniewicz, Berlin)
- / Kultur als Ressource von Oppositionspolitik. Nationale und transnationale Bezüge des Untergrunddiskurses der 1980er Jahre (Robert Brier, Warschau)
- / Die Katholische Kirche als Gegenmacht zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Klaus Ziemer, Trier/Warschau)
- / Diskutant (Dieter Bingen, Darmstadt)

#### Abstracts:

Die Gegenmacht gegen das sozialistische Regime in der Volksrepublik Polen, das durch die Sowjetunion mit unterschiedlichen Strategien hegemonialer Machtausübung gestützt wurde, war schließlich so stark, dass es als erstes im Osten Europas am Ende der 1980er Jahre überwunden und ein Strukturwandel eingeleitet wurde. Es ist ereignisgeschichtlich gut erforscht, dass Gewaltformen unterschiedlicher Art bis hin zur Verhängung des Kriegsrechtes, die wachsende Bewegung der Regimekritiker nicht in die Schranken weisen konnten. Nicht hinreichend sind jedoch die kulturellen Ressourcen erforscht, die die Formierung von Oppositionsbewegungen möglich machten. Traditionsbewusstsein und Nationalismus werden weithin in diesem Prozess als gegebene Konstanten vorausgesetzt. Demgegenüber soll die Sektion neue Erkenntnisse darüber erbringen, 1.) welcher Art die kulturellen Ressourcen im Einzelnen waren, 2.) durch welche Symbolvorräte Angebote für die Bildung kollektiver Identität entstanden, 3.) welche sozialen Gruppen Zugang zu diesen kulturellen Ressourcen fanden und 4.) welche subversiven Praktiken sich in welchen Räumen (regional, national, transnational) daraus ergaben.

Die Bestimmung dessen, was als kulturelle Ressource galt, soll in zeitgenössischen Diskursen ebenso ermittelt werden wie die Konstruktion von Strategien der Gegenmacht. Deren diskursive Entwicklung lässt sich differenzieren nach den Varianten von Eigen-sinn, widerständiger Abgrenzung, Konstruktion von Gegenstrategien und oppositionellen Praktiken.

Diese Abstufung spiegelt sich auch im Aufbau der Sektion wider: Erstens wird Eigen-Sinn am Beispiel des polnischen Jazz als kultureller Ressource behandelt. In keinem anderen Land Nachkriegseuropas hatte der Jazz eine solche Breitenwirkung wie in der Volksrepublik Polen. In Jazz-Clubs und auf Festivals begab man sich in eine Gegenwelt, in der die Regeln von Partei und Staat ihre Geltung verloren. "Polski Jazz" wurde zu einer Chiffre für ein selbstbestimmtes Leben. Bedeutungsebenen und Wirkungsweisen

des polnischen Jazz als Ressource einer Gegenkultur werden in diesem Beitrag nachgezeichnet. Zweitens wird widerständige Abgrenzung auf die Erinnerungskultur bezogen. Polen und die Sowjetunion hatten sich nach 1945 auf symbolischer Ebene durch eine konstruierte gemeinsame Erinnerung verbunden, die den Antifaschismus zum wesentlichen Inhalt hatte. Inhalte antisowjetischer gesellschaftlicher Erinnerung wurden verdrängt bzw. aus dem Land ins Exil gedrängt. In „Räumen der Gegenerinnerungen“ soll thematisiert werden, welche nichtoffiziellen Narrativen zu welchen Zeiten und an welchen Orten kommuniziert wurden und welche Arten von Erinnerungsgemeinschaften sie konstituierten. Drittens wird die Konstruktion von Gegenstrategien am Beispiel des nationalen und transnationalen Untergrunddiskurses behandelt. Dabei steht Kultur als Ressource von Oppositionspolitik im Zentrum der Analyse. Eine 1988 in Nowa Huta abgehaltenen internationalen Menschenrechtskonferenz wird untersucht, auf der sich die wichtigsten Elemente oppositioneller Gegenstrategien verdichteten. Es lässt sich zeigen, dass kollektiv verwandte Semantiken für sozialen Protest zentrale Bedeutung haben. Indem sie eine bestimmte Interpretation politischer oder sozialer Probleme nahe legen, ermöglichen sie die Konstruktion kollektiver Identität und konstituieren damit soziale Protestbewegungen. Viertens werden oppositionelle Praktiken am Beispiel der katholischen Kirche in Polen und der religiösen Solidarität veranschaulicht, die dem Wertekanon der „proletarischen Solidarität“ sozialistischer Gesellschaften diametral entgegenstanden, wie sie die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei maßgeblich vertrat. Hierbei soll auch gezeigt werden, welche zeitliche Entwicklung die kirchliche Gegenbewegung durchlief und in welchen Formen und Dimensionen sie auftrat.

/ Widerständige Abgrenzung - Räume der Gegenerinnerung (Krzysztof Ruchniewicz, Berlin)

Zur Zeit der Volksrepublik Polen versuchten die Kommunisten ihre Sichtweise auf die Geschichte aufzuzwingen, eigene Helden zu forcieren. Sie hegten die Hoffnung, dass die von ihnen dabei benutzten Instrumente, wie Massenkundgebungen, Film, Theater oder schließlich die Zensur, die in der Gesellschaft herrschende Erinnerung an die nationale Geschichte verändern werden. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte dabei die Schule. Besonders aktiv war man auf diesem Gebiet zur Zeit des Stalinismus. Trotz dieser unterschiedlichen Bemühungen von Seiten der Kommunisten ist es ihnen nicht gelungen, nur eine Variante der Geschichte aufzuzwingen. Neben der offiziellen, staatlichen, mit Ideologie gesättigten und verschwiegenen, existierte eine ungeschriebene, mehrmals von Generation zu Generation übermittelte, von privater Überlieferung gekennzeichnete, inoffizielle oder halbinoffizielle Geschichte. Nach der Stalin-Zeit kann man sogar von einer Konkurrenz zwischen diesen zwei Geschichtsdeutungen sprechen. Allmählich verstärkte sich die Gegenerinnerung. Nicht nur die Familie und ausländische Radiosender auf Polnisch, sondern auch die das Regime bekämpfenden Gruppen sowie aus dem Ausland geschmuggelte Exilpublikationen waren Quellen der „wahren nationalen Geschichte“. Immer öfter konnte man alternativen Geschichtsdeutungen begegnen. Der „Karneval der Solidarność“ verstärkte zusammen mit der Entstehung des sogen. „zweiten Umlaufs“ diese Handlungen zusätzlich. Man sollte in diesem Zusammenhang an den Beginn der Arbeit des Zentrums „Karta“ erinnern, das die sogen. „verbotene“ Geschichte popularisierte und bei der Aufdeckung der sogen. „Weißen Flecken“ tätig war. Die von diesem Zentrum herausgebrachte historische Zeitschrift wurde zu einer der wichtigsten Periodika des zweiten Umlaufs. Schutz für die oppositionelle Tätigkeit gewährte öfters die katholische Kirche. In ihren Räumlichkeiten wurden die historischen nationalen Jahrestage gefeiert, die die Kommunisten aus dem Kalender gestrichen hatten (3. Mai, 15. August, 11. November u.a.m.). Die nationalen Helden wurden geehrt, indem man ihnen Gedenktafeln stiftete. Es wurden Tage der christlichen Kultur organisiert, während der Referate über verschiedene historische Themen gehalten wurden. Trotz unterschiedlicher Versuche, diese Aktivitäten einzuschränken, die durch Überwachung und Repressalien gekennzeichnet waren, schrumpfte das Monopol des Staates auf die historische Erinnerungspolitik beträchtlich. Zusammen mit der Abschwächung des kommunistischen Regimes wurden die bisher verdrängten oder ideologisch interpretierten Fakten im öffentlichen Diskurs zugelassen. Am Ende des Kommunismus mussten die Machthaber ihre Niederlage eingestehen. Ein Beispiel dafür waren die staatlichen Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen im Jahre 1988. Das Ziel des Referates ist es, die Bedingungen für die Existenz von alternativen Erinnerungsräumen zu skizzieren, die Aufmerksamkeit auf die Hauptakteure zu lenken, sowie den Mangel an Effektivität des Staates bei der Bekämpfung der unabhängigen Kultur des Wortes und der Erinnerung unter Beweis zu stellen.

/ Kultur als Ressource von Oppositionspolitik. Nationale und transnationale Bezüge des Untergrunddiskurses der 1980er Jahre (Robert Brier, Warschau)

Kollektiv verwandte Semantiken haben für sozialen Protest zentrale Bedeutung. Indem sie eine bestimmte Interpretation politischer oder sozialer Probleme nahelegen, ermöglichen sie die Konstruktion kollektiver Identität und konstituieren damit soziale Protestbewegungen ("framing"). Für die polnischen Oppositionsbewegungen der 1980er Jahre stellten insbesondere nationale und religiöse Symbole eine wichtige Res-

source für die Herstellung derartiger kollektiver Identitätszuschreibungen dar. Im Vortrag sollen zentrale Charakteristika dieser symbolischen Praktiken rekonstruiert werden, indem eine dichte Beschreibung einer 1988 in Nowa Huta abgehaltenen, internationalen Menschenrechtskonferenz vorgenommen wird, in der sich die wichtigsten Elemente oppositioneller Gegenstrategien verdichteten. Auf diese Weise soll gezeigt werden, dass sich der Diskurs der Opposition immer auch an transnationale Adressaten richtete und dabei traditionelle Wertvorstellungen neu interpretierte, indem sie sie mit sozialistischen Überzeugungen sowie mit den Deutungsmustern eines entstehenden Menschenrechtsdiskurses verband. Auf diese Weise soll eine Sichtweise polnischer Zeitgeschichte problematisiert werden, die die Solidarność einerseits als gleichsam notwendiges Ergebnis einer auf die Romantik reduzierten polnischen Nationalgeschichte versteht und sie andererseits auf den Fluchtpunkt von 1989 ausrichtet.

Reaktionen auf die globalen Energiekrisen der 1970/80er Jahre

**Sektionsleiter:**

Frank Bösch (Potsdam) / Rüdiger Graf (Bochum)

**Zeit und Ort:**

Freitag, 28.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 110

**Vorträge:**

- / Einführung (Frank Bösch, Potsdam)
- / Erdölkonferenzen – globale Ressourcenkonflikte und nationale Energiepolitik (Rüdiger Graf, Bochum)
- / Zwischen Harrisburg und Iran: Globale Reaktionen auf die zweite Ölpreiskrise 1979 (Frank Bösch, Potsdam)
- / Zwischen Regulierung und Sensibilisierung. Die Debatten über den Benzinverbrauch in den USA und Westdeutschland nach dem ersten Ölpreisschock (Ingo Köhler, Göttingen)
- / Kalkulierbares Risiko? Die Versicherung der Atomgefahr (Christoph Wehner, Bochum)
- / Kommentar (Martina Hessler, Hamburg)

**Abstract:**

Die 1970er Jahre gelten in der zeithistorischen Forschung als eine Epochenschwelle, in der das auf stetig steigendem Energieverbrauch basierende Wachstumsmodell der Industriegesellschaften zunehmend in Frage gestellt wurde und vielfältige Krisendiagnosen aufkamen. Nachdem das Öl während des exzeptionellen ökonomischen Nachkriegsbooms in den westlichen Industrieländern die Kohle als wichtigsten Primärenergieträger abgelöst hatte, waren es vor allem die beiden Ölkrisen 1973/74 und 1979, die energiepolitische Umgestaltungen beschleunigten und eine breite politische wie gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung befeuerten. Die Sektion geht der Leitfrage nach, wie auf die Energie(preis)krisen der 1970er Jahre politisch, ökonomisch und kulturell reagiert wurde. Jenseits der bekannten kurzfristigen Reaktionen (wie den autofreien Sonntagen) geht es dabei vor allem um mittel- und langfristige Antworten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Damit werden die 1970er Jahre nicht mehr nur, wie häufig in der jüngsten Forschung, als Niedergangphase und Ende der »trente glorieuse« verstanden, sondern die Sektion soll zeigen, inwiefern sich neue Denk-, Wissens- und Handlungsmuster etablierten. Während sich die ersten beiden Vorträge mit den globalen politischen Reaktionen auf die beiden Ölkrisen beschäftigen, untersuchen die beiden anderen an zwei ausgewählten Beispielen die Reaktionen der Wirtschaft auf die veränderte energiepolitische Lage. Dabei wird es mit Ölreserven und -preisen, Energie- und Reaktorsicherheit, den ökologischen Folgen der Kohle- und Kernenergie, verkehrspolitischen Alternativen und Energiesparmaßnahmen sowie Fragen der internationalen und globalen Ordnung um wesentliche Probleme gehen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch heute beschäftigen

Recht als umstrittene Ressource. Akteure, Praktiken und Wissensordnungen des Völkerrechts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939) (Kurzsektion)

**Sektionsleiter/in:**

Kathrin Kollmeier (Potsdam) / Marcus M. Payk (Berlin)

## Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 11:15 - 13:00 Uhr / P 7

## Vorträge:

- / Eine „Anomalie des Rechts“ als Politikum: Die internationale Verhandlung von Staatenlosigkeit und Mehrstaatlichkeit (1919-1930) (Kathrin Kollmeier, Potsdam)
- / Der „Rechtsfriede“. Völkerrecht, Politik und Legitimität im Streit um den Versailler Vertrag bis zum Zweiten Weltkrieg (Marcus M. Payk, Berlin)
- / Kampf der Tatbestände: Die wissenschaftliche Debatte zum Zuständigkeitsbereich eines neu zu schaffenden internationalen Strafgerichtshofes 1919-1937 (Daniel Marc Segesser, Bern)
- / Kommentar (Michael Kempe, Hannover)
- / Moderation (Julia Angster, Kassel)

## Abstracts:

Das 20. Jahrhundert war durch eine Politisierung des Rechts gekennzeichnet, die den Bereich und den Begriff des Politischen selbst veränderte. Die Entgrenzung von Gewalt in zwei Weltkriegen, die Ausweitung von Bevölkerungspolitiken, die Dynamik von Kolonialismus und Dekolonialisierung sowie zahlreiche weitere Großkonflikte lassen sich aus dieser Sicht einerseits als Entrechtlichung des politischen Handelns und der politischen Räume begreifen. Zugleich zeichnet sich auf der anderen Seite eine wachsende Verrechtlichung ab, indem immer mehr transnationale Normen mit übergreifendem, teils universalem Geltungsanspruch ausgehandelt wurden und mittels internationaler Institutionen durchgesetzt und bewahrt werden sollten. Auch wenn sich diese Entwicklungen erst nach 1945 verstetigten, sind ihre Wurzeln im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts unverkennbar.

Um diese paradoxen Großprozesse genauer zu erfassen, betrachtet die Sektion mit der europäischen Zwischenkriegszeit (1919-1939) einen zentralen Schauplatz und eine Scharnier-Epoche, in welcher der Internationalismus des Völkerrechts auf scharfe nationale Spannungen und Konflikte traf. Die im Rahmen der Friedenskonferenzen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert schrittweise etablierten internationalen Institutionen und Rechtsregime (Schiedsgerichtsbarkeiten, Ständiger Internationaler Gerichtshof, Minderheitenschutz) wurden in diesem Zeitraum nicht nur vielfach erprobt und belastet, sondern vielfach auch als vermeintliche Hüter eines formalen Normativismus ins politische Abseits gedrängt.

Anhand unterschiedlicher Untersuchungsfelder soll in der Sektion aufgezeigt werden, in welchen Konstellationen Völkerrecht zu einer – mitunter einzigen oder entscheidenden – Ressource in politischen Auseinandersetzungen wurde. Wie, für wen und zu welchen Bedingungen waren völkerrechtliche Ressourcen zugänglich, und mit welchen Konflikten und Konsequenzen war der Zugriff auf sie verbunden? Durch welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde die Berufung auf – positivrechtliche oder auch naturrechtliche – Normen begünstigt oder erschwert? Inwieweit kam dem Gebrauch rechtlicher Argumente eine politische Qualität zu, und wie erfolgreich waren Bemühungen, originär politische Konflikte durch eine juristische oder normative Argumentation zu unterlaufen oder stillzulegen? Indem die Sektion mit diesem Fragenkatalog vor allem internationale Normen der europäischen Zwischenkriegszeit thematisiert, soll zugleich die nationalstaatliche Verengung der etablierten Rechtsgeschichte überwunden werden.

Die drei, jeweils auf laufenden oder jüngst abgeschlossenen Forschungsvorhaben basierenden Vorträge analysieren daher 1.) die Bedeutung, die juristische Normen in bestimmten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bezügen erhielten oder auch verloren. Die Sektion geht damit über eine Disziplinengeschichte des Völkerrechts hinaus und zeigt auf, wie sehr die wissenschaftliche Entwicklung des Völkerrechts in politische Großwetterlagen eingebunden war und Konjunkturen in der öffentlichen Erwartung unterlag. Die Sektion legt 2.) ein besonderes Gewicht auf die komplexen Wechselwirkungen zwischen den nationalen und internationalen Ebenen. Gerade mit der Gründung des Völkerbundes 1920 trat die Konkurrenz normativer Ordnungen zwischen Nationalisierung und Internationalisierung in eine neue Phase ein. Schließlich wird 3.) geprüft, inwiefern Prozesse einer Politisierung des Rechts und einer Verrechtlichung der Politik als charakteristische Phänomene dieser Etappe des 20. Jahrhunderts gelten können und inwieweit zugleich gegenläufige Impulse der Entpolitisierung und Entrechtlichung zu beobachten sind.

Mit dieser dreifachen Problemstellung möchte die Sektion dazu beitragen, Recht in seiner politischen Relevanz für das 20. Jahrhundert historisch auszuleuchten. Sie schließt an solche neueren Forschungsentwicklungen an, die alternative und erweiterte Zugänge zur Geschichte von Rechten und Normen, von juristischen Regelungen, Präskriptionen und Ordnungen jenseits der disziplinären Rechtsgeschichte er-

proben. Vor dem Hintergrund der methodischen und theoretischen Innovationen der letzten Jahrzehnte wird eine Geschichte des Rechts angestrebt, die über eine introvertierte Dogmengeschichte ebenso hinausgeht wie über eine Reduktion des Rechts auf seine politische, ideologische oder sonstige Funktionalität. Die vorgeschlagene Sektion will diese konzeptionelle Neufassung exemplarisch durch einen Zugriff sichtbar machen, der Recht als eine politisch umkämpfte Ressource der Zwischenkriegszeit begreift.

/ Eine „Anomalie des Rechts“ als Politikum: Die internationale Verhandlung von Staatenlosigkeit und Mehrstaatlichkeit (1919-1930) (Kathrin Kollmeier, Potsdam)

Anhand des Umgangs mit Staatenlosigkeit und Mehrstaatlichkeit wurde in der Zwischenkriegszeit eine Kardinalfrage nationalstaatlicher Souveränität – die Identifikation der eigenen Staatsangehörigen – erstmals auf internationaler Ebene debattiert. Im Rahmen und Umfeld neugeschaffener Völkerbund-Institutionen, wie dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge, wie auf der ersten Internationalen Kodifikationskonferenz des Völkerrechts 1930 in Den Haag verhandelten politische und wissenschaftliche Akteure den fragilen Rechtsstatus von marginalen, doch kennzeichnenden Personengruppen, die durch die Staatenordnungsprozesse nach dem Ersten Weltkrieg enturzelt worden waren. Während mit den „Nansen-Arrangements“ provisorische und temporäre Regularien für bestimmte Gruppen staatenloser Flüchtlinge im Rahmen des ersten internationalen Flüchtlingsregimes etabliert wurden, erwies sich der Versuch einer rechtssystematischen Vermeidung von Nationalitätskonflikten als erfolglos. Anstatt eine Normenanpassung zu erzielen, setzte sich ein Internationalismus der politischen Lastenverteilung durch

/ Der „Rechtsfriede“. Völkerrecht, Politik und Legitimität im Streit um den Versailler Vertrag bis zum Zweiten Weltkrieg (Marcus M. Payk, Berlin)

In der Geschichte der Pariser Friedensordnung von 1919/20 wurden völkerrechtliche und juristische Aspekte bislang meist ignoriert oder als Begleiterscheinung zwischenstaatlicher Macht- und Interessenpolitik bagatellisiert. Im Gegensatz dazu wird hier die These vertreten, dass die Konkurrenz unterschiedlicher Normen und Legitimationsressourcen für die Auseinandersetzung um den Pariser „Rechtsfrieden“ von vergleichbar hoher Bedeutung war wie die umstrittenen Inhalte oder die Entstehungsgeschichte.

Der Vortrag rekonstruiert anhand des Friedensvertrages von Versailles den Stellenwert des Völkerrechts im außenpolitischen Handlungsrepertoire und in öffentlichen Debatten einerseits, die politische Rolle der disziplinären Völkerrechtswissenschaft andererseits. Die Interaktion politischer und juristischer Argumente wird für drei Felder untersucht: 1.) für die Debatten der Politiker, Diplomaten und Juristen der Siegermächte auf der Friedenskonferenz im Frühjahr 1919; 2.) im Rahmen der Weimarer Friedensstrategie und Erfüllungspolitik in den 1920er Jahren; 3.) schließlich als Teil der nationalsozialistischen Revisionsbestrebungen von 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Insgesamt wird die Überlegung verfolgt, dass anstelle einer eindeutigen Entgegensetzung von Politik und Recht vielmehr Überkreuzungen und wechselseitige Abhängigkeiten zu beobachten sind. Auch wenn der Gebrauch rechtlicher Argumente beispielsweise nach politischen Opportunitätsabwägungen variierte, konnten sich daraus Bindungswirkungen und unerwartete Folgewirkungen ergeben, welche den Raum und die Möglichkeiten der politischen Entscheidung neu konstituierten.

/ Kampf der Tatbestände: Die wissenschaftliche Debatte zum Zuständigkeitsbereich eines neu zu schaffenden internationalen Strafgerichtshofes 1919-1937 (Daniel Marc Segesser, Bern)

Nachdem die juristische Fachöffentlichkeit wie auch die Regierungen in den Jahren nach 1872 den Vorschlag des damaligen Präsidenten des IKRK, Gustave Moynier, für die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes mehrheitlich abgelehnt hatten, wurde diese Idee erst ab 1919 wieder aufgegriffen. Die in der Genfer Konvention von 1906 festgehaltene Pflicht für die Vertragsstaaten zur strafrechtlichen Sanktionierung hatte sich nämlich sowohl in den Balkankriegen von 1912/13 als auch im Ersten Weltkrieg als wenig effektiv erwiesen. Vielmehr wurden Verstöße gegen internationales Recht auf allen Seiten zum Objekt propagandistischer Anstrengungen.

Den direkten Hintergrund für die neu aufflammende Diskussion über einen internationalen Strafgerichtshof bildeten die Pariser Friedensverträge, welche Verantwortliche für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen suchten, sowie die Verfahren von Leipzig und Konstantinopel vor deutschen bzw. türkischen Gerichten. Von Beginn weg waren Juristen verschiedener Staaten involviert, wobei der juristische Fachdiskurs immer in einer engen Wechselwirkung mit der politisch-justiziellen Entwicklung der Zwischenkriegszeit verwoben war, sei dies innerhalb des Völkerbundes, der *International Law Association*, der Interparlamentarischen Union oder der *Association Internationale de Droit Pénal*. Verschiedene Vorschläge wurden diskutiert und verschiedene Projekte verabschiedet. Im Zentrum stand dabei meist die Frage des Zuständigkeitsbereichs eines solchen Gerichtshofes. Je nach politisch-justizieller Großwetterlage standen dabei entweder Verstöße gegen das *ius in Bello* (häufig schon da Kriegsverbrechen genannt), das Herbeiführen eines Krieges oder der internationale Terrorismus im Vordergrund. Letztlich war es der letztere Tatbestand, für welchen 1937 eine erste Konvention zur Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes



fes abgeschlossen wurde. Diese trat allerdings nie in Kraft und der Zweite Weltkrieg führte dazu, dass der Tatbestand des Terrorismus nach 1945 in den Hintergrund rückte. Zuerst dominierte der schon in der Zwischenkriegszeit diskutierte Tatbestand des Herbeiführens von Kriegen, später war es derjenige des Völkermords. Gerade weil viele in der Zwischenkriegszeit aufgegriffene Aspekte auch nach 1945 wirkmächtig blieben, ist die Diskussion der Zwischenkriegszeit und die Wechselwirkung der politisch-justiziellen Entwicklung und des juristischen Fachdiskurses von damals noch heute von großem Interesse.

## Regulating Families and Resources in American Contemporary History

### Sektionsleiter:

Jürgen Martschukat (Erfurt)

### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 104

### Vorträge:

- / Introduction (Jürgen Martschukat, Erfurt)
- / "Marriage is for adults": Love, Maturity, and the Sexual Organization of Families in the U.S.-American 1950s and 1960s (Nina Mackert, Erfurt)
- / "I think that it is part of human sexuality, and perhaps it should be taught": American Sex Education 1950-1970 (Norbert Finzsch, Köln)
- / Motherhood, Fertility and Reproductive Choice: Expert Discourses and Women's Agency, 1960-1980 (Isabel Heinemann, Münster)
- / "Here in this neighbourhood, we're like stereotype": Queer Parents and Family Transformations in San Francisco, 1980-2010 (Jürgen Martschukat, Erfurt)

### Abstracts:

Resources of a culture and society are never unlimited or divided equally among individual members. For several decades, social and cultural historians have examined the varying access to resources in the US, such as education, jobs, housing and many more. How and to what extent different individuals actively participate in society, its resource allocation, and shaping is closely related to the society's categorial mapping and the constantly reiterated differences along categories such as race, class, and gender. In recent years, this analytical framework has been significantly broadened by taking other categories into consideration, such as age, religion, sexuality, geographical region and many more. That has created a multi-dimensional and historically variable "intersectional" space. The access different individuals have to the resources, and thus their opportunities to administer their own lives, largely depends on their positioning (both culturally imposed and self-imposed) in this multi-dimensional space.

Our panel on "Regulating Families and Resources in American Contemporary History" will follow these analytical trajectories and address various issues and guiding questions raised by the cfp of the VHD. In particular, the panel will focus on three major points:

First, we will seek to grasp the significance of the family, its structure and normativity, as a crucial hinge for the regulation of the access to resources provided to different individuals and groups. Second, the papers will be arranged around a most significant resource conflict in recent U.S.-history, which is the protest movements of the 1960s and 1970s, when many people fought to change their cultural, social, economic and political positions within American society and to gain greater access to its resources. Here, our focus will be on the women's and the LGBT (lesbian/gay/bisexual/transgender)-movement, and papers will scrutinize the extent to which predominant notions of families and living arrangements were transformed, and how that modified the overall allocation of resources and their availability. Third, in concentrating on gender and sexuality as categories, we will depict how different historical actors contributed to the transformation of living arrangements and how they influenced the regulation, allocation, and governing of social, cultural, economic, and political resources. Individual papers will focus on parents, youth, and socio-political institutions as actor groups.

/"Marriage is for adults": Love, Maturity, and the Sexual Organization of Families in the U.S.-American 1950s and 1960s (Nina Mackert, Erfurt)

Despite the focus on the importance of marriage and family life in 1950s and 1960s America, adolescents were not unanimously encouraged marrying young. An instability was ascribed to adolescent bodies

which posed a threat to the normative ideal of successful marriages and functional nuclear families. In times when a "moral laxity" of juveniles was diagnosed, maturity and the ability to love seemed to be a quality that had to be acquired in the process of growing up. Sexual delinquency and unwed pregnancy served as a negative pattern for the ideal of to-be adults. I will show how hegemonic notions of proper adolescent development were shaped in terms of sexual identity, dating practices, and marriage, and thereby address the question of resources twofold: I analyze how and when youth were seen as crucial social resources and how hegemonic notions of "proper" growing up figured only mature, responsible people as able to participate in community and society at large.

/ "I think that it is part of human sexuality, and perhaps it should be taught": American Sex Education 1950-1970 (Norbert Finzsch, Köln)

In 1994, Surgeon General Jocelyn Elders was invited to speak at a UN conference on HIV/AIDS. She was asked whether it would be appropriate to promote masturbation as a means of preventing young people from engaging in risk-prone forms of sexual activity, and she replied in the affirmative, her remark caused great controversy and resulted in Elders losing the support of the White House. Elders was fired by President Bill Clinton in December 1994. This episode circumscribes the problems created by discussions of public sex education still today. Even in 1994 under a presidency that was labeled "liberal", it was obviously impossible to say something controversial about sex education and stay in public office. Public school sex education started in the early sixties in places like Anaheim, CA, Cleveland, OH, Detroit, MI and Washington DC, but pretty much stayed dormant well into the mid-sixties in most American cities. Then it developed into one of the most debated public concerns during the late 1960s and early 1970s. This attitudinal change has been attributed to the cultural revolution of the late sixties and the end of conservative educational policies. Following Michel Foucault's observation on the discursification of sexuality, however, one could also argue that public sex education was part of a gigantic machinery that created sexual knowledge/power as part of an emerging bio-power that also affected the bodies of the youth. The paper will debate policy decisions and educational texts that were directed at the young.

/ Motherhood, Fertility and Reproductive Choice: Expert Discourses and Women's Agency, 1960-1980 (Isabel Heinemann, Münster)

This contribution seeks to analyze women's agency in matters of motherhood, workforce-participation and reproductive choice during the 1960s and 1970s in the light of the demands of the women's movement, expert advice, and public debates on fertility and workforce participation. Despite the seemingly broad acceptance of women's equal rights, a closer look at welfare policies, the availability of child care, and the abortion debate reveals that rigid race and class barriers still hampered women's equal access to reproductive choice. Whereas the white middle class nuclear family still figured as the national hegemonic model with a strong focus on motherhood as a national duty, women of color, low-income women, and single mothers faced serious discrimination regarding their most private reproductive and child-rearing choices. It is the objective of this paper to trace the relevant debates, investigate the role of social experts, and seek explanations for women's still unequal access to economic as well as symbolic resources in the USA as part of a broader history of processes of social and normative change in the 20th century.

/ "Here in this neighbourhood, we're like stereotype": Queer Parents and Family Transformations in San Francisco, 1980-2010 (Jürgen Martschukat, Erfurt)

For decades the U.S have seen an intense discourse on family values, tied to a loud lamentation about the decay of the nuclear family with breadwinning dad and homemaking mom. At the same time, a "gay.by-Boom" has hit America, meaning a rising number of gay and lesbian parents with children. Taking into account that the family is the central hinge between the individual and the body politic and a crucial gateway to access a society's resources, queer families mean a substantial intervention into a socio-cultural order which used to be arranged around the normative ideal of straight nuclear families. The cultural and political conflict about queer families is intense, and thus it is the more striking that they often conform to the demands of a functional family: Two parents being involved in raising their children, often with an academic education, and providing financially solid circumstances in a loving and caring household. My paper will explore this configuration since the 1980s by zooming in on a queer family constellation in San Francisco and by scrutinizing how its members conceptualize and organize their lives, and thereby transform the allocation of resources in parts of late 20th and early 21st century America.

Ressource Religion: Akteure und Netzwerke in globaler Perspektive

Sektionsleiterin:

Alexandra Przyrembel (Essen/Göttingen)

## Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 106

## Vorträge:

- / Geben, Spenden, Sammeln: Missionen, Geld und andere Gaben (1850-1900) (Alexandra Przyrembel, Essen/Göttingen)
- / Männer, Macht und Muskelspiele: 'Aggressive Christianity' und 'Muscular Hinduism' im kolonialen Indien (Harald Fischer-Tiné, Zürich)
- / Spiritualität und Schnapsverbot. Evangelium, Sozialhygiene und die Basler Mission in Westafrika, 1884-1940 (Francesco Spöring, Zürich)
- / Mission entangled - Islamdebatten im Kaiserreich (Rebekka Habermas, Göttingen)
- / Kommentar (Thomas Mergel, Berlin)

## Abstracts:

Inwiefern kann Religion als „Ressource“ bezeichnet werden? Lassen sich mittels eines solchen Ansatzes die Antriebskräfte im individuellen und kollektiven Handeln religiöser Personen, Institutionen und Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert möglicherweise besser beschreiben als mit der gängigen Subsumption von „Religion“ unter einer breit verstandenen Kultur der Moderne? Und wie wiederum gestalteten sich die Wechselbeziehungen zwischen „Religion“ und anderen materiellen sowie kulturellen Ressourcen? Dieses Fragebündel steht im Vordergrund der geplanten Sektion „Ressource Religion: Akteure und Netzwerke in globaler Perspektive“, die Differenz und Verflechtungen der Wirkungsmacht der „Ressource Religion“ der Moderne thematisiert.

In Anlehnung an Talal Asad, der die Trennung des Religiösen von der politischen Macht als eine typische westliche Norm bezeichnet hat [1], fragt die Sektion nach der Transformation sowie den transnationalen Austauschbeziehungen religiöser Motive, Emotionen und Legitimationsstrategien in der Moderne. Gegenstand aller Referate sind die Verflechtungen des Religiösen mit den Feldern politischer und kultureller Macht in der Moderne inner- und außerhalb Europas im 19. bzw. frühen 20. Jahrhundert. Mit den Missionsgesellschaften, den global agierenden protestantischen Organisationen (wie dem Christlichen Verein Junger Männer) sowie der religiös und säkular argumentierenden Anti-Alkoholbewegung werden "global players" in den Blick genommen, die sowohl in Europa als auch in den europäischen Kolonien oftmals als Kooperationspartner entstehender bzw. etablierter Kolonialmächte, staatlicher Akteure bzw. lokaler Eliten agierten. Angesichts ihrer medialen Präsenz, ihren sozialen Institutionen (z.B. Armenhäuser) und Bildungseinrichtungen prägten diese "global players" gleichzeitig maßgeblich transnationale Debatten über das Religiöse und Säkulare, Wert- und Moralvorstellungen sowie Fragen gesellschaftlicher Ungleichheit in der Moderne. Auf der Grundlage von Fallstudien zum Empire, dem Deutschen Kaiserreich, Indien und Afrika soll im Rahmen dieses Panels genauer untersucht werden, wie und innerhalb welcher Netzwerke Religion als Ressource gesellschaftlicher Transformationsprozesse in der Moderne zu verstehen ist.

[1] *Asad, Talal (2002): The Construction of Religion as an Anthropological Category.* In: Michael Lambeck (Hg.): *A reader in the anthropology of religion.* Malden, MA [u.a.]: Blackwell Publishers (Blackwell anthologies in social and cultural anthropology), 114-132, hier 116.

/ Geben, Spenden, Sammeln: Missionen, Geld und andere Gaben (1850-1900) (Alexandra Przyrembel, Essen/Göttingen)

In dem Vortrag Spenden und Sammeln: Missionen, das Geld und die Gabe setzt sich Alexandra Przyrembel mit der Beziehung auseinander, die die Missionsgesellschaften zum Geld entwickelten. Erstaunlicherweise ist es gerade diese Frage, die von der boomenden Historiographie zu den protestantischen Missionsgesellschaften vernachlässigt wird. Dies überrascht umso mehr, da die Missionen als vom Staat und den Landeskirchen unabhängige Vereine auf die Gunst von Spendern und Wohltätern angewiesen waren. Aus diesem Grund bauten die Missionsgesellschaften lokale Netzwerke von Unterstützern und Unterstützerinnen auf, die sich oftmals in Missionsvereinen engagierten. Gleichzeitig kommunizierten die Missionsgesellschaften in ihren Schriften immer wieder das Scheitern ihrer Missionsarbeit im Außereuropäischen. In Anlehnung an den französischen Soziologen Marcel Mauss soll gezeigt werden, dass die Gabe mehr war als nur eine materielle Ressource.

/ Männer, Macht und Muskelspiele: "Aggressive Christianity" und "Muscular Hinduism" im kolonialen Indien (Harald Fischer-Tiné, Zürich)

Der Vortrag Männer, Macht und Muskelspiele: "Aggressive Christianity" und "Muscular Hinduism" im kolonialen Indien (ca. 1890-1930) von Harald Fischer-Tiné geht von der Beobachtung aus, dass sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der angelsächsischen Welt eine Martialisierung der christlichen Rhetorik beobachten lässt. Individuelle Autoren wie Charles Kingsley oder Institutionen wie die Heilsarmee benutzten Slogans wie "muscular Christianity" oder "aggressive Christianity", um ihr kämpferisches Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen. Organisationen wie der gleichzeitig global expandierende YMCA gingen noch einen Schritt weiter, indem sie Sport, Drill und Körperkultur als integralen Bestandteil einer neuen christlich-virilen Identität etablierte. Die zugrunde liegende Intention, Religion als Ressource für die Produktion von Männlichkeit und damit implizit als Legitimation von Machtansprüchen zu nutzen, wurde seit der Wende zum 20. Jahrhundert zunehmend auch von anderen Religionen übernommen, deren Anhänger mit dem „muskulösen Christentum“ meist in einer kolonialen Konstellation in Berührung kamen. Der Beitrag rekonstruiert zunächst die Zirkulation der neuen christlichen Diskurse und Praktiken zwischen Europa, den USA und Südasiens und untersucht danach exemplarisch ihre selektive Aneignung durch verschiedene Reformen und Aktivisten aus dem Hindu-Milieu in Britisch-Indien. Die Bandbreite der Anverwandlungen reicht dabei von gemäßigten, primär auf religiöse und soziale Reformen abzielende Varianten, bis hin zur Programmatik von militanten Geheimbünden, welche die maskulin-kämpferische Glaubensrhetorik zur Rechtfertigung politischer Gewalt in Form von „terroristischen“ Anschlägen gegen Repräsentanten der Kolonialmacht nutzten.

/ Spiritualität und Schnapsverbot. Evangelium, Sozialhygiene und die Basler Mission in Westafrika, 1884-1940 (Francesco Spöring, Zürich)

In dem Vortrag von Francesco Spöring sollen die Diskurse und Netzwerke herausgearbeitet werden, die zwischen christlicher Mission einerseits und sozialhygienischen Experten andererseits im Hinblick auf die zu erlassenden Maßnahmen gegen den Alkohol bestanden. Das Thema „Ressource Religion“ wird in dem Beitrag „Spiritualität und Schnapsverbot. Evangelium, Sozialhygiene und die Basler Mission in Westafrika, 1884-1940“ von Francesco Spöring also auch im Hinblick auf die Mobilisierungen von Diskursen angeschnitten. Er untersucht in seinem Vortrag die alkoholgegnerische Agitation zweier Missionen: Einerseits die Basler Mission, die (mit anderen, zumeist protestantischen Missionen) den Branntweinhandel in Westafrika bekämpfte, andererseits die wissenschaftlich argumentierende sozialhygienische Mission. Dabei soll zuerst die Verflechtung von spirituellem Hintergrund und praktischen, alkoholgegnerischen Forderungen bei beiden Missionen einzeln untersucht werden. Bei dieser Analyse sind insbesondere die beiden Konzeptionen von „Kultur“- und „Persönlichkeitsentwicklung“ von Interesse, da diese den Umgang mit Genussmitteln allgemein betrafen und noch immer betreffen. In einem zweiten Schritt ist die ideelle und strukturelle Verflechtung der beiden Missionen zueinander zu prüfen. Trotz des betonten Gegensatzes zwischen Religion und Wissenschaft scheinen sich die beiden Konzeptionen überraschend stark geähnelt zu haben – nicht umsonst bezeichneten die Guttempler ihre sozialhygienischen Ideale als „Evangelium der Geistlichkeit“ und ihr „Meister“ Auguste Forel als „Feind der Kirche, aber Held im Glauben“.

/ Mission entangled - Islamdebatten im Kaiserreich (Rebekka Habermas, Göttingen)

In ihrem Vortrag schließlich setzt sich Rebekka Habermas mit der Frage auseinander, wie interreligiöse Debatten bzw. die Entdeckung des religiös Fremden (in diesem Fall des Islams) die Definitionen des Religiösen und Säkularen verschieben. Ihr Vortrag „Mission entangled – Islamdebatten im Kaiserreich“ untersucht die Debatte über den Islam, die um 1900 zunächst unter Experten, dann innerhalb einer breiteren Öffentlichkeit begann. Diese schien sich, so die Wahrnehmung, in den afrikanischen Kolonien auf dramatische Art und Weise immer weiter auszubreiten. Der Beitrag untersucht die außereuropäischen Hintergründe, welche Akteure diese Debatte mit überraschend aktuellen Deutungen bestimmten und wie sich dadurch die Landkarte des Religiösen und Säkularen im Deutschen Kaiserreich veränderte. In diesem Beitrag wird die Frage nach der „Ressource Religion“ im Hinblick auf ihre Grenzen gestellt, die durch die Bedeutung des Säkularen gesetzt werden.

Schuld - Sühne - Recht. Gerechtigkeitsvorstellungen, Rachephantasien und juristische Interventionen um 1945/46

**Sektionsleiterinnen:**

Stefanie Schüler-Springorum (Berlin) / Ulrike Weckel (Bochum)

**Zeit und Ort:**

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 104

## Vorträge:

- / Zwischen Rache und Schweigen. Zum Täterbild der Opfer (Mark Roseman, Bloomington)
- / Recht und kulturelles Erbe. Hannah Arendt und die Initiativen der Jewish Cultural Reconstruction nach dem Zweiten Weltkrieg (Elisabeth Gallas, Leipzig)
- / Ein Anwalt der Opfer? Der Jüdische Weltkongress und das Problem jüdischer Interessenvertretung bei den Nürnberger Prozessen (Laura Jockusch, Jerusalem)
- / Phantasien über "jüdische Rache" in Nachkriegsdeutschland: Latentes Unrechtsbewusstsein oder eine weitere Variante von Antisemitismus? (Ulrike Weckel, Bochum)
- / Kommentar (Michael Stolleis, Frankfurt a.M.)

## Abstracts:

Die unmittelbare Nachkriegszeit hat in den letzten Jahren wieder verstärkt historiographische Aufmerksamkeit gefunden. Allerdings kranken nicht wenige dieser Annäherungen daran, dass sie die Vergangenheit durch das Prisma heutigen Wissens und mit moralisierendem Gestus beurteilen. Unsere geplante Sektion setzt hier an und möchte stattdessen die zeitgenössischen Akteure selbst, ihre Wahrnehmungen, Phantasien und Handlungsspielräume in den Blick nehmen. Dabei geht es zunächst um die Frage, welches Bild sich jüdische Opfer noch während des mörderischen Geschehens und gleich nach der Befreiung von den Tätern und ihren Taten machten und welche Vorstellungen von Gerechtigkeit, Rache oder Sühne sie entwickelten. In einem zweiten Schritt sollen die konkreten Handlungsoptionen untersucht werden, die jüdische Organisationen als nichtstaatliche Gruppierungen besaßen. Welche Versuche und Interventionsmöglichkeiten gab es auf jüdischer Seite, nicht nur „gehört“ zu werden, sondern sich aktiv selbst für die juristische Ahndung der Verbrechen und/oder für Restitution einzusetzen. Und schließlich: Welche Resonanz fand dies in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in der bereits Angst vor „jüdischer Rache“ grassierte? Wir möchten mit dieser Sektion die Schuldfrage auf neue Weise historisieren und damit zugleich eine (selbst-)kritische Diskussion über Funktionen des Moralisierens in der Erforschung der NS-Nachgeschichte anregen.

/ Zwischen Rache und Schweigen. Zum Täterbild der Opfer (Mark Roseman, Bloomington)

Die Angst vor jüdischer Rache verbreitete sich in der deutschen Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende oft ohne Kenntnis der tatsächlichen jüdischen Wahrnehmungen und Vorstellungen. Dies überrascht nicht, wurden doch die „realen“ Juden vor den Gespenstern der NS-Ideologie kaum noch gesehen. Was hingegen überrascht, ist die Tatsache, dass immer noch sehr selten danach gefragt wird, wie die jüdischen Opfer „ihre“ Täter während und nach dem Krieg wahrnahmen, und das obwohl inzwischen zahlreiche Selbstzeugnisse von Opfern und Überlebenden vorliegen. Eine „integrierte“ Geschichte des Holocaust wird zwar oft als Desideratum genannt, und die zweibändige Geschichte des Holocaust von Saul Friedländer als Beispiel dafür genommen, doch auch bei Meisterleistungen wie dem Friedländerschen Werk ist genau diese doch zentrale Frage einer integrierten Geschichte fast komplett ausgespart worden. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie jüdische Chroniken und Tagebücher zur Zeit der NS-Verfolgung die Täter verstanden und beurteilten. Dabei wird speziell das auffallende Fehlen von Rache, ja sogar jeglichen Affekts in vielen zeitgenössischen Texten als Ausgangspunkt genommen, um zu erläutern, ob die Taten zu monströs und zu unbegreiflich waren, um überhaupt mit Wut und Ressentiment erfasst zu werden, oder ob es gerade die Funktion der Texte war, Beweismaterial für eine spätere Abrechnung zu sammeln – eine Funktion also, die als Anlass genommen wurde, möglichst nüchtern und objektiv zu schreiben.

/ Recht und kulturelles Erbe. Hannah Arendt und die Initiativen der Jewish Cultural Reconstruction nach dem Zweiten Weltkrieg (Elisabeth Gallas, Leipzig)

In den frühen 1940er Jahren begannen jüdische Akteure in den Vereinigten Staaten Konzepte für die erwarteten Friedensverhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg zu entwerfen. Themenbereiche wie die Ahndung von Kriegsverbrechen sowie die Forderungen nach Rückerstattung und Entschädigungsleistungen von Deutschland beschäftigten zahlreiche Gruppen.

Eine dieser Organisationen war die in New York gegründete Jewish Cultural Reconstruction (JCR), die sich der Frage nach den Möglichkeiten der Rettung und Restitution des von Nationalsozialisten geraubten jüdischen Kulturguts annahm. Unter der Leitung des Historikers Salo W. Baron gelang es den Mitarbeitern unmittelbar nach Kriegsende über eine halbe Million Kulturgüter zurück in jüdischen Besitz zu bringen. Die politische Theoretikerin Hannah Arendt agierte als Geschäftsführerin der JCR und sah in dieser Arbeit eine Fortsetzung ihrer bereits in den dreißiger Jahren im Exil begonnenen politischen Arbeit für die

Unterstützung des jüdischen Kollektivs. Im Vortrag sollen die Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit, die sich im Rahmen der Restitutionsverhandlungen um geraubte Kulturgüter in der frühen Nachkriegszeit kristallisierten, v.a. anhand der diesbezüglichen Positionen von Hannah Arendt konturiert werden. Die Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen der Wiederherstellung eines *status quo ante* durch Restitution genauso wie die völkerrechtlichen Herausforderungen, die sich für die nichtstaatliche Gruppe der Juden in der Verhandlungen um Rückerstattung stellten, werden hierbei im Mittelpunkt stehen.

/ Ein Anwalt der Opfer? Der Jüdische Weltkongress und das Problem jüdischer Interessenvertretung bei den Nürnberger Prozessen (Laura Jockusch, Jerusalem)

Die Forschung zu den Nürnberger Prozessen hat sich bereits umfassend der Frage gewidmet, wie weit die Alliierten den Holocaust berücksichtigten, doch sind sowohl die Rolle jüdischer Akteure bei den Prozessen als auch die Bedeutung der Verfahren für Holocaustüberlebende bislang kaum beachtet worden. Dass nur wenige jüdische Zeugen zu Wort kamen und keine offizielle jüdische Delegation die Anwaltschaft für Ermordete und Überlebende übernahm, stützt die vereinfachte Sicht, Juden hätten zwar als Opfer der „Endlösung“ in Nürnberg eine Rolle gespielt, seien aber keine aktiven Teilnehmer gewesen. Dabei halfen jüdische Akteure als Dolmetscher, Gefängnispsychologen, Vernehmungsbeamte, Rechtsanwälte oder Journalisten bei Vorbereitung und Durchführung der Prozesse und die Ereignisse im Justizpalast fanden bei den ca. 300.000 in Deutschland lebenden jüdischen Überlebenden großes Interesse. Der Jüdische Weltkongress bemühte sich zudem, eine offizielle jüdische Vertretung durchzusetzen, was die Alliierten jedoch nicht unterstützten.

Der Vortrag widmet sich den Versuchen des Weltkongresses, als Anwalt eines nichtstaatlichen jüdischen Kollektivs aufzutreten und analysiert seine Strategien und Interventionsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der alliierten Entscheidung, eine offizielle jüdische Delegation abzulehnen, an der Verbindung zwischen „Verbrechen gegen die Menschheit“ und „Kriegsverbrechen“ festzuhalten und somit nur nach Kriegsbeginn verübte Verbrechen zu ahnden.

/ Phantasien über "jüdische Rache" in Nachkriegsdeutschland: Latentes Unrechtsbewusstsein oder eine weitere Variante von Antisemitismus? (Ulrike Weckel, Bochum)

In den letzten Jahren ist oft bemängelt worden, dass der Hauptkriegsverbrecherprozess den Mord an den europäischen Juden nicht als Zentralverbrechen herausgestellt habe. Dieser Vorwurf trifft auch die alliierten Dokumentarfilme über befreite Konzentrationslager, von denen ein amerikanischer und ein sowjetischer im Nürnberger Gerichtssaal gezeigt und einige weitere 1945/46 auch in Nachkriegsdeutschland zur Vorführung kamen. In den Filmkommentaren seien die Juden im Gegensatz zu diversen anderen Opfergruppen gar nicht oder nur beiläufig erwähnt worden, so lautet der Einwand. Die Beobachtung ist nicht ganz falsch, doch wurde bislang noch kaum gefragt, ob den Deutschen – den Nürnberger Angeklagten wie auch der Öffentlichkeit – in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Judenmord nicht womöglich dermaßen präsent war, dass sie bei Erwähnungen der Opfer deren ethnische Zugehörigkeit ohnehin hinzudachten. Immerhin waren im Rahmen der NS-Angstpropaganda für den Fall einer deutschen Niederlage Szenarien jüdischer Rache ausgemalt worden, und nicht wenige Deutsche hatten die alliierten Luftangriffe auf zivile Wohngebiete als Strafe für die Judenvernichtung interpretiert.

Ausgehend von Wahrnehmungen einiger der Nürnberger Angeklagten und ihrer Verteidiger, der Prozess werde von Juden dominiert oder gesteuert, soll der Frage nachgegangen werden, was Angstphantasien über jüdische Rache enthüllen: das Bewusstsein, präzedenzlose Menschheitsverbrechen angerichtet zu haben, latente Schuldgefühle oder Fortsetzungen antisemitischer Verschwörungstheorien mit anderen Mitteln?

Social Conflicts and Internationalism in the Twentieth Century: towards a Transnational History of Social Movements

#### Sektionsleiter:

Stefan Berger (Bochum)

#### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 3

#### Vorträge:

- / Socialism and Internationalism (Talbot Imlay, Quebec)
- / Communism and Internationalism in the Twentieth Century (Andreas Wirsching, München)

- / Peace Movements and Internationalism (Holger Nehring, Sheffield)
- / The women's movement and internationalism (Krista Cowman, Lincoln)
- / The ecological movement and internationalism (Franz-Josef Brüggemeier, Freiburg i.Br.)

### Abstracts:

Social movements have been at the heart of some of the major turning points of twentieth-century European history, such as the Russian Revolution of 1917, the European revolutionary turmoil at the end of the First World War, the student revolts of 1968, the Prague spring of the same year, and the "velvet revolutions" (Timothy Garton Ash) in Central and Eastern Europe during the years 1989/90. In this panel we have selected some of the traditional social movements, such as socialist and communist movements, and some of the new social movements, such as the feminist movement, the ecological movement and the peace movement to see which junctures of twentieth-century history were influenced by them and in what ways.

Especially during phases of historical structural change, social movements were vital in deciding conflicts surrounding access to important political, social, economic and cultural resources. As central ingredient of wider civil societies, social movements enabled political action in a variety of different spheres and helped to regulate societal conflicts. The panel will discuss in which way a diverse set of social movements were able to set political agendas in order to empower groups within society to gain access to diverse sets of resources. It will be important to situate those struggles in the context of the Cold War and the wider conflicts between Communism and anti-Communism that dominated much of twentieth century history and ask about the role of internationalism in this transnational conflict.

The history of social movements has been booming in many different parts of the world for at least two decades now. It is, however, a sign of the continuing power of the national paradigm in historiography that much of this research has been concerned with social movements within national contexts. The aim of this panel is to move beyond such national perspectives and ask about the role of internationalism in the formation and development of diverse social movements.

Furthermore, it seeks to connect the history of the socialist and communist movements as social movements to the history of some of the most powerful "new" social movements, such as the peace movement, the women's movement and the ecological movement. All too often, historians have treated "traditional labour history", involving the study of socialist and communist movements, as separate from the study of "new" social movements. However, as this panel seeks to demonstrate, there is merit in studying the new social movements in the context of a more *longue durée* history of social movements comprising traditional working-class organizations on the left of the political spectrum.

#### / Socialism and Internationalism (Talbot Imlay, Quebec)

Whether viewed as an ideology, a popular movement, a political party or a form of government, socialism occupies a prominent place in modern European history. Its impact has been both deep and enduring. This paper explores a major yet neglected dimension of 20th century socialism: the international and transnational activities of socialists. For extended periods during the last century Europe's socialist (or social-democratic) parties formed a transnational community bound together by a thick web of formal and informal ties that transcended party and national affiliations. Far from being marginal, membership in this community was at times central to the identity and behaviour of socialist parties. Accordingly, the paper investigates "the practice of socialist internationalism" (Imlay): the sustained efforts of socialist parties to work out common "socialist" positions on prominent issues of international politics. The focus is on the British, French and German parties – the parties that dominated international socialism. The period covered stretches from the end of the First World War to circa 1960, paying particular interest to the two post-war periods when socialist internationalism was strongest.

The paper has three tasks; The first is to convey some idea of the vibrancy of socialist internationalism after each world war. What is striking from this perspective is the importance that socialists attached to reconstructing an international socialist community torn apart by war. The second task is to explain why socialist internationalism subsequently waned during the 1930s and again during the 1960s. Why were socialist parties unable to sustain their collective commitment to one another? Part of the answer, the paper argues lies in the practice of inter-party consultation, which arguably encouraged a re-nationalization of socialist internationalism in which each party was tempted to define its international policies on its own rather than with its sister parties. The final task is to explore what the history of socialist internationalism can tell us about the phenomenon of internationalism more generally. The argument here is that socialist internationalism represented the most promising example of a particular type of late 19th – early 20th century internationalism – one centred on nationally based political parties.

/ Communism and Internationalism in the Twentieth Century (Andreas Wirsching, München)

After the Bolshevik revolution of 1917, Lenin's and Trotzki's declared aim was world revolution. Even when Stalin declared his policy of "socialism in one country", the Communist International did not cease to seek to influence developments in other parts of the world. When the Soviet Union established itself as one of the leading superpowers in the bipolar world of the Cold War after 1945, the Soviet Union was the motherland of the revolution and "big brother" to communist regimes in Eastern Europe and other parts of the world as well as the sponsor of communist revolutionaries in many parts of the developing world. The tensions between Soviet nationalism and communist internationalism shall be explored in this chapter. Especially, it will ask whether communist internationalism was a mere tool in the foreign policy of the Soviet Union or whether it was more. And it shall explore the vexed question of how much independence from the Soviet Union Communist parties enjoyed.

/ Peace Movements and Internationalism (Holger Nehring, Sheffield)

This paper traces the variations of internationalism within European peace movements. Rather than assuming that transnational relations mattered per se, it treats "internationalism" and "transnationalism" as projects that need to be historicised. It is thus that we come to a better understanding of the ways in which the nation state continued to frame transnational networks – and how transnational networks influenced national political debates about peace. Such an approach also helps to historicise moments of internationalism in twentieth-century European history.

/ The women's movement and internationalism (Krista Cowman, Lincoln)

The struggle for women's rights is centuries old. The origins of the bourgeois women's movement go back to the nineteenth century, as do many socialist women's movements. These were always international although bourgeois, socialist and (later) communist women's movements often differed over questions of nation, race, ethnicity and religion which opened up different strands of international connections and alliances. From the 1960s the feminism of Western Women's Liberation movements had a major impact on the reconstitution of the relationship between the sexes and once again, internationalism, mutual connections and perceptions were major factors in fostering different understandings of women's roles in society and the promotion of the inclusion of gender perspectives in all walks of life. This paper seeks to contextualise the development of the women's movement in twentieth-century Europe against the background of its internationalist agendas

/ The ecological movement and internationalism (Franz-Josef Brüggemeier, Freiburg i.Br.)

Movements which seek to protect the natural environment and protest against the destruction of that environment span the entire twentieth century. Politically, they range from the extreme right to the extreme left. They could be nationalist and inward-looking in their argumentation and outlook, or they could be cosmopolitan and internationalist. This paper will make use of selected case studies to ask what factors contributed to and hindered internationalism within the ecological movement. It will explore the question in how far internationalism connected to shared norms and values, e.g. the critique of modernity or industrial society or economic growth.

## Sound History

### Sektionsleiter:

Gerhard Paul (Flensburg)

### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 10

### Vorträge:

- / Sound History – Einführung (Gerhard Paul, Flensburg)
- / Sound Studies und Geschichtswissenschaft: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft (Daniel Morat, Berlin)
- / Multiple akustische Modernisierung. Neue Klänge und altes Hören in der Schweiz um 1800 (Jan-Friedrich Missfelder, Zürich)
- / Lärmfilter. Klangereignisse und die gesellschaftlichen Aushandlungen auditiver (Stör-)Erfahrungen (1950-1980) (Heiner Stahl, Erfurt)
- / Die Stimme des Zeitzeugen - das Hören des Zeitzeugens (Inge Marszolek, Bremen)



- / Klangarchäologie der Radio-Stimmen (Hans-Ulrich Wagner, Hamburg)
- / „Walkürenritt“. Aus dem Orchestergraben auf das Schlachtfeld des (post-)modernen Krieges (Gerhard Paul, Flensburg)
- / Vorstellung des Multimedia-Projektes "Der Sound des Jahrhunderts. Ein akustisches Porträt des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts"

### Abstracts:

Thomas Lindenberger hat die Zeitgeschichtsforschung 2004 aufgefordert, die heute „Mitlebenden“ auch als „Mithörende“ und „Mitsehende“ zu begreifen, um ihre Erfahrungen und Erzählungen angemessen deuten zu können. Ihre Lebenswelt sei bestimmt „von der alltäglichen Gegenwart der Audiovision, ihre Erfahrung von Wirklichkeit auch vermittelt über die Klänge von Schallplatte und Radio, die Fotos in den Illustrierten, die bewegten (Ton-)Bilder in Wochenschauen, Spielfilmen und Fernsehen.“ Nachdem sich die Geschichtswissenschaft in den vergangenen Jahren verstärkt der Visualität insbesondere des 20. Jahrhunderts zugewandt und Fragestellungen der Visual History in ihre Forschungen integriert hat, bildet der „Sound“ der Geschichte in seinen vielfältigen Differenzierungen nach wie vor ein Desiderat der historischen Forschung. Wie Bilder stellen Stimmen, Töne und Geräusche jedoch nicht nur wichtige Quellen von Historikern und Historikerinnen dar, sie sind auch Medien von Politik und Kultur, Gegenstände politischer Auseinandersetzungen, akustische Erinnerungsorte sowie eigenständige Wirkungsfaktoren, gar Waffen im historisch-politisch-kulturellen Prozess. Die geplante Sektion Sound History möchte sowohl einen Überblick über das sich gegenwärtig etablierende neue Forschungsfeld geben als auch exemplarisch für die Bereiche Klänge, Stimmen und Musik die Möglichkeiten und Grenzen einer Sound History innerhalb einer modernen Geschichtswissenschaft ausloten.

/ Sound Studies und Geschichtswissenschaft: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft (Daniel Morat, Berlin)

Den Sound Studies wird in den Geistes- und Kulturwissenschaften seit einigen Jahren zunehmend Beachtung geschenkt. Die (deutsche) Geschichtswissenschaft scheint dieses Forschungsfeld jedoch gerade erst zu entdecken. Vor diesem Hintergrund beschreibt der Vortrag das aktuelle Verhältnis von Sound Studies und Geschichtswissenschaft und skizziert die bisherigen Forschungen zur Sound History auf drei unterschiedlichen Themengebieten: der Musikgeschichte, der Geschichte akustischer Medien und der historischen Anthropologie des Hörens. Während die ersten beiden Themengebiete eng mit den Nachbardisziplinen der Musik- und Medienwissenschaft verknüpft sind, zeigen sich – so die These des Vortrags – besonders im Feld der historischen Anthropologie des Hörens die Potentiale einer genuin geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Klängen und dem Hören. Diese sind zugleich geeignet, auch Themen und Fragestellungen der sogenannten allgemeinen Geschichte zu beeinflussen und zu erweitern.

/ Multiple akustische Modernisierung. Neue Klänge und altes Hören in der Schweiz um 1800 (Jan-Friedrich Missfelder, Zürich)

Systematische Lärmbekämpfung setzte in Europa nach einhelliger Forschungsmeinung erst im späten 19. Jahrhundert ein. Erst jetzt sei die akustische Belastung durch die industrielle Moderne so gravierend gewesen, dass man Gegenmaßnahmen zu fordern und durchzusetzen begann. Dieser Befund überrascht vor dem Hintergrund einer schon ein Jahrhundert früher einsetzenden Industrialisierung und der damit verbundenen massiven Veränderung des *soundscape*. Die Frage, die der vorgeschlagene Beitrag beantworten will, ist daher sehr einfach: Wie ist diese Lücke zwischen neuen Klängen und neuartiger Wahrnehmung dieser Klänge als Lärm zu erklären? Der Beitrag möchte die These einer multiplen akustischen Moderne am Beispiel des akustischen Profils der alten Bürgerstadt Zürich und der stark industrialisierten Stadt Winterthur um 1800 diskutieren und damit auch die historiographische Epochenschwelle 1800 aus klanggeschichtlicher Perspektive problematisieren.

/ Lärmfilter. Klangereignisse und die gesellschaftlichen Aushandlungen auditiver (Stör-) Erfahrungen (1950-1980) (Heiner Stahl, Erfurt)

Verfahren der Beschränkung und Eindämmung von Klangereignissen stehen im Mittelpunkt des Vortrages. Von einer medienhistorisch und kulturwissenschaftlich argumentierenden Blickrichtung ausgehend bezieht sich der Vortrag auf die Verarbeitung der rhetorischen Konzepte von Lärmbekämpfung in den Bereichen Arbeitsschutz, Gesundheitsfürsorge, Hygiene und hinsichtlich kontrollierender Ordnung von städtischem Raum. Hier bietet sich ein asymmetrischer Vergleich zwischen den Umgangsweisen mit der Gesundheitsgefährdung durch Lärm in beiden deutschen Staaten an. Vorhandene, mögliche und vorgestellte Beeinträchtigungen der Hörfähigkeit stecken das Feld ab, in dem Betrachtungen auditiver Erfah-

rungen von Sound und Lärm sowohl als Messungen als auch in Aushandlungen von Gefährdungen durch Lärm stattfinden. Lärmfilter sind in diesem Zusammenhang als Verfahren zu verstehen, um Klangereignisse zu begrenzen, aber auch um sie zu verorten. Solche Umklammerungen erzeugen Fokussierungen und Störungen. Darauf konzentriert sich der Vortrag und begreift Filterungen und Störungen als bestimmende Elemente in einem Gewebe von Kommunikationsflüssen. Ohrstöpsel sind beispielsweise solche Lärmfilter. Am Beispiel der Firma Beiersdorf wird dies exemplarisch ausgeführt. Gerade die Praktiken der Verwendungen, sowie deren Produkt- und Markengeschichten verweisen auf Verschiebungen bei den gesellschaftlichen Aushandlungen von Lärm und Klang. Daran zeigen sich Konstellationen, die die Lärmfilterung mit den auditiven Erfahrbarkeiten des öffentlichen Raumes verknüpfen und die normierenden Hygienevorstellungen des Arbeitsschutzes mit konkurrierenden Vorstellungen einer umfassenden Gesundheitsfürsorge in Bezug zu setzen.

/ Die Stimme des Zeitzeugen - das Hören des Zeitzeugens (Inge Marszolek, Bremen)

Der Zeitzeuge hat Einzug in das Museum gehalten – insbesondere in Ausstellungen zur Geschichte des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs sind Zeitzeugen zu „authentischen und authentifizierenden Ausstellungsobjekten“ (de Jong) geworden. Insofern wird vermehrt über ihre Rolle und Funktion, nicht zuletzt auch in ihrer Bedeutung für den „floating gap“ zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis nachgedacht. Auffällig ist, dass die Stimme selber, aufgezeichnet durch ein technisches Medium, dabei kaum eine Rolle zu spielen scheint. Entsprechend der Geschichte der Sammlung von Erinnerungen wird in Ausstellungen mittlerweile der Stimme des Zeitzeugen weniger Bedeutung geschenkt als ihrer Visualisierung. Dem entspricht generell, dass die Rolle des Auditiven bzw. das Hören in den Überlegungen zum Gedächtnis bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen war. Anhand von ausgesuchten Beispielen aus Gedenkstätten und Museen sollen Repräsentationen der Zeitzeugen unter den Aspekten des Hörens bzw. ihrer Stimme untersucht werden. Auf der Basis einer eher ethnographischen Annäherung sollen grundsätzliche Überlegungen zur Bedeutung der Stimme bzw. zum Hören für die Überlappungen von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis angestellt werden.

/ Klangarchäologie der Radio-Stimmen (Hans-Ulrich Wagner, Hamburg)

Im Zusammenhang mit Fragen zum Thema „Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse“ (Requate 1999) bzw. der Trias „Öffentlichkeit – Medien – Geschichte“ (Führer, Hickethier, Schildt 2001) wird den Medialisierungsprozessen des vergangenen Jahrhunderts als dem „Jahrhundert der Massenmedien“ nachgegangen. Die vom Radio produzierten, vermittelten und gespeicherten Stimmen bilden – darin ist sich die Zeitgeschichtsforschung weitgehend einig – eine wichtige Quelle für die Analyse der medienvermittelten Kommunikationsprozesse und der Herstellung von Öffentlichkeit in den Gesellschaften des 20. Jahrhunderts. Doch wie können die überlieferten historischen Radio-Stimmen im Schnittpunkt von Geschichtsforschung und Medienwissenschaft angemessen analysiert werden? Wie können eine „audible past“ (Sterne 2006) und das „vergangene Hören“ (Lindenberger 2004) angemessen rekonstruiert werden? – Hierzu wird ein klangarchäologischer Ansatz zur Diskussion gestellt, der die vielfachen Konstruktionsleistungen sowohl auf Seiten der Radio-Produzenten als auch auf Seiten der Medien-Nutzer in den Blick nimmt. Anhand von akustischen Repräsentationen des 20. Jahrhunderts wird der (Re-)Konstruktion der Radio-Stimmen im Rahmen historischer medien-vermittelter Kommunikationsprozesse nachgegangen, deren kulturelle und gesellschaftliche Prägungen und sozio-technische Möglichkeitsbedingungen aufgezeigt. Die „Klangarchäologie der Radio-Stimmen“ stellt eine Toolbox für klang-, medien- und speziell radio-archäologische Untersuchungen im Rahmen von zeithistorischen Fragestellungen vor.

/ „Walkürenritt“. Aus dem Orchestergraben auf das Schlachtfeld des (post-)modernen Krieges (Gerhard Paul, Flensburg)

Das Vorspiel zum 3. Akt seiner 1870 uraufgeführten Oper *Die Walküre*, das mit der anschließenden Szene als „Walkürenritt“ bezeichnet wird, gilt heute als das bekannteste und meistzitierte Musikstück aus Richard Wagners *Ring des Nibelungen* und eine seiner bekanntesten Kompositionen überhaupt. Es diente als Hintergrundmusik in deutschen Kriegswochenschauen von 1941/42 sowie als musikalisches Stilmittel in populären Spielfilmen wie *Apocalypse Now* und *Operation Walküre*. Wie eine moderne Medienikone hat es sich seit dem Ersten Weltkrieg von seinem historisch-kulturellen Entstehungszusammenhang gelöst und vagabundiert seitdem, multifunktional verwendbar, um den Erdball. Längst ist es auch zu einem Bestandteil der Populärkultur und der Werbung sowie zum akustischen Erinnerungsort des modernen Krieges avanciert. Zudem ist es vermutlich das einzige Musikstück, das es aus dem Orchestergraben auf die Schlachtfelder des 21. Jahrhunderts im Irak und in Afghanistan geschafft hat. Dabei erfüllt es so unterschiedliche Funktionen, wie die emotionale Aufladung von Filmbildern, die Mobilisierung des soldatischen Kampfwillens und die Ängstigung des Gegners. Ausgehend von der Analyse des Ausgangsstückes und seiner musikalischen Kraft skizziert der Vortrag die Veränderungen, die das Motiv in seinen verschie-

denen Adaptionen gefunden hat, sowie die unterschiedlichen Funktionen der Musik im historischen Prozess: als propagandistische Waffe, als mobilisierender Faktor und als akustischer Erinnerungsort.

/ Vorstellung des Multimedia-Projektes „Der Sound des Jahrhunderts. Ein akustisches Porträt des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts“

Statt eines Kommentars soll am Beispiel des gemeinsam von den Referenten der Sektion, der Bundeszentrale für Politische Bildung und der ARD getragenen Multimedia-Projekts „Der Sound des Jahrhunderts“ abschließend konkretisiert werden, wie weitere Themenbereiche, Methoden und interdisziplinäre Kooperationsformen einer "Sound History" aussehen könnten und welcher Erkenntnisgewinn für die Geschichtswissenschaft hiervon zu erwarten wäre.

## Sozialstaatliche Verteilung in globalhistorischer Perspektive

### Sektionsleiter/in:

Ulrike Lindner (Bielefeld) / Martin Lengwiler (Basel)

### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 - 13:00 Uhr / P 110

### Vorträge:

- / Sozialstaatliche Verteilungskonflikte in globalhistorischer Perspektive (Einführung) (Ulrike Lindner, Bielefeld / Martin Lengwiler, Basel)
- / Der Transport von Sozialstaatskonzepten vom affluenteren europäischen Mutterland in ressourcenknappe Kolonien. Das Beispiel Großbritannien - Nigeria 1920-1940 (Ulrike Lindner, Bielefeld)
- / Wohlfahrt ohne Grenzen? Globale Verstrickungen deutscher Sozialstaatlichkeit im 20. Jahrhundert (Johannes Paulmann, Mainz)
- / Sparen im Ausbau: Spar- und Effizienzdebatten im europäischen Sozialstaatsboom (1945-1975) (Martin Lengwiler, Basel)
- / Welfare regimes in South Africa in the second half of the 20th century (Patrick Harries, Basel)
- / Lateinamerikanische Sozialstaaten, Verteilungskonflikte und verwobene Ungleichheitsstrukturen: eine Annäherung aus globalgeschichtlicher und dekolonialer Perspektive (Ingrid Wehr, Freiburg i.Br.)
- / Globale Sozialpolitik? Ein Ausblick auf das 21. Jahrhundert (Lutz Leisering, Bielefeld)
- / Kommentar (Andreas Eckert, Berlin)
- / Diskussion

### Abstracts:

/ Der Transport von Sozialstaatskonzepten vom affluenteren europäischen Mutterland in ressourcenknappe Kolonien. Das Beispiel Großbritannien - Nigeria 1920-1940 (Ulrike Lindner, Bielefeld)

In den meisten europäischen Staaten begann der Ausbau sozialstaatlicher Maßnahmen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, getrieben von der Sorge um die "physical deterioration" der unteren Schichten und um die sinkenden Geburtenraten, aber auch als Antwort auf soziale Proteste und Spannungen in einzelnen Ländern. In den afrikanischen Kolonien der europäischen Mächte finden sich ähnliche Überlegungen erst deutlich später, ab den 1920er Jahren. Bis dahin sorgten sich die Kolonialverwaltungen vor allem um das Wohlergehen der weißen Kolonisierenden. Nach dem 1. Weltkrieg, im Angesicht sinkender Geburtenraten in verschiedenen Kolonien, begannen insbesondere die englischen und französischen Kolonialverwaltungen sich stärker um das Wohlergehen der Kolonisierten zu sorgen, allerdings vor allem im Hinblick auf deren Arbeitskraft. Dies traf mit einem generellen Umdenken in der Kolonialpolitik zusammen, die sich nun mehr dem Prinzip des "Colonial Development" verpflichtet sah, was bis in die Zeit der 1940er Jahre jedoch kaum von finanziellen Investitionen in Bildung oder Sozialpolitik begleitet war.

In diesem Kontext wird sich der Vortrag mit dem problematischen Transport von Sozialpolitikkonzepten aus dem Mutterland Großbritannien in die ressourcenknappe Kolonie Britisch-Nigeria beschäftigen. Anfangs handelte es sich dabei vor allem um Vorsorge und Fürsorge für Mütter und Kinder. Die aus Großbritannien importierten Maßnahmen mussten in der kolonialen Situation mit ihren rassistischen Abgrenzungen neu verhandelt werden und waren stets begleitet von schwierigen Auseinandersetzungen zwischen europäischen Kolonialadministratoren und lokalen Praktiken.

/ Wohlfahrt ohne Grenzen? Globale Verstrickungen deutscher Sozialstaatlichkeit im 20. Jahrhundert (Johannes Paulmann, Mainz)

Der Vortrag wirft einen Blick auf Gebiete, die jenseits des deutschen Sozialstaates zu liegen scheinen, hier aber als Teil einer erweiterten Geschichte der Sozialpolitik verstanden werden. Untersucht wird, wie die Absicherung sozialer Risiken im Rahmen der industriell-kapitalistischen Wirtschaftsweise in Deutschland mit der Bewältigung oder Erzeugung von Risiken und Unsicherheit außerhalb des Nationalstaats verbunden war. Wer zahlte welchen Preis und wo entstanden Krisen?

Grundprobleme der sozialstaatlichen Fernbeziehungen werden an verschiedenen Beispielen veranschaulicht. Diese reichen von Tansania, Mozambik und Gabun bis nach Vietnam und in den deutschen Südwesten. Erläutert werden der Transfer zwischen unterschiedlichen Leistungssystemen, die ökonomischen und politischen Bedingungen von Fern-Solidarität und die normative Begründung für Hilfeleistung in Notlagen. Ferner werden die Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen analysiert. Schließlich richtet sich der Blick auf Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen nichtdeutscher und deutscher Arbeiter. Den Abschluss des Vortrags bilden einige allgemeine Überlegungen dazu, wie eine erweiterte Geschichte der Verstrickungen des deutschen Sozialstaates geschrieben werden kann und was sich daraus für die gegenwärtigen Tendenzen zur Entgrenzung von Sozialpolitik folgern lässt. Die Untersuchung der Grenzen, die seit den Anfängen nationalstaatlich geprägter sozialer Sicherungssysteme gezogen wurden, lassen grundlegende Orientierungen, institutionelle Ordnungsansätze und Partizipationschancen erkennen, die bis heute die Bedingungen einer globalen Sozialpolitik bestimmen. Der Preis des deutschen Sozialstaates ist wohl erst dann genau zu berechnen, wenn die Kosten einer geteilten, aber verbundenen Welt einkalkuliert werden

/ Sparen im Ausbau: Spar- und Effizienzdebatten im europäischen Sozialstaatsboom (1945-1975) (Martin Lengwiler, Basel)

Der Beitrag untersucht in komparatistischer Perspektive, wie in verschiedenen westeuropäischen Sozialstaaten während der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit (1945-1975) um Einsparungen und Effizienzsteigerungen debattiert wurde. Solche Auseinandersetzungen stehen im Gegensatz zum verbreiteten Forschungsparadigma einer sozialstaatlichen Boom- und Expansionsphase und lassen die jüngere Sozialstaatsgeschichte in einem neuen Licht erscheinen. Spardebatten wurden – unter unterschiedlichen Voraussetzungen – sowohl in den besser ausgebauten nordeuropäischen wie in den südeuropäischen Sozialstaaten geführt. Im nordeuropäischen Kontext wurde etwa seit den 1960er Jahren die „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen und deren Folgen für die Krankenversicherung kritisiert. Die südeuropäischen Sozialstaaten litten unter strukturellen Engpässen wie einem starken informellen Arbeitsmarkt (v.a. in der Landwirtschaft), hohen Arbeitslosenraten und begrenzten fiskalischen Spielräumen. Universalistische Sozialversicherungen wurden hier oft erst in den 1970er und 80er Jahren eingeführt. Vor diesem Hintergrund ist die verbreitete Periodisierung der europäischen Sozialstaatsgeschichte neu zu reflektieren. Im Rahmen der Sektion soll auch ein kontrastierender Vergleich zur Sozialstaatsentwicklung im afrikanischen Kontext, insbesondere auf der Ebene klientelistischer Sozialstaatsregime, gezogen werden (Beitrag von Patrick Harries).

/ Welfare regimes in South Africa in the second half of the 20th century (Patrick Harries, Basel)

South Africa is a middle income country with the highest Gini Coefficient in the world. The need for welfare is extreme in a country where unemployed work-seekers make up 25% of the population and another 10% have given up looking for work. Child poverty is rampant in a country where, especially in rural areas, females head almost 40% of households and where 57.2% of the black (African) population lives below the poverty threshold (in comparison with 2.1% of whites).

In 1928 the state established non-contributory, means-tested old-age pensions for white and coloured ("mixed race") citizens. A government Department of Welfare (established 1937) extended pensions to the black population in 1944 but in a highly discriminatory manner. In 1947 a State Maintenance Grant (SMG) covered the welfare needs of white, coloured and "Indian" children of single parent families. The apartheid regime installed in 1948 entrenched this discriminatory system, seeing Africans as rural people living in rural areas reserved for their occupation; and held that their access to these "homelands" made up for the lack of state welfare. The inability of these "bantustans" to feed the rural, black population contributed to the collapse of apartheid in 1990 and to the end of racially discriminatory welfare payments.

The black-majority government, elected in 1994, has had to balance the need to compensate the formerly disadvantaged population, and bring about equality, with the need to grow the economy. In 1998 government replaced the SMG with a Child Support Grant that today reaches a population of over three million. Disability and foster-care grants particularly serve families hit by HIV/AIDS. There are today about 12.4 million recipients of social grants in South Africa and 3.1% of GDP goes into welfare. The state also extends aid to households through other mechanisms, such as housing subsidies and a National Student Financial Aid Scheme. There are active discussions about a comprehensive Basic Social Grant and a National Health Insurance scheme. But a narrow tax base restricts the extension of welfare in South Africa. With three recipients of social grants to every taxpayer, these discussions about new redistributive mechanisms rest on a very different foundation from that encountered in countries of "the North".

/ Lateinamerikanische Sozialstaaten, Verteilungskonflikte und verwobene Ungleichheitsstrukturen: eine Annäherung aus globalgeschichtlicher und dekolonialer Perspektive (Ingrid Wehr, Freiburg i.Br.)

Der moderne Wohlfahrtsstaat wird zwar häufig als eine der zentralen Errungenschaften der „westlichen“ Moderne dargestellt, tatsächlich lassen sich jedoch auch in zahlreichen Ländern des globalen Südens wohlfahrtsstaatliche Strukturen ausmachen, die zeitgleich, teilweise sogar vor den entsprechenden Entwicklungen in Europa, entstanden. Dies gilt insbesondere für einige Länder Lateinamerikas, so etwa Chile, Argentinien und Uruguay, die bereits in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts mit dem Aufbau staatlicher sozialer Sicherungssysteme begannen. Diese Länder folgen jedoch weder europäischen Entwicklungspfaden, noch müssen ähnliche sozialpolitische Programme angesichts unterschiedlicher Einbettung in die globalen Märkte auch notwendigerweise zu ähnlichen Ergebnissen führen. Obwohl die Sozialausgaben lateinamerikanischer Staaten (gemessen am BIP pro Kopf) vergleichsweise hoch ausfallen und zahlreiche Länder auf lange wohlfahrtsstaatliche Traditionen zurückblicken können, tragen lateinamerikanische Wohlfahrtsstaaten aufgrund der Konzentration der Leistungen auf eine sehr beschränkte Gruppe von Anspruchsprivilegierten und der spezifischen Steuerstrukturen eher dazu bei, soziale Ungleichheiten zu perpetuieren, denn sie abzubauen. Der Vortrag hat es sich zum Ziel gesetzt, aus einer globalgesellschaftlichen und konflikttheoretischen Perspektive, die Entstehung und Transformation lateinamerikanischer Wohlfahrtsstaaten im Kontext weltgesellschaftlicher und globaler ökonomischer Zusammenhänge zu erklären. In klarer Abgrenzung zum methodologischen Nationalismus und euro-zentrischen Sichtweisen, hebt der Vortrag, der sich insbesondere auf die Länder des Cono Sur konzentriert, auf die Zusammensetzung und Veränderung vorhandener Verteilungskonstellationen ab, die Sozialreformen entweder vorantreiben oder blockieren.

/ Globale Sozialpolitik? Ein Ausblick auf das 21. Jahrhundert (Lutz Leisering, Bielefeld)

Der Beitrag reflektiert die vorangehenden Vorträge zur Globalgeschichte der Sozialpolitik im 20. Jahrhundert und identifiziert Perspektiven und wissenschaftliche Zugänge zur aktuell in Bewegung geratenen Sozialpolitik im globalen Norden und Süden. Dabei werden zwei sozialwissenschaftliche bzw. soziologische Forschungsstränge herangezogen und auf ihre Potentiale und Grenzen für eine globalgeschichtliche Betrachtung untersucht: die in den 1990ern in Großbritannien entstandene Forschungsrichtung „global social policy“ und die neoinstitutionalistische Erforschung der „Weltgesellschaft“. Die „global social policy“ ist stark, aber abnehmend von Sichtweisen geprägt, die aus der Forschung zur Expansion westlicher Wohlfahrtsstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg stammen, und bezieht sich primär auf die Zeit seit 1990. Dass auch in der Kolonialgeschichte „globale Sozialpolitik“ stattfand und bis heute prägende Strukturen erzeugte, wird erst in allerersten Anfängen wahrgenommen und thematisiert. Die Weltgesellschaftsforschung greift zeitlich wie räumlich weiter aus, ist insoweit globalhistorisch, thematisiert jedoch vor allem die Prägekräft westlicher Ideen und Modelle und ist methodisch stark makroskopisch angelegt, insoweit nur sehr eingeschränkt historisch. Methodisch hat sie aber das Potential, durch eine Mehrebenenanalyse soziale Prozesse jenseits der Ebene von Nationalstaaten und Regionen zu erfassen und auch Beziehungen zwischen Weltregionen zu identifizieren. Inhaltlich ist insbesondere zu fragen, was „global“ in der sich aktuell entwickelnden globalen Sozialpolitik bedeutet, was das globale „Soziale“ ist und inwieweit und in welchem Sinne von einer Expansion globaler Sozialpolitik die Rede sein kann.

Stromlandschaften. Energie, Raumordnung und Gesellschaft im nachkolonialen Afrika (Kurzsektion)

**Sektionsleiter:**

Dirk van Laak (Gießen) / Winfried Speitkamp (Kassel)

### Zeit und Ort:

Donnerstag, 27.09.2012 / 09:15 - 11:00 Uhr / P 10

### Vorträge:

- / Einführung und Moderation (Winfried Speitkamp, Kassel)
- / Dämme, Tiere, Menschen. Energyscapes in Ghana (Stephanie Zehnle, Kassel)
- / Entwicklung verhandeln. Die Stromlandschaft des Kariba-Staudamms in der Zentralafrikanischen Föderation (1953-63) (Julia Tischler, Bielefeld)
- / „Stromlandschaften“ in weiblicher Hand. Frauen und die Nutzung von Energie in Afrika (Ariane Kreße, Berlin/Eschborn)
- / Kommentar (Dirk van Laak, Gießen)

Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren

### Sektionsleiter/in:

Philipp Gassert (Augsburg) / Reinhild Kreis (Augsburg)

### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 2

### Vorträge:

- / Moderation (Julia Angster, Kassel)
- / „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“: Vertrauen als Zentralkategorie deutscher Außenpolitik in den 1970er und den 1980er Jahren (Philipp Gassert, Augsburg)
- / Prekäres Vertrauen. François Mitterrand und Deutschland seit 1971 (Ulrich Lappenküper, Friedrichsruh)
- / Entfremdete Partner? Deutsch-amerikanische Vertrauenswerbung in den frühen 1980er Jahren (Reinhild Kreis, Augsburg)
- / Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess 1975-1983 (Matthias Peter, IfZ)
- / Kommentar (Kiran Klaus Patel, Maastricht)

### Abstracts:

Als soziales Kapital kann Vertrauen unmittelbar zu einer politischen oder ökonomischen Ressource werden. Sich als vertrauenswürdig zu präsentieren, um Vertrauen zu werben und bestehende Vertrauensbeziehungen nach außen zu präsentieren gehört daher zum Alltagsgeschäft von Politikern und Parteien wie auch von Wirtschaftsunternehmen und -verbänden. Die Sektion untersucht Vertrauen als immaterielle Ressource und als handlungsleitende Kategorie in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren. Dabei leiten drei zentrale Perspektiven die Beiträge: 1. geht es um Konjunkturen und Dynamiken in Beziehungsgefügen: Vertrauen muss aktiv aufgebaut und kontinuierlich gepflegt werden, kann aber auch wieder entzogen werden.

2. eröffnet die Frage nach Vertrauen und Misstrauen den Blick auf Interpretationen der Vergangenheit und Erwartungen an die Zukunft bei den beteiligten Akteuren. Da Vertrauen stets mit der Einschätzung vergangener und zukünftiger Entwicklungen verbunden ist, geht es mit spezifischen Risikoeinschätzungen und Kontrollmechanismen einher.

3. werden über die Kategorie „Vertrauen“ Kommunikationszusammenhänge und die (Selbst)Inszenierung der Akteure sichtbar. Was unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts, der Europäischen Integration und der beginnenden Globalisierung als vertrauensförderndes oder -schwächendes Handeln oder Sprechen galt, konnte sich je nach Zusammenhang und Adressat stark unterscheiden. Hier galt es stets, das prekäre Gleichgewicht von Vertrauen und Misstrauen in unterschiedlichen Kontexten auszubalancieren. Die Sektion leistet damit einen Beitrag zu einer Beziehungsgeschichte der Bundesrepublik in einer von Konflikten und Spannungen geprägten Zeit im Sinne einer „neuen Politikgeschichte“, die kommunikative und symbolische Aspekte von Politik konsequent einbezieht, ohne sie auf diese Faktoren zu reduzieren.

/ „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“: Vertrauen als Zentralkategorie deutscher Außenpolitik in den 1970er und den 1980er Jahren (Philipp Gassert, Augsburg)

Der Beitrag untersucht Vertrauen als Ressource westdeutscher Außenpolitik in einer doppelten Perspektive: Erstens ging es darum, bei den westlichen Verbündeten „nach zwei Weltkriegen“ wieder „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“, wie Außenminister Willy Brandt 1967 betonte. Zweitens dienten Hinweise auf „Vertrauenswürdigkeit“ bzw. „mangelnde Vertrauenswürdigkeit“ in den außenpolitischen Beziehungen auch gegenüber der westdeutschen Wählerschaft dazu, sich zu profilieren und politische Gegner zu diskreditieren. Mit wachsendem außenpolitischem Handlungsspielraum etablierten sich „Vertrauen“ und „vertrauensbildende Maßnahmen“ seit den 1970er Jahren auch als zentrale Achse deutscher Osteuropapolitik und im Nord-Süd-Verhältnis. Helmut Kohl setzte die Vertrauenspolitik gegenüber dem Osten fort, bei gleichzeitiger wieder verstärkter Betonung der Vertrauenswerbung im Westen. Methoden, Mittel und Wege zur Vermehrung der knappen Ressource „Vertrauen“ blieben dabei stets kontrovers – und zunehmend auch die Frage, wozu dies diene, wie die Debatten über die Ostpolitik in den 1970er Jahren und die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss in den frühen 1980er Jahren zeigen. Doch am Grundsatz der Vertrauensbildung änderte sich wenig.

/ Prekäres Vertrauen. François Mitterrand und Deutschland seit 1971 (Ulrich Lappenküper, Friedrichsruh)

Der Beitrag befasst sich mit der Kategorie des Vertrauens im Deutschlandbild und der Deutschlandpolitik François Mitterrands und hinterfragt Mitterrands Selbststilisierung zum Protagonisten der deutsch-französischen Freundschaft. Wenngleich er als Oppositionspolitiker bzw. Staatspräsident persönliches Vertrauen zu den Bundeskanzlern Brandt und Kohl gewann, blieb sein Misstrauen gegenüber nationalistischen Sehnsüchten der Deutschen doch latent bestehen. Selbst dieses Vertrauen, dies belegt sein irritierender Kurs nach dem Fall der Berliner Mauer 1989, stand auf unsicherem Fundament. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands pochte Mitterrand auf die beschleunigte Errichtung einer Union Europas, um der drohenden Übermacht des Nachbarn entgegenzuwirken. Nachdem er dieses Ziel in enger Kooperation mit Kohl im Maastrichter Vertrag 1992 weitgehend erreicht und sich seine Furcht vor neuer deutscher Großmannssucht als unbegründet erwiesen hatte, trachtete Mitterrand danach, sich als Wahrer der deutsch-französischen Freundschaft zu profilieren. Nicht nur wegen seines unaufrichtigen Umganges mit den trüben Seiten seiner Biographie liegt auf den Sympathiebezeugungen ein dunkler Schatten.

/ Entfremdete Partner? Deutsch-amerikanische Vertrauenswerbung in den frühen 1980er Jahren (Reinhild Kreis, Augsburg)

Seit den späten 1970er Jahren warnten Politiker, Wissenschaftler und Medienvertreter in der Bundesrepublik und den USA vor einer wachsenden Entfremdung zwischen den Gesellschaften der beiden Staaten, vor zunehmender Gleichgültigkeit und einer drohenden Distanzierung. Im Zentrum des Beitrags stehen deutsche und amerikanische Versuche, diesen befürchteten Prozess aufzuhalten und die Vertrauensbasis innerhalb des westlichen Bündnisses jenseits der diplomatischen Ebene zu stärken. Zu Beginn der 1980er Jahre standen die deutsch-amerikanischen Beziehungen somit in doppelter Hinsicht auf dem Prüfstand: Während das außenpolitische Handeln der USA zu Beginn der 1980er Jahre einerseits scharfe Amerikakritik hervorrief, etwa in der Friedensbewegung oder Mittelamerika-Solidaritätsgruppen, entstanden zugleich zahlreiche politische forcierte Initiativen zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, beispielsweise die Einrichtung von Koordinatorenstellen für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in beiden Regierungen oder das Parlamentarische Patenschaftsprogramm. Diese austausch- und kontaktorientierten Initiativen zielten darauf ab, Vertrautheit und schließlich Vertrauen auf gesellschaftlicher Ebene herzustellen. Gleichzeitig dienten sie der Legitimierung der eigenen Außenpolitik. Hinter diesem Engagement stand die Frage nach den Grundlagen und dem Zusammenhalt des westlichen Bündnisses sowie der Rolle der einzelnen Staaten darin.

Von der „Erbfeindschaft“ zur „Erbfreundschaft“? Neue Forschungen zur Geschichte der deutsch-französischen Annäherung und Aussöhnung

#### Sektionsleiter:

Michael Kißener (Mainz) / Peter Steinbach (Mannheim)

#### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 – 13:00 Uhr / P 2

#### Vorträge:

/ Einführung (Ulrich Pfeil, Metz)

- / „Deutschland in Frankreich – Frankreich in Deutschland“: Zur Beziehungsgeschichte der deutsch-französischen Kultur (Andreas Linsenmann, Mainz)
- / „Vom Altar aus versöhnen?“ Kirche und deutsch-französische Aussöhnung am Beispiel des Bistums Mainz (Michael Kißener, Mainz)
- / „Aus Gegnern werden Kameraden?“ Die deutsch-französische Rüstungskooperation bis 1975 (Florian Seiller, Berlin)
- / „Versöhnung von unten“. Neue Forschungen zur Rolle der Zivilgesellschaft im deutsch-französischen Annäherungsprozess (Corine Defrance, Paris)
- / Protagonist der deutsch-französischen Versöhnung? François Mitterrand und Deutschland (Ulrich Lappenküper, Friedrichruh)
- / Kommentierung (Etienne Francois, Berlin / Peter Steinbach, Mannheim)

### Abstracts:

/ „Deutschland in Frankreich – Frankreich in Deutschland“: Zur Beziehungsgeschichte der deutsch-französischen Kultur (Andreas Linsenmann, Mainz)

Künstlerische und allgemein kulturelle Themen stellten, obschon historisch vielfach aufgeladen, in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in den zerrütteten deutsch-französischen Beziehungen wichtige Anknüpfungspunkte dar. So bemerkte etwa Wilhelm Hausenstein, der erste Repräsentant der Bundesrepublik in Paris, rückschauend auf das Jahr 1951, dass es „in der Tat auch politisch schon etwas zu bedeuten“ gehabt habe, „wenn die beiden Seiten einander vor einem Gemälde fanden und sich in gemeinsamer Schätzung des Kunstwerks eins fühlen durften.“ Der Vortrag geht der Frage nach, welche Rolle die Kulturbeziehungen in den deutsch-französischen Annäherungs- und Aussöhnungsprozessen gespielt haben. Dies soll exemplarisch anhand der Musik untersucht werden, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert diskursiv teils national scharf abgrenzende Codierungen durchlaufen hatte, zumal auf deutscher Seite, wo die Musik als „deutsche Kunst“ (Thomas Mann) mitunter eine geradezu mystische Überhöhung erfahren hatte und zur Begründung einer auch kulturellen Frontstellung gegen den „Erbfeind“ Frankreich herangezogen worden war. Inwiefern lassen sich nach 1945 in diesem symbolbehafteten Bereich Veränderungen in der wechselseitigen Wahrnehmung feststellen? Welche Bedingungen und Möglichkeiten gab es für eine Revision von Stereotypen? Was vermochten kulturelle Diskurse zur Verständigung beizutragen und inwieweit wirkte wiederum die politische Rahmensetzung auf das kulturelle Feld zurück? Über die Analyse dieser Aspekte hinaus soll erörtert werden, inwieweit die Befunde aus dem Feld der Musik exemplarisch und auf die deutsch-französischen Annäherungs- und Aussöhnungsprozesse insgesamt übertragbar sind.

/ „Vom Altar aus versöhnen?“ Kirche und deutsch-französische Aussöhnung am Beispiel des Bistums Mainz (Michael Kißener, Mainz)

Wenig bekannt ist bislang, dass die Kirchen im Prozess der deutsch-französischen Annäherung nach 1945 eine durchaus bedeutende Rolle gespielt haben – lange bevor die weltpolitische Lage die ehemaligen „Feinde“ zur Zusammenarbeit zwang und die „großen Staatsmänner“, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, diese neue Freundschaft im Elysée-Vertrag 1963 besiegelt haben. Ganz konfliktfrei war die durch die Kirchenvertreter angebahnte Aussöhnung allerdings nicht: Alte Vorurteile spielten beim Verhalten der deutschen und französischen Bischöfe zunächst genauso eine Rolle wie traditionelle nationale Perspektiven und Egoismen. Allerdings gelang es schon bald, eine gemeinsame Gesprächsbasis zu finden, auf der sich deutsche und französische Bischöfe treffen und eine breite zivilgesellschaftliche Annäherung von Christen initiieren konnten. Die Ermöglichung von vielfältigen Begegnungen auf der Basis des gemeinsamen Glaubens erfasste schließlich viele tausend Menschen. Am Beispiel des Mainzer Bischofs Dr. Albert Stohr soll dieser in den Jahren 1945 bis ca. 1954 beschrittene Weg der allmählichen Annäherung des Episkopats beider Länder und dessen Folgen exemplarisch analysiert und vorgestellt werden.

/ „Aus Gegnern werden Kameraden?“ Die deutsch-französische Rüstungskooperation bis 1975 (Florian Seiller, Berlin)

Der Beitrag befasst sich mit der Entstehungsgeschichte der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit (auf konventionellem Gebiet) von Anfang der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre. Ausgehend von den ersten Kontakten zwischen deutschen und französischen Militärs, Rüstungsfachleuten und Industriellen im Zusammenhang mit den Planungen einer integrierten Rüstungs- und Beschaffungsorganisation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1951-1954) wird aufgezeigt, wie sich die Kooperation zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern bis in die 1970er Jahre hinein entwickelte und zu einer der engsten unter den Nordatlantischen Bündnispartnern überhaupt wurde. Im Blickpunkt stehen die mitunter



sehr unterschiedlichen Motive, Erwartungen und Handlungsspielräume beider Seiten sowie wichtige Wegmarken. Veranschaulicht wird die deutsch-französisch Kooperation anhand ausgewählter Gemeinschaftsprojekte (sowohl Erfolge als auch Fehlschläge) und zentraler Problemfelder, wie etwa die Differenzen zwischen Paris und Bonn bezüglich des Exports gemeinsam entwickelter Waffensysteme. Ferner werden Umfang und Gesamtvolumen des damals Erreichten, aber auch die Relevanz persönlicher Netzwerke beleuchtet. Zum Schluss wird der Frage nach der Bedeutung des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 1963 für die Fortentwicklung der bilateralen Rüstungsbeziehungen nachgegangen.

/ "Versöhnung von unten". Neue Forschungen zur Rolle der Zivilgesellschaft im deutsch-französischen Annäherungsprozess (Corine Defrance, Paris)

Depuis une quinzaine d'années maintenant, l'étude des relations franco-allemandes a été en partie renouvelée par l'analyse de phénomènes socio-culturels venus compléter les approches politiques, diplomatiques et économiques qui avaient ouvert la voie à ce champ de recherche. L'idée principale est qu'il fallait comprendre l'enracinement sociétal du rapprochement bilatéral qui s'opère après 1945 et qui marque une des différences majeures avec la courte embellie des relations franco-allemandes du temps de Briand et de Stresemann dans la seconde moitié des années 1920. Cela a conduit à porter le regard sur des formes renouvelées de l'échange, souvent collectives, et témoignant d'une démocratisation des relations devenant transnationales et sociétales, tels que les jumelages – emblème de la „réconciliation franco-allemande“, ou les échanges et rencontres de jeunes. Au-delà des formes et des canaux du rapprochement, les recherches ont porté sur les milieux porteurs de cette dynamique, sur les interactions entre société civile et autorités politiques et économiques, et aussi sur les lieux: quels sont le rôle des centres et des périphéries? Comment la région frontalière, barrière initiale, marquée par des expériences historiques souvent traumatiques, devient un espace de coopération privilégiée? Ces nouvelles études prennent en compte la complexité de ce processus de rapprochement, issu à la fois d'une Annäherung bilatérale et d'une Angleichung des sociétés dans le cadre européen; elles intègrent aussi, le plus souvent, la dimension de triangulaire asymétrique des relations franco-germano-est-allemandes pour saisir les interactions et les processus de concurrence au sein même de la société civile et de ses formes d'action.

/ Protagonist der deutsch-französischen Versöhnung? François Mitterrand und Deutschland (Ulrich Lappenküper, Friedrichsrh)

Von den französischen Staatsmännern des 20. Jahrhunderts besaß François Mitterrand zweifellos eine der schillerndsten Biographien. Seine Metamorphosen vom Anhänger des Vichy-Regimes zum Staatspräsidenten der V. Republik sind nicht nur für das Verständnis seiner widersprüchlichen Persönlichkeit von Bedeutung; auch für sein Verhältnis zu Deutschland, für sein Deutschlandbild und seine Deutschlandpolitik.

Mitterrand besaß Deutschland gegenüber keine konstante Wahrnehmung, geschweige denn eine unverrückbar feststehende Konzeption. Wenn der Minister der IV. Republik die enge Kooperation mit dem „großen“, aber auch „unruhigen“ Volk der Deutschen seit den 1950er Jahren befürwortete, so tat er es in der Absicht, Frankreichs Großmachtanspruch zu untermauern, Europa Mitsprache in weltpolitischen Fragen zu sichern und den Nachbarn zu fesseln. Die Bundesrepublik war für ihn der wichtigste Bundesgenosse Frankreichs in Europa, blieb aber machtpolitisch wie ökonomisch ein Konkurrent und deutschlandpolitisch ein unsicherer Kantonist. Als Oppositionspolitiker der V. Republik beklagte Mitterrand die führende Rolle der Bundesrepublik in der EWG, er verunglimpfte sie als revanchistisch und beargwöhnte ihr Streben nach nationaler Einheit.

Nach dem Aufstieg zum Staatspräsidenten sah er sich infolge finanzpolitischer Turbulenzen in Frankreich und der »incertitudes allemandes« in der Bundesrepublik zum Umdenken veranlasst. Seit 1984 baute Mitterrand auf die von ihm einst kritisierte „deutsch-französische Achse“ und postulierte die historische Pflicht, gemeinsam eine europäische Union zu bauen. Der weltpolitische Umbruch des Jahres 1989/90 stellte die Partnerschaft auf eine harte Probe. Zwar focht Mitterrand die prinzipielle Legitimität eines deutschen Nationalstaates nicht an, wünschte dessen Wiedergeburt aber *ad calendas graecas* zu verschieben. Um die Machtverlagerung nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit auszutarieren, pochte Mitterrand auf die beschleunigte Errichtung der europäischen Union. Nachdem er dieses Ziel mit dem Maastrichter Vertrag 1992 weitgehend erreicht hatte, trachtete er danach, sich als Wahrer der deutsch-französischen Freundschaft zu profilieren. Nicht nur wegen seines unaufrichtigen Umganges mit den trüben Seiten seiner Biographie liegt auf den sentimental angehauchten Sympathiebezeugungen ein dunkler Schatten.

Zeitgeschichte, Archive und Geheimschutz – Ressourcen und Konflikte bei der Nutzung von Quellen

#### Sektionsleiter:

Robert Kretzschmar (Stuttgart/Tübingen) / Rainer Hering (Schleswig/Hamburg) / Edgar Wolfrum (Heidelberg)

#### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 – 13:00 Uhr / P 1

#### Vorträge:

- / Einführung (Robert Kretzschmar, Stuttgart/Tübingen)
- / Geheimes Deutschland. Ist die Geschichte der Bundesrepublik schon geschrieben? (Josef Foschepoth, Freiburg i.Br.)
- / Vor der Frist. Wie lässt sich gegenwartsnahe Zeitgeschichte erforschen? (Edgar Wolfrum, Heidelberg)
- / Quellen und Forschungsbedingungen zum Freikauf von politischen Gefangenen durch die Bundesrepublik Deutschland (Jan Philipp Wölbern, Potsdam)
- / Zugänglichkeit zu VS-Unterlagen in den Archiven: Rechtslage und Perspektiven (Michael Hollmann, Koblenz)
- / Grundsätze, Methoden und Strategien der Überlieferungsbildung in Archiven (Andreas Pilger, Düsseldorf)
- / Podiumsdiskussion (Rainer Hering, Schleswig/Tübingen, Moderation)
- / Schlusskommentar (Rainer Hering, Schleswig/Tübingen / Edgar Wolfrum, Heidelberg)

#### Abstracts:

Die Sektion greift die virulente Debatte um die Zugänglichkeit von Unterlagen auf, die der Geheimhaltung unterliegen. Welche Bedeutung kommt der Sicherung von VS-Unterlagen für die Überlieferungsbildung und für die zeitgeschichtliche Forschung zu? Welche Lösungsmöglichkeiten zeichnen sich aktuell ab, um den Konflikt zwischen Forschungsinteresse und Geheimschutz zielführend für alle Beteiligten zu lösen? Diese Fragen sollen im Dialog zwischen Vertretern der zeitgeschichtlichen Forschung und der Archive diskutiert und in einen weiteren Zusammenhang gestellt werden: Staatliche Archive haben die gesetzliche Aufgabe, aussagekräftige Unterlagen von Behörden und Gerichten zu sichern und der allgemeinen Nutzung zuzuführen. Nach welchen Verfahren und Kriterien wird von den Archiven das ausgewählt, was als überlieferungswürdig dauerhaft in Archiven erhalten werden soll? Welche konkreten Erfahrungen wurden in letzter Zeit bei der Auswertung jüngster Archivbestände durch die zeitgeschichtliche Forschung gewonnen?

/ Geheimes Deutschland. Ist die Geschichte der Bundesrepublik schon geschrieben? (Josef Foschepoth, Freiburg i.Br.)

In den Geheimarchiven der Bundesregierung, den Archiven des Bundes und der Länder, der Gerichte, Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsdienste, der Bundes- und Landesparlamente, der politischen Stiftungen und in den privaten Nachlässen von Politikern gibt es nach meinen Recherchen mehrere Millionen Akten aus der Zeit der alten Bundesrepublik, die weiterhin als Geheimakten behandelt werden und bis heute weder der Öffentlichkeit noch der Forschung zur Verfügung stehen.

Die zeitgeschichtliche Forschung steht vor einem riesigen Berg von Akten, der systematisch erschlossen und erforscht werden muss. Die Geschichtsschreibung der letzten dreißig Jahre hat unseren Blick für gesellschaftliche Wandlungs- und Lernprozesse, für Westernisierung und Liberalisierung, für Stabilisierung und Pluralisierung geschärft, die sich in ihrer Vielfalt zur Synthese von der großen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik verdichten. Muss man angesichts eines solchen Narrativs überhaupt noch in die Archive gehen?

Was ist von einer Offenlegung der Akten zu erwarten? Der Blick auf die Geschichte wird sich ändern. Mit der Freigabe der Akten wird der Staat selbst wieder stärker in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses rücken. Welche Rolle hat er bei den vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozessen gespielt? War er Bremser oder Beschleuniger? Wie entwickelten sich die drei Gewalten, die Exekutive, die Justiz und die Parlamente im historisch- politischen Prozess? Welche Rolle

spielten sie für die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie? Welche Einwirkungen werden erkennbar, von innen, von außen? Wie begrenzten die Westmächte mit ihrer Politik der doppelten Eindämmung Autonomie und Souveränität? Welche Rolle spielte die DDR, wie präsent war sie im politischen Entscheidungsprozess der Bundesrepublik?

Stehen wir vor einer Renaissance der politischen Geschichte? Wir haben die Chance die Ungleichgewichte zwischen der „überforschten Geschichte der DDR“ (Jaraus) und der unterforschten Geschichte der Bundesrepublik auszugleichen und die Geschichte der Bundesrepublik empirisch zu fundieren. Millionen staatlicher Akten machen es möglich.

/ Vor der Frist. Wie lässt sich gegenwartsnahe Zeitgeschichte erforschen? (Edgar Wolfrum, Heidelberg)

Die Historisierung der bundesrepublikanischen Vergangenheit schreitet voran, die „Berliner Republik“ ist als jüngste Periode der Zeitgeschichte in den Blick der Historiker/innen geraten. Aber: Das Interesse der Bevölkerung wie der Zeitgeschichtsforschung an diesem Abschnitt der deutschen Geschichte, einem wichtigen Orientierungsreservoir für unsere Gegenwart, kollidiert mit unterschiedlichen Sperrfristen für staatlich-behördliche oder personenbezogene Datenbestände. Ohne den hohen Wert der vielfältigen deutschen Archivlandschaft in Frage stellen zu wollen, so birgt diese Situation doch auch große Chancen für die zeithistorische Forschung – jenseits offizieller Fristen.

Die weltweite Verbreitung und Vernetzung audiovisueller Medien, allen voran das Internet, hat dazu beigetragen, das ehemals staatliche Informationsmonopol der Politikgeschichte zu öffnen und zu demokratisieren. Ein hoher Prozentteil der Quellenbestände ist zumindest dem Inhalt nach bereits bekannt. Die neuartige „Quellenflut“ und die Vielfalt der Gattungen, bis hin zur E-Mail, erfordert zugleich eine erhöhte Systematisierungsleistung auf Seiten der Zeitgeschichte: Mehr denn je zuvor gilt es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen, um zu relevanten historischen Erkenntnissen zu gelangen.

Für kulturgeschichtliche Fragestellungen gelten seit langem andere Regeln hinsichtlich der Generierung von Quellen. Aber auch in der Politikgeschichte sollte die Zeitzugbefragung, die *Oral History*, nicht als Last, sondern als Grundlage historischer Erkenntnis begriffen werden: Hier erhalten Zeithistoriker/innen nicht selten Auskunft über die Ausrichtung und Auswahlkriterien der späteren Akten oder einen unkomplizierten Zugang zu relevanten Dokumenten aus privaten Sammlungen.

Nicht nur die Kommentarspalten der Feuilletons, auch die Sozialwissenschaften und ihre Nachbardisziplinen leisten durch empirische Untersuchungen und Datensammlungen eine wichtige „Vorarbeit“, auf die die historische Forschung zurückgreifen kann: Hier gilt es für die Zeitgeschichte, die Ergebnisse historisch zu kontextualisieren, entstehende Narrationen kritisch mit anderen Quellenbeständen abzugleichen (s. o., *Oral History*). Die vielfach kritisierte Nähe zum Gegenstand wird so zum Vorteil gewendet: Das Sichtbarmachen von größeren Zusammenhängen hinter persönlichen Erfahrungen und alltäglichen Informationsschnipseln ist die eigentliche historiographische Aufgabe der Zeitgeschichte.

/ Quellen und Forschungsbedingungen zum Freikauf von politischen Gefangenen durch die Bundesrepublik Deutschland (Jan Philipp Wölbern, Potsdam)

Der Beitrag befasst sich mit den praktischen Erfahrungen über die Nutzung von Verschlussakten (VS) für ein Promotionsprojekt zur Geschichte des „Häftlingsfreikaufs“. Im Rahmen der „Besonderen Bemühungen im humanitären Bereich“ kaufte die Bundesregierung zwischen 1963 und 1989 rund 33.000 politische Häftlinge aus DDR-Gefängnissen frei. Einschließlich der Zahlungen für 215.000 „Familienzusammenführungen“, d. h. Ausreisegenehmigungen, summierten sich die Gegenleistungen auf über 3,4 Milliarden DM.

Der größte Teil der einschlägigen Überlieferung des Gesamt- bzw. Innerdeutschen Ministeriums, die seinerzeit auf Forderung der DDR als „Geheim“ eingestuft wurde, ist nach wie vor nicht zugänglich. Selbst im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gibt es nach wie vor thematisch relevante Akten mit VS-Einstufung, dies, obwohl es bei Themen der deutsch-deutschen Zeitgeschichte keine stichhaltigen Gründe mehr gegen vollständige Herabstufungen gibt. Eine zügige Aktenöffnung wird dadurch erschwert, dass die westliche Überlieferung Schriftwechsel mit deutschen und „befreundeten“ Nachrichtendiensten sowie personenbezogene Daten enthält, die nach § 5 Bundesarchivgesetz nur eingeschränkt nutzbar sind. Hinzu kommt die problematische Identität von Verfügungsberechtigtem und Entscheidungsbefugtem über die Herabstufung der VS. Da es sich bei dem Forschungsprojekt nicht um einen staatlichen Forschungsauftrag handelt, besteht seitens des Bundesministeriums des Innern kein vordringliches Interesse an umfassenden Aktenöffnungen.

Dabei bündeln die Themen „Häftlingsfreikauf“ und „Familienzusammenführung“ zentrale Aspekte der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte in nachgerade exemplarischer Form. Ein umfassender Zugang zu der Überlieferung der alten Bundesrepublik würde die wiederholt postulierte umfassende „Analyse

innerdeutscher Transfers“ (Wentker) im Rahmen der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (Kleßmann) beider deutscher Staaten voranbringen.

/ Zugänglichkeit zu VS-Unterlagen in den Archiven: Rechtslage und Perspektiven (Michael Holmann, Koblenz)

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung haben Geheimnisse; und das zu Recht! Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der internationalen Beziehungen ist es bisweilen geboten, Unterlagen der verschiedensten Behörden der allgemeinen Zugänglichkeit wirksam vorzuenthalten. Die hierfür formulierten Regeln, das Sicherheitsüberprüfungsgesetz und die Verschlusssachenanweisung, sind in den vergangenen Jahren wiederholt öffentlich in Frage gestellt und im Interesse einer verbesserten Zugänglichkeit zu als geheim eingestuftem Materialen modifiziert worden. Der Konflikt zwischen dem Geheimhaltungsbedürfnis des Staates und dem Anspruch von Öffentlichkeit, Publizistik und Wissenschaft auf Information konnte dadurch aber nicht aufgelöst werden. Das Wesen dieses Konflikts, die Strategien der Bundesverwaltung für eine möglichst zeitnahe Offenlegung aller der Geheimhaltung nicht mehr bedürftigen Unterlagen und die Mittlerfunktion der Staatsarchive sind der Gegenstand des Referats.

/ Grundsätze, Methoden und Strategien der Überlieferungsbildung in Archiven (Andreas Pilger, Düsseldorf)

Im Rahmen der Bewertung treffen Archive aus der Fülle schriftlicher Informationen eine Auswahl. Diese Auswahl wird als ein Teil des kulturellen Speichergedächtnisses für zukünftige Generationen bewahrt und zugänglich gemacht. Wie auch immer die Archive ihre Auswahl treffen, sie können nur Ausschnitte gesellschaftlicher Wirklichkeit dokumentieren. Alle Versuche, diese Auswahl mit den Prädikaten der Vollständigkeit, des Abbildes oder der Wahrheit auszuzeichnen, sind epistemologisch zum Scheitern verurteilt. Jede Auswahl trägt den Stempel subjektiver Wahrnehmungen und zeitbedingter Wertungen. Das bedeutet aber nicht, dass Archive bei ihrer Überlieferungsbildung willkürlich verfahren. Bewertungsentscheidungen müssen begründet und innerhalb der Fachgemeinschaft plausibel dargestellt werden. Der Sektionsvortrag skizziert das aktuelle methodische Instrumentarium, mit dem Archive ihre Dokumentationsziele festlegen und nach Wegen suchen, um Überlieferung den Zielen entsprechend zu bilden.

Der Vortrag erläutert,

- / wie die Archive die gesellschaftlichen Themenfelder oder Verwaltungszweige priorisieren,
- / wie sie z.B. in Anlehnung an die mediale Selbstbeobachtung und die Ergebnisse der historischen Forschung Schwerpunkte der Überlieferung festlegen,
- / wie sie zu diesen Schwerpunkten Unterlagen ermitteln und bewerten,
- / wie sie ihre Ziele und Bewertungsentscheidungen transparent und damit innerfachlich (zukünftig vielleicht zunehmend auch öffentlich) diskussionsfähig machen,
- / wie sie Informationsredundanzen, die zwangsläufig aus der Befassung unterschiedlicher öffentlicher und privater Stellen mit ein und demselben Gegenstand resultieren, bei der Bewertung eliminieren,
- / wie sie aber umgekehrt auch durch Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven ein hinreichendes Maß an Komplexität und Varietät in ihrer Überlieferung zu gewährleisten versuchen.

Um den Spagat zwischen Reduktion und Komplexität, zwischen einer verdichteten und doch aussagekräftigen Überlieferung, leisten zu können, nutzen Archivarinnen und Archive zunehmend das Potential einer reich differenzierten und komplementären Archivlandschaft. Sie tauschen sich – innerhalb einer Stadt, einer Region – über Bewertungsentscheidungen aus und stimmen sich institutionen- und spartenübergreifend ab. Für den Sektionsvortrag liefert diese Idee einer „Überlieferungsbildung im Verbund“ den konzeptionellen Bezugsrahmen.

Zeitpolitik und Zeit-Geschichte im 20. Jahrhundert

#### Sektionsleiter:

Alexander C.T. Geppert (Berlin) / Till Kössler (Bochum)

#### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 15:15 - 18:00 Uhr / P 7

#### Vorträge:

- / Einführung (Alexander C.T. Geppert, Berlin / Till Kössler, Bochum)
- / Standardisierung vs. Pluralisierung (Vanessa Ogle, Philadelphia)
- / Beschleunigung vs. Verlangsamung (Alf Lüdtkke, Erfurt/Seoul)

- / Stillstehen vs. Aufholen (Till Kössler, Bochum)
- / Verkürzung vs. Ausweitung (Paul Nolte, Berlin)
- / Lokalisierung vs. Universalisierung (Alexander C.T. Geppert, Berlin)
- / Kommentar (Martin H. Geyer, München)

## Abstracts:

Die Ressource „Zeit“ wurde in der industriegesellschaftlichen Moderne zu einer politisch wie gesellschaftlich umkämpften Verfügungsmasse. Entwürfe politischer Neuordnung und die Etablierung neuer politischer Regime gingen mit Versuchen der tiefgreifenden Umgestaltung von Zeit einher. Die Sektion untersucht Auseinandersetzungen um Zeitordnungen und -praktiken im 20. Jahrhundert. Fünf Vorträge analysieren zeitpolitische Konflikte in den Kolonialgesellschaften des Nahen Osten des frühen 20. Jahrhunderts (Ogle), in NS-Deutschland (Lüdtke), im Spanien der Franco-Diktatur (Kössler), in der Bundesrepublik Deutschland der 1970er und 1980er Jahre (Nolte) sowie in Westeuropa (Geppert).

Während Historiker intensiv über Zeit und Zeitlichkeit nachgedacht haben und Begriffe wie „Wandel“, „Periode“, „Kontinuität“ und „Zäsur“ zu ihrem wissenschaftlichen Alltagsvokabular gehören, ist die Bedeutung von „Zeit“ als Ressource von der Zeitgeschichtsforschung bislang kaum berücksichtigt worden. Die Geschichtswissenschaft kann dabei auf Anregungen aus den Nachbardisziplinen, insbesondere den Sozialwissenschaften, zurückgreifen, die in den vergangenen Jahren verstärkt versucht haben, Zeit als analytische Kategorie nutzbar zu machen. Während lange die These einer Standardisierung und zunehmenden Vereinheitlichung von Zeit seit der Frühen Neuzeit diskutiert worden ist, versuchen jüngere Arbeiten, Zeit-Wandel auf den Begriff der „Beschleunigung“ zu bringen. Beiden Ansätzen ist die Behauptung gemein, dass es im 20. Jahrhundert zu einem fundamentalen Wandel der gesellschaftlichen Organisation von Zeit gekommen ist. Am historisch-konkreten Fall unterziehen die Vorträge diese Doppelthese einer empirischen Überprüfung. Indem sie jeweils ein zentrales Gegensatzpaar der Zeitpolitik zum Ausgangspunkt nehmen, loten sie Möglichkeiten und Grenzen der Historisierung von ‚Zeit‘ als basaler, nur über Umwege zu erfassender Kategorie aus und tragen damit zur Etablierung einer neuen Form von ‚Zeit-Geschichte‘ bei.

/ Standardisierung vs. Pluralisierung (Vanessa Ogle, Philadelphia)

Während der ersten Globalisierungswelle um 1900 wurde Zeit standardisiert und zugleich pluralisiert: Im Zuge der Vernetzung der Welt wurde 1884 mit Greenwich Mean Time ein Zeitstandard eingeführt, der die traditionelle Pluralität der Zeiten endgültig abschaffen sollte. Der Vortrag analysiert die Reaktionen auf diese Vereinheitlichungsmaßnahmen anhand der Geschichte von Zeitreformen in Frankreich, Britisch-Indien, den deutschen Kolonien in Afrika sowie vor allem dem osmanischen Beirut. Paradoxerweise führten die Versuche der Kolonialmächte, Zeit und Zeitpraktiken zu standardisieren, zu einer Pluralisierung von Zeitregimen, da die neuen Standardzeiten die existierenden Zeitordnungen keineswegs ersetzen, sondern ergänzten. Die Frage, inwieweit sich solche Transformationsprozesse auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft beobachten lassen, bildet den Abschluss des Vortrages.

/ Beschleunigung vs. Verlangsamung (Alf Lüdtke, Erfurt/Seoul)

Die Relation von Beschleunigung und Verlangsamung war für das politische Projekt des Nationalsozialismus zentral. In transnationaler Sicht lässt sich das NS-Regime als ein Mobilisierungsregime verstehen, welches sich durch massive Beschleunigungskampagnen auszeichnete. In den Alltagspraktiken der historischen Akteure wurden diese jedoch nicht selten als Verlangsamung und Verdichtung von Zeit erlebt. Beglaubigt wurde die Zeitpolitik des Nationalsozialismus durch die gesteigerte Intensität von Augenblicken des Erlebens, zumal im Krieg, und zwar umso mehr, je „mehr Zeit man hatte“ oder „sich nahm“, je zeitloser solche Situationen erscheinen mochten. Dies konnte von einer – offiziellen wie informellen – Arbeitspause bis zum lebensbedrohlichen Einsatz an einer der (Heimat-)Fronten reichen. Der Vortrag analysiert die widersprüchlichen Zeit-Erfahrungen im Nationalsozialismus. Welche Wechsel der Tempi wie der Intensitäten lassen sich ausmachen? Wo zeigen sich schleichende, wo „ruckartige“ Übergänge? Und galt die gedämpftere Intensität der Gefühle während des Wiederaufbaus und im Wirtschaftswunder als „verlorene Zeit“?

/ Stillstehen vs. Aufholen (Till Kössler, Bochum)

In der europäisch-westlichen Publizistik seit der Aufklärung wurde Spanien immer wieder als ein Land ohne Zeit beschrieben, in dem sich Modernisierungsprozesse nur oberflächlich niedergeschlagen hätten. Ein solcher „Stillstand“ konnte in einer romantischen Lesart gefeiert und als Bewahrung nationaler Unver-

dorbenheit gutgeheißen werden. In liberalen Kreisen galt diese vermeintliche Zeitlosigkeit jedoch als Ausweis gesellschaftlicher „Rückständigkeit“. Auf widersprüchliche Weise versuchte das Franco-Regime, den Konflikt zwischen diesen beiden Perspektiven aufzulösen. Einerseits zeigte es sich bemüht, seine Herrschaft als überzeitliche, eng mit der nationalen Vergangenheit verbundene Zeitordnung von der westlich-demokratischen Moderne abzugrenzen, andererseits wurde „Zeit“ im Zuge der ökonomischen Modernisierung seit Ende der 1950er Jahre verstärkt als zentrale gesellschaftliche Ressource der autoritären Erneuerung des Landes begriffen. Mit der Durchsetzung neuer Zeitpraktiken sollten die westlichen Industrienationen in Hinblick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Produktivität „eingeholt“ werden.

/ Verkürzung vs. Ausweitung (Paul Nolte, Berlin)

Für die Unterschichten waren im späten 19. Jahrhundert lange Arbeitszeiten soziale Realität und kulturelles Stigma zugleich, von dem sich die bürgerliche Lebensführung mit ihrer *conspicuous leisure* abhob. Beschleunigt seit den 1970er Jahren haben sich Lebenszeitressourcen jedoch verschoben, so dass sich das alte Muster nahezu umgekehrt hat. Einerseits erkämpfte die Arbeiterbewegung kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten, andererseits führten Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Langzeitarbeitslosigkeit und vorzeitiger Ruhestand zu einer unfreiwilligen Ausweitung von „Freizeit“. Komplementär dazu haben sich die Arbeitszeiten der Mittel- und Oberschichten nicht nur ausgeweitet, sondern vor allem zu einem kulturellen Prestigefaktor sozialer Rangordnung und Lebensführung entwickelt. Der Vortrag argumentiert, dass soziale Ungleichheit auch in den postindustriellen Gesellschaften die Verfügbarkeit über Zeit bestimmt und Menschen je nachdem zu beschleunigtem oder entschleunigtem Leben zwingt. Es kann somit weder von einer generellen Beschleunigung noch von einer Standardisierung der Zeitregime gesprochen werden.

/ Lokalisierung vs. Universalisierung (Alexander C.T. Geppert, Berlin)

Die fortschreitende Erschließung des Weltraumes und seine imaginäre Kolonialisierung in *Science* und *Fiction* hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert zu einer radikalen Neubestimmung des Raum-Zeit-Verhältnisses geführt. Während der die Erde umgebende Raum in Naturwissenschaften, Philosophie und Literatur zusehends konkreter gedacht wurde und insbesondere die ersten Fotografien des Planeten Erde 1968 bekanntlich realhistorische Konsequenzen gezeitigt haben (Ikone des „blauen Planeten“; "One World"; Umweltbewegung), hat die Entdeckung der Unermesslichkeit der Zeit deutlich weniger Kommentare provoziert. Der Vortrag analysiert die zeitlichen Dimensionen des *Space Age* (Kosmos als Lichtbildarchiv; Erfahrung der Zeitlosigkeit auf dem Mond; Voyager-Sonden als die am weitesten von der Erde entfernten Artefakte) und argumentiert, dass das Auseinanderklaffen von Weltraum und Weltzeit in der globalen Ausdehnung der Gegenwart über den gesamten irdischen Raum seine Entsprechung findet.

Zensur – Konflikte um die intellektuelle Ressource Wissen in Mittel- und Osteuropa 1945-1989

#### Sektionsleiter:

Konrad Gündisch (Oldenburg)

#### Zeit und Ort:

Mittwoch, 26.09.2012 / 15:15 – 18:00 Uhr / P 102

#### Vorträge:

- / Moderation (Burkhard Olschowsky, Warschau)
- / Erfahrungen mit der Zensur in der DDR und die Problematiken beim Schaffen zensurfreier oder zensurferner Wirkungszusammenhänge (Lutz Rathenow, Dresden/Berlin)
- / „Wie auf dem Basar?“ Zensurkriterien und Zensurpraxis in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei (Ivo Bock, Bremen)
- / Zensur und Verlage in der DDR - Handlungszwänge und Spielräume (Siegfried Lokatis, Leipzig)
- / Zensurpraxis in Polen und seinen Westgebieten (Jakub Tyszkiewicz, Breslau)
- / Kommentar (Jan Kusber, Mainz)

#### Abstracts:

/ „Wie auf dem Basar?“ Zensurkriterien und Zensurpraxis in der Sowjetunion und der Tschechoslowakei (Ivo Bock, Bremen)

Die Zensurpraxis im früheren Sowjetblock bestand keineswegs immer nur in der konsequenten Anwendung und Durchsetzung bestimmter eherner Kriterien. Die Kontrolleure genehmigten vielmehr nicht selten vor allem literarische Werke und andere kulturelle Produktionen, die den jeweils geltenden Verboten und Geboten mehr oder weniger deutlich widersprachen. Dabei handelte es sich bisweilen schlicht um Fehlentscheidungen oder Unterlassungen einzelner Akteure, die meist im Nachhinein als solche erkannt und sanktioniert wurden. Der Vortrag beschäftigt sich aber nicht mit offensichtlichen Zensurpannen dieser Art, sondern mit solchen Fällen, in denen sich die Zensur gezwungen sah, aus ihrer Sicht problematische, schädliche Publikationen, Aufführungen und Ausstellungen freizugeben, weil sie dazu von hierarchisch übergeordneten (Partei-)Organen verpflichtet wurde oder weil sie Kompromisse mit den Zensierten schließen musste. Neben Widersprüchen zwischen verschiedenen Kontrollebenen illustrieren diese Vorgänge die zumindest phasenweise vorhandene Bereitschaft der nachstalinistischen Herrscher, die Existenz kleiner Nischen eines relativ autonomen kulturellen Lebens hinzunehmen. Diese etwas „liberalere“ Zensurpraxis war allerdings meist selektiv und von kurzer Dauer. Hinzu kommt, dass sie vornehmlich taktischen Überlegungen entsprang: Man wollte etwa westlicher Kritik zuvorkommen, Unzufriedenheit im einheimischen kulturellen Milieu besänftigen oder einzelne Prominente bei Laune halten. In Übergangs- und Schwächeperioden der kommunistischen Regime, so in der Chruščev-Ära und endgültig ab Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre in der Sowjetunion und in den 1960er Jahren in der Tschechoslowakei, stellte diese Praxis aber auch ein Indiz für deren nachlassendes Steuerungsvermögen dar, das sich zuallererst eben in der Kultursphäre bemerkbar machte. Warum das so war, liegt auf der Hand: Ein gewisser Kontrollverlust hier war wegen der geringeren Verbreitung der Kultur eher hinnehmbar als bei den Massenmedien, vor allem Funk und Fernsehen, die bis zum Ende der kommunistischen Herrschaft einer unvermindert strikten Kontrolle unterworfen blieben.

/ Zensur und Verlage in der DDR – Handlungszwänge und Spielräume (Siegfried Lokatis, Leipzig)

Das System der Belletristik-Zensur in der DDR verblüfft immer noch durch ein Paradox: Einerseits war es denkbar aufwändig und streng organisiert, andererseits wuchs seit den sechziger Jahren ausgerechnet der schönen Literatur die Funktion einer kritischen Ersatzöffentlichkeit zu, so dass man sich häufig besser aus Büchern, als in den Zeitungen informieren konnte.

Die Lösung des Rätsels ist in der dominierenden Rolle ökonomischer Faktoren und in der Ausdifferenzierung eines arbeitsteilig konzipierten Verlagssystems zu suchen, so dass die großen Verlage wie „Aufbau-Verlag“, „Volk und Welt“, „Reclam“ und die „Kiepenheuer“-Gruppe mit dem „Inselverlag“ in den verschiedenen, von ideologischen Kurswechseln geprägten Phasen höchst unterschiedliche Handlungsspielräume besaßen.

Bei dem Vergleich mit Zensursystemen anderer sozialistischer „Bruderländer“ stellt sich zudem eine grundsätzliche, nur in der Diskussion zu lösende Frage: Im Unterschied zur Sowjetunion, zu Polen und zu der ČSSR operierte die DDR-Zensur stets in einem gemeinsamen Sprachraum mit dem „Klassenfeind“ in der Bundesrepublik. Zahlreiche Einrichtungen, typische Maßnahmen, Strategien und Schwierigkeiten der DDR-Zensur resultierten aus diesem Handicap, so dass man sich fragen muss, worin eigentlich genau noch die für eine realsozialistische Buch- und Verlagswirtschaft typischen, die einzelnen Länder übergreifenden Gemeinsamkeiten bestanden.

/ Zensurpraxis in Polen und seinen Westgebieten (Jakub Tyszkiewicz, Breslau)

Die Machtübernahme in Polen durch die Kommunisten im Jahre 1944 bedeutete die Einführung der Präventivzensur nach sowjetischem Muster. Die rechtliche Grundlage für diese Politik war die Gründung des Hauptkontrollamts für Presse, Publikationen und Aufführungen im Juli 1946. Zu den Aufgaben dieser Behörde gehörte das Verhindern sogenannter schädlicher Inhalte und Handlungen. Die Zensur in Polen zielte bis 1989 darauf ab, die Legitimation der nach sowjetischem Muster geformten kommunistischen Herrschaft zu gewährleisten, indem ihre Entscheidungen in allen Sphären der Gesellschaft positiv dargestellt wurden und alle Äußerungen, die das existierende politische, wirtschaftliche und ideologische System hätten in Frage stellen können, zu Interventionen und Verboten führten.

Ähnliche Sanktionen galten auch für jegliche Kritik an den Beziehungen zur UdSSR und zu anderen „sozialistischen“ Ländern. Davon waren insbesondere unterschiedliche Darstellungen historischer Ereignisse tangiert, die auf die „brüderlichen“ Beziehungen zwischen diesen Ländern hätten einen Schatten werfen können. Jegliche Äußerung über den Massenmord von Katyń zog unausweichlich ein Verbot nach sich. Anders sanktionierte Verbote betrafen die Erwähnung des Verlustes der polnischen Ostgebiete [Kresy Wschodnie], die nach dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion einverleibt worden waren, oder die Darstellung der II. polnischen Republik in den Jahren 1918-1939.

Das Zensuramt spürte nicht nur unerwünschten Inhalten nach, sondern versuchte Druck auf Journalisten, Schriftsteller und Künstler auszuüben, damit diese ihre Gedanken auf systemkonforme Art formulierten

und schließlich der Selbstzensur erlagen. Der Zensor konnte verschiedene Rollen einnehmen: diskreter Aufseher, Berater, Staatsanwalt, Verifizierender und schließlich Koautor. Eine Missachtung der Zensurbestimmungen hatte ein Verbot von Meinungsäußerungen in den Medien der staatlich kontrollierten Öffentlichkeit zur Folge. Die Zensur hatte zudem großen Einfluss auf die Personalpolitik. So wurden leitende Positionen durch Mitglieder der kommunistischen Partei oder ihr nahestehende Personen besetzt. Bis 1981 wurden Eingriffe der Zensur in Publikationen nicht vermerkt. Unter dem Druck der Gewerkschaft „Solidarność“ wurde das Zensurgesetz dahin gehend geändert, dass entfernte Textfragmente nun – wenn auch geschwärzt – gekennzeichnet werden mussten. Diese Möglichkeit nutzten vor allem katholische Zeitschriften, aber auch einige wissenschaftliche Verlage. Ein wichtiges Medium, um die Zensur zu umgehen, war in Polen ab Mitte der 1970er Jahre Untergrundpublikationen mit einer zunehmend unabhängigen Verlagslandschaft. Ein besonderes Kapitel der Zensur war mit der Beschreibung der 1945 durch Polen übernommenen West- und Nordgebiete und deren deutscher Vergangenheit verbunden.

Zwischen Knappheit und Überfluss: Abfall als Problem und Ressource in der Geschichte

#### Sektionsleiter/in:

Roman Köster (München) / Heike Weber (Berlin)

#### Zeit und Ort:

Freitag, 28.09.2012 / 09:15 – 13:00 Uhr / P 208

#### Vorträge:

- / Moderation (Christof Mauch, München)
- / Einführung (Roman Köster, München / Heike Weber, Berlin)
- / Der „Abfall“ und der Umgang mit den naturalen Ressourcen in historischer Perspektive (Reinhold Reith, Salzburg)
- / „Schaffet Werte aus dem Nichts!“. Frauen und die Wiederverwertung von Küchenresten im Ersten Weltkrieg und während der NS-Zeit (Heike Weber, Berlin)
- / Recuperez! - Die französischen Recycling-Kampagnen zwischen 1939-1945 und ihre deutschen Ursprünge (Chad Denton, Seoul)
- / Abschied von der „verlorenen Verpackung“. Die Geschichte des Recyclings von Hausmüll in Westdeutschland 1945-1990 (Roman Köster, München)
- / Abfallwirtschaft in der DDR. Sozialistische Verwertungskonzepte und Entsorgungspraxis zwischen Ökonomie und Ökologie (Christian Möller, Bielefeld)
- / Kommentar (Verena Winiwarter, Klagenfurt)

#### Abstract:

Jede gesellschaftliche Produktion und Konsumtion „erzeugt“ Abfälle. Wurden solche Abfälle in der Frühen Neuzeit noch selbstverständlich als Ressourcen wiedergenutzt, so sind sie in den letzten 150 Jahren verstärkt zu unerwünschten Rest- oder gar Risikostoffen geworden, die ohne Wiedernutzung möglichst kostengünstig und hygienisch entsorgt werden sollen. Dennoch war das potentielle Wiederverwerten von Abfällen während Kriegs- und Krisenzeit sowie in autarkistisch orientierten Staaten immer wieder ein wichtiges Element der staatlichen Kriegs- bzw. Wirtschafts- und Ressourcenpolitik. Seit den 1970er Jahren wurde es unter dem Stichwort Recycling als ökologische Politik und Praxis auf breiter Basis „wiederentdeckt“.

In der Sektion werden Kontinuitäten und Zäsuren der Abfallgeschichte in einer Langzeit-Perspektive untersucht. Die Vorträge gehen der Frage nach, zu welchen Zeiten und durch welche gesellschaftlichen Akteure Abfälle bzw. bestimmte Abfallfraktionen als zu entsorgende Materie oder als Ressource wahrgenommen und behandelt wurden. Das Hauptaugenmerk gilt dabei dem deutschen Fall, ein Vortrag nimmt jedoch auch Frankreich in den Blick. Insgesamt geht es um die Verknüpfung von umwelt-, technik- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, um Erklärungsansätze für den staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit Abfällen zu entwickeln.